ISSN 0005-7045 | www.gemeindezeitung.de
Geretsried, 30. Januar 2020 | 71. Jahrgang | Nummer 3

BAYERISCHE
GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

V.l.: Siegfried Hasenbein, Geschäftsführer der Bayerischen Krankenhausgesellschaft, Günzburgs Landrat Hubert Hafner, Geschäftsführendes Präsidialmitglied beim Bayerischen Landkreistag Dr. Johann Keller sowie sein Stellvertreter Dr. Klaus Schulenburg. Bild: DK

Geplante Reform der Notfallversorgung:

Landräte und BKG fordern Korrektur

Die Notaufnahmen in den Krankenhäusern sind häufig überlaufen. Denn in den Notfallambulanzen trifft man auch auf viele Patienten, denen woanders besser geholfen werden könnte. Dadurch sind die Wartezeiten für Patienten, die dringend auf Hilfe angewiesen sind, oft zu lang. Um dieses Problem zu lösen, hat Bundesgesundheitsminister Jens Spahn einen Referentenentwurf zur Reform der Notfallversorgung vorgelegt. Im Freistaat jedoch formiert sich Widerstand, wie bei einer Pressekonferenz des Bayerischen Landkreistags verlautete.

Nach den Vorstellungen des Bundesgesundheitsministeriums sollen die Notfallambulanzen der Krankenhäuser in Zukunft durch sog. Integrierte Notfallzentren (INZ) ersetzt werden, die an sieben Tagen in der Woche rund um die Uhr geöffnet sind. Dort soll beim Eintreffen des Patienten entschieden werden, ob dieser tatsächlich in der Notaufnahme behandelt werden muss oder ob er einen niedergelassenen Arzt aufzusuchen hat, der auch in den Räumen der jeweiligen Klinik praktizieren könnte.

Entmündigte Krankenhausplanung

Welche Kliniken oder Standorte dafür ausgewählt werden, soll nicht die eigentlich zuständige Krankenhausplanungsbehörde (also der Freistaat Bayern), sondern sollen die Krankenkassen und niedergelassenen Ärzte über ihren Landesausschuss bestimmen. Zudem soll die Standortwahl an eine noch zu erarbeitende Richtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses gebunden sein. Auch in diesem Gremium haben die Krankenkassen das Sagen und die Kommunen als Vertreter öffentlicher Belange bis heute keinen Sitz.

Kassen und Kassenärztliche Vereinigung bestimmen

Über den Gemeinsamen Bundesausschuss und den erweiterten Landesausschuss werden die Kassen und die Kassenärztliche Vereinigung künftig bestimmen, wo in Bayern ambulante Notfallversorgung stattfindet. Darüber hinaus soll letztere mit der fachlichen Leitung der INZ in den Krankenhäusern beauftragt werden.

Laut Dr. Johann Keller, Geschäftsführendes Präsidialmitglied beim Bayerischen Landkreistag, „lehnen wir das strikt ab“. Die Kassenärztliche Vereinigung komme schon heute vielerorts ihrer eigenen Verantwortung in Bezug auf den kassenärztlichen Bereitschaftsdienst nicht ausreichend nach. „Wie“, so Keller, „soll dann die Notfall-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH,
Postfach 825, 82533 Geretsried

Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger:

Fakten liegen auf dem Tisch

Die Bundesnetzagentur wird die bisher von zwei Unternehmen genutzten 450-MHz-Frequenzen 2020 neu vergeben. Sowohl die Energie- und Wasserwirtschaft als auch nationale Sicherheitsbehörden haben erklärt, diesen Frequenzbereich für ein redundantes Kommunikationsnetz in Notfällen zu benötigen. Die Frequenz hat eine verhältnismäßig große Wellenlänge, durchdringt so Gebäude gut und benötigt keinen engmaschigen Ausbau von Funkmasten. Sie eignet sich daher besonders für die Kommunikation im Krisenfall wie einem partiellen oder gar totalen Stromausfall (vgl nebenstehenden Artikel). Zu diesem Themenkomplex befragten wir Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger.

GZ: Wie bewerten Sie in diesem Kontext die Bedarfe der Energie- und Wasserversorger?

Aiwanger: *Die Energieversorgung ist die entscheidende kritische Infrastruktur. Ausfälle oder Störungen wirken sich unmittelbar und extrem auf alle anderen kritischen Infrastrukturen und somit auf Staat, Wirtschaft und Gesellschaft aus. Deswegen brauchen die Energieversorger sichere, flächendeckende, hochverfügbare und kosteneffiziente Kommunikationssysteme. So können sie die Netze überwachen und steuern sowie Verbrauchs- und Erzeugungsanlagen einfach anbinden. Der Frequenzbereich rund um 450 MHz deckt große Gebiete ab, durchdringt auch Gebäude und ist daher für eine ausfallsichere Kommunikation besonders gut geeignet.*

GZ: Welche Forderungen stellen Sie zum Wohl der Bürger an die Nutzung der 450-MHz-Frequenzen durch die Energiewirtschaft und wie stehen Sie zu einigen der in Diskussion befindlichen ordnungspolitischen Ansätzen? (Fortsetzung auf Seite 4)

Hubert Aiwanger. ❒

450 MHz-Frequenz:

Die Debatte geht weiter

Zum 31.12.2020 endet in Deutschland die Zuteilung der Frequenzen im 450-MHz-Bereich. Danach werden die Karten neu gemischt. Sowohl die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) und die Bundeswehr, als auch die Energie- und Versorgungsbranche erstreben das kostbare Gut. Erst kürzlich hat die Bundesregierung ihre Entscheidung über die Vergabe des Frequenzbereichs vertagt. Auf den Ausgang darf man gespannt sein.

Die Nutzungsrechte für das 450-MHz-Spektrum liegen aktuell noch bei der Deutschen Telekom und der 450connect GmbH, einer Tochtergesellschaft des niederländischen Energie- und Telekommunikationsbetreibers Alliander. Während die Deutsche Telekom keinen Bedarf mehr angemeldet hat, will die 450connect GmbH, die seit Jahren in Kooperation mit großen Energieversorgern sukzessive ein überregionales Funknetz zur Steuerung der Stromnetze sowie zu deren schnellen Wiederherstellung nach Stromausfällen aufbaut, das Netz nach erneuter Zuteilung der Frequenznutzungsrechte ab 2021 zügig zu einer nationalen Funknetzplattform für Energieversorger und andere kritische Infrastrukturen ausbauen.

Mit einem eigenen Modell für die gesamte Branche bewirbt sich die Initiative Versorger-Allianz 450, bestehend aus rund 170 Branchenunternehmen der Energie- und Wasserwirtschaft, darunter überwiegend kommunale Stadtwerke. Sie fordert die ausschließliche Zuteilung der 450 MHz-Frequenz.

Bundesanstalt als Mitbewerber

In Konkurrenz zur Bewerbung der Versorger-Allianz 450 und der 450connect GmbH steht die Bedarfsanmeldung der Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS). Sie beansprucht das 450-MHz-Frequenzspektrum für den Aufbau eines breitbandigen (Daten-)Funknetzes für die BOS und die Bundeswehr in Ergänzung zum bestehenden Digitalfunknetz, das fast ausschließlich der Sprachkommunikation dient.

Aus Sicht der Versorger-Allianz stellt das 450-MHz-Funknetz sowohl die mobile Sprachkommunikation bei Störungen und im Krisenfall als auch die Anbindung und Netzintegration von dezentralen Erzeugungsanlagen, Spei-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel beim Ehrenamtsempfang in Deggendorf:

Herzensanliegen Ehrenamt

Rund 2.500 Ehrenamtliche würdigte Bundeskanzlerin Merkel auf der Veranstaltung „Ehrenamt im Dialog“ in Deggendorf. Gekommen war die Kanzlerin auf Einladung des Präsidenten des Bayerischen Landkreistags, Landrat Christian Bernreiter, weil es beiden ein Herzensanliegen ist, die Rahmenbedingungen für das Ehrenamt zu verbessern. Selbstverständlich nahm auch Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder an der Großveranstaltung teil.

„Sie setzen Ihre Zeit ein. Und Zeit ist wohl das knappste Gut im 21. Jahrhundert“, sagte die Kanzlerin zu den Gästen, die aus ganz Bayern herbeigeströmt waren. Sie wolle sich deren Anregungen zu Herzen nehmen und herausfinden, wo der Schuh drückt.

Noch in dieser Legislaturperiode sollen die Rahmenbedingungen für das Ehrenamt, das in vielfältigsten Formen leistbar ist, mittels Ehrenamtsgesetz verbessert werden. So will man beispielsweise die steuerfreien Aufwandspauschalen anheben und eine Stiftung namens „Ehrenamt und Engagement“ gründen.

Mit Blick auf die große Zahl von Flüchlingen, die im Jahr 2015 auch in der Region Deggendorf ankamen, sagte Merkel: „Wenn wir hier bei uns geordnet leben wollen, wenn wir unserer Verantwortung gerecht werden wollen, dann müssen wir uns eben auch um andere Teile der Welt kümmern, damit Menschen in ihrer Heimat bleiben können. Auch das ist Humanität: Menschen woanders zu helfen, damit sie ihre Heimat nicht verlassen müssen.“

Während der Großveranstaltung demonstrierten vor der Deggendorfer Stadthalle zahlreiche Landwirte mit ihren Traktoren. Kanzlerin und Ministerpräsident gingen auch auf deren Anliegen ein. Für ihre Produkte brauchten die Bauern faire Preise und Berechenbarkeit in dem, was sie tun. Man dürfe sie nicht unter Generalverdacht stellen. ❒

V.l.: MdB Thomas Erndl, Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer, Wissenschaftsminister Bernd Sibler, MdL, Ministerpräsident Dr. Markus Söder, MdL, der Deggendorfer Oberbürgermeister Dr. Christian Moser, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, der Deggendorfer Landrat Christian Bernreiter, die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesjustizministerium Rita Hagl-Kehl und der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesumweltministerium Florian Pronold Bild: Bayerische Staatskanzlei

Bei vollen Kassen muss man nicht zwanghaft mehr Geld ausgeben. „Spare in der Zeit, dann hast Du in der Not“ hat aus Sicht des Bürgermeisters nichts von seiner Aktualität eingebüßt. Er kritisiert den Berliner Verteilungsmechanismus, der die Kommunen am „goldenen Zügel“ knapp hält.
Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

Seite
Neues Netzwerk für Kommunen und Polizei 2
Bayerischer Gemeindetag zu aktuellen Themen 2
In memoriam Dieter Draf 2
GZ-Kolumne Christoph Göbel:
Mit der Zukunftsaktie Klimaschutz fördern 3
Starke Wirtschaft – starke Kommunen 3
Bilanzpressekonferenz der Messe München 6
Kommunale Finanzthemen . . . . . .7 - 9
Wasserversorgung . . . . . 10 - 12
Kommunaler Bau 13
Aus den bayerischen Kommunen. . . . . 14 - 16

Neues Netzwerk für Kommunen und Polizei

Der Innenausschuss des Bayerischen Landtags hat sich mit den Konsequenzen aus der Expertenanhörung zur Bedrohungslage von Kommunalpolitikern befasst und sich mit großer Mehrheit für deren besseren Schutz ausgesprochen.

Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker werden zunehmend beleidigt oder sogar körperlich angegriffen. Betroffen sind Menschen, die sich oft ehrenamtlich engagieren. Laut einer Umfrage des Magazins „Kommunal“ haben 40 Prozent aller Rathäuser bundesweit mit Stalking und Drohungen zu kämpfen. Mit der Ermordung des CDU-Politikers Walter Lübcke hat der Hass eine neue Eskalationsstufe erreicht. Im Rahmen der Anhörung im vergangenen November hatten sich Betroffene und externe Fachleute unter anderem für eine zentrale Beratungsstelle, die Sensibilisierung von Polizei und Justiz sowie eine Ausweitung der politischen Bildungsarbeit eingesetzt.

Höhere Strafen

Auf Antrag der Regierungsfraktionen von CSU und Freien Wähler forderte der Ausschuss nun die Staatsregierung auf, sich auf Bundesebene für höhere Strafen bei Beleidigungen und Bedrohungen stark zu machen und diese explizit auf Straftaten gegen kommunale Mandatsträger auszuweiten. Bislang stehen nur Bundes- und Landespolitiker unter dem besonderen Schutz des Gesetzes. Außerdem sollen die Beratungsangebote für betroffene Kommunalpolitiker ergänzt werden. Bayern unterstütze auch die Pläne der Bundesregierung, die Schwelle bei der Strafbarkeit von Hass-Botschaften im Internet zu senken, sagte Innenminister Joachim Herrmann im Interview mit der Augsburger Allgemeinen. „Wenn Kommunalpolitiker Opfer von übler Nachrede oder Verleumdung werden, sollte man das künftig genauso bestrafen wie bei Landespolitikern und Bundestagsabgeordneten.“ Für eine „falsche Idee“ halte er es aber, wenn sich Politiker bewaffnen. „Für den Schutz von Kommunalpolitikern bleibt die Polizei vor Ort zuständig“, betonte Herrmann.

Werbung fürs Ehrenamt

Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FDP hatten im Bayerischen Landtag weitergehende Forderungen nach einer umfassenden Studie über das tatsächliche Ausmaß der Übergriffe, einer zentralen Anlaufstelle für Betroffene sowie mehr politischer Bildung und Aufklärungsmaßnahmen gestellt. Die Landtags-Grünen reichten zudem am 14. Januar 2020 einen Maßnahmenkatalog mit sieben Forderungen für einen effektiveren Schutz von Kommunalpolitikern ein. Darin fordert die Partei unter anderem eine bessere Ausstattung der Polizei und dass Hassdelikte von der Justiz entschlossener als bisher verfolgt werden. Gemeinsam mit der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit soll eine Informationskampagne zum Wert des kommunalpolitischen Engagements starten und dazu motivieren, in der Kommunalpolitik aktiv zu werden. Sie soll Anstand und Respekt im Umgang und mehr Anerkennung für die ehrenamtliche kommunalpolitische Betätigung fördern.

Die Koalitionsabgeordneten lehnten zusätzliche Beratungsangebote als nicht erforderlich ab. Zur Begründung erklärte Max Gibis (CSU), eine Dunkelfeldstudie zur Ermittlung der Zahl nicht gestellter Anzeigen in Fällen von Bedrohungen oder Beleidigungen sei nicht mehr als ein „Stochern im Nebel“ ohne weiteren Erkenntnisgewinn. Eine zentrale Anlaufstelle für die Beratung Betroffener sei nicht nötig, weil es bei Polizei und anderen Behörden bereits zahlreiche Stellen gebe, an die man sich wenden könne. Politische Bildung sei schon heute in den Lehrplänen aller Schulen verankert, da könne man – mit Ausnahme der neuen Oberstufe an den Gymnasien – „nur noch wenig besser machen“. Joachim Hanisch (Freie Wähler) ergänzte, die Anträge der Opposition wiesen in die richtige Richtung, seien im Detail aber nicht zustimmungsfähig.

Unterstützung durch Experten

Hanisch sieht in einem Präventionsgremium zur Kriminalitätsverhütung den richtigen Ansatz. „Notwendigkeit und Umsetzbarkeit werden jetzt geprüft. Grundlage einer künftig engeren Zusammenarbeit ist, dass sich die Kommunen mit der Polizei vernetzen. Außerdem sollen betroffene Kommunalpolitiker mit Expertenwissen fachlich unterstützt werden“, so Hanisch. Andernfalls zerbrösele die Demokratie in ihrem Fundament – den Städten und Gemeinden. „Jeder von uns hat einst in der Kommunalpolitik seine ersten Schritte getan. Wir dürfen nicht zulassen, dass Politiker im Ehrenamt nach wenigen Jahren entnervt aufgeben oder gar Kandidaten im Vorfeld das Handtuch werfen, weil ihnen Wutbürger und Extremisten in unzumutbarer Weise zusetzen“, befürchtete Hanisch. Daher machten sich die Freien Wähler dafür stark, auch die Kommunalverwaltungen selbst im Umgang mit Gewalt und Hass besser zu beraten.

Problem: Großes Dunkelfeld

Johannes Becher (Bündnis 90/Die Grünen) verwies auf die Forderungen von Betroffenen in der Landtagsanhörung. Nötig sei vor allem, das große Dunkelfeld aufzuhellen. „Was angezeigt wird, ist nur die Spitze des Eisbergs“, berichtete Becher aus Gesprächen mit Kommunalpolitikern. Viele Betroffene würden von einer Anzeige absehen, weil sie den Vorfall nicht öffentlich machen wollten oder wenig Aussicht auf Erfolg sähen. Es dürfe aber nicht der Eindruck entstehen, dass sich eine Anzeige nicht lohne. „Um das zu ändern, müssen wir Hemmschwellen abbauen“, ergänzt der innenpolitische Sprecher der Freien Wähler, Wolfgang Haubern.

Klaus Adelt (SPD) erklärte, die Bedrohungslage bei Kommunalpolitikern sei inzwischen „erschütternd“. Die Sprache werde rauer, die Hemmschwelle für verbale und tätliche Übergriffe sinke. Deshalb seien die Vorschläge von CSU und Freie Wähler „zu weichgespült“. „Den Betroffenen muss rasch und effektiv geholfen werden“, betonte Adelt.

Die AfD unterstützte die Zielrichtung aller Anträge „mit Nachdruck“, wie ihr Abgeordneter Richard Graupner sagte. Es brauche eine klare Analyse der Bedrohungslage. Wegen der aus ihrer Sicht zu einseitigen Betonung der Gefährdung aus dem Bereich des politisch rechten Spektrums lehnte die AfD jedoch die Anträge von Grünen und SPD ab.

Alexander Muthmann (FDP) bedauerte das Nein der Koalition zu einer umfassenden Studie. „Was an offiziellen Zahlen vorliegt, zeichnet kein korrektes Bild der tatsächlichen Lage“, hob Muthmann hervor. Effektive Hilfsmaßnahmen erforderten eine verlässliche Datenbasis. **red**

Zum Gedenken an Dieter Draf:

Souveräner Steuermann

Trauer um Dieter Draf: Das frühere Geschäftsführende Präsidialmitglied des bayerischen Bezirketags verstarb am 17. Januar im Alter von 77 Jahren. Von 1990 bis 2007 leitete der gebürtige Amberger die Münchner Geschäftsstelle mit profunder Sachkenntnis und großem diplomatischem Geschick.

In Drafs Amtszeit fielen bedeutende Weichenstellungen wie die Entscheidung zum Fortbestand der bayerischen Bezirke, die Bündelung der Eingliederungshilfe und der Hilfe zur Pflege unter dem Dach der Bezirke sowie die Fortentwicklung der modernen Psychiatrie in Bayern.

Die Verankerung der regionalen Kulturarbeit bei den Menschen vor Ort war dem Verstorbenen ein besonderes Anliegen. Maßgeblich beteiligt war Dieter Draf an der Gründung der Professor Hans Jürgen Kallmann-Stiftung, deren stellvertretender Vorsitzender er seit 1992 war. Geradezu enzyklopädisch war Drafs Fachwissen. Dies traf auch auf die Musik und speziell auf die Oper zu. Ihr galt seine ganze Leidenschaft.

Sein Enthusiasmus, gepaart mit großem persönlichem Engagement und ein breiter kommunalpolitischer Erfahrungsschatz zeichneten den dreifachen Familienvater aus. Dass er sich bei all seinen vielfältigen – auch ehrenamtlichen – Aktivitäten nie in den Vordergrund drängte, war vielfach ein Schlüssel zum Erfolg. Drafs menschliche Wärme und Verlässlichkeit waren auch die Basis für seine engen Kontakte zu allen Partnern der Bezirke. **DK**

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Walter Ziegler
97500 Ebelsbach
am 8.2.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Johann Graßl
92542 Dieterskirchen
am 3.2.

Bürgermeister Dr. Paul Kruck
97753 Karlstadt
am 5.2.

Bürgermeister Hans Urbauer
83361 Kienberg
am 7.2.

Bürgermeister Gerd Zimmer
91353 Hausen
am 8.2.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Claus Pichler
83324 Ruhpolding
am 30.1.

Landrat Johann Kalb
96052 Bamberg
am 30.1.

Bürgermeister Johann Schild
83413 Fridolfing
am 31.1.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Robert Christensen
91463 Dietersheim
am 12.2.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Franz Feigl
86343 Königsbrunn
am 4.2.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Licht und Schatten

Bayerischer Gemeindetag zu Behördenverlagerung, neuem Regierungsbezirk und Bauernwut

Mit einer weiteren großangelegten Behördenverlagerung will Bayerns Ministerpräsident Markus Söder strukturschwache Regionen in Bayern stärken. Vom Bayerischen Gemeindetag wird dieses Ansinnen grundsätzlich begrüßt. Laut Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl „ist es gut und richtig, wenn der ‚Wasserkopf‘ München ein wenig entlastet wird, indem staatliche Ämter und Behörden in ländliche Räume Bayerns verlagert werden. Allerdings schaut es derzeit so aus, als ob überwiegend kreisfreie Städte davon profitieren werden, nicht aber die kleinen und mittelgroßen Kommunen.“

Brandl warf die Frage auf, „ob die Großstädte Schweinfurt und Augsburg wirklich so strukturschwach sind, dass man sie mit neuen Behörden beglücken muss“. Ein deutlicheres Zeichen für die Stärkung des ländlichen Raums wäre es aus seiner Sicht, kleine und mittelgroße Städte und Gemeinden mit neuen Verwaltungsdienststellen des Staates auszustatten.

Eine spannende Frage sei, welche Auswirkungen ein neuer Regierungsbezirk München für das bislang fein austarierte System des kommunalen Finanzausgleichs haben wird, fuhr der Gemeindetagschef fort. „Wird es hier beispielsweise zu Verschiebungen im Bereich der Sozialhilfeausgaben kommen? Und: Wenn die dann ‚geschrumpfte‘ Regierung von Oberbayern künftig auch in den Räumen Rosenheim und Ingolstadt Stellen haben wird - welche Verkehrsbewegungen mit möglicherweise schlechteren Umweltbilanzen wird dies hervorrufen?“

Brandl zufolge erwarten die kreisangehörigen Städte, Märkte und Gemeinden, dass die Bayerische Staatsregierung auch sie im Blick hat und sie im Hinblick auf den Verfassungsauftrag gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen im ganzen Land in größerem Umfang als bislang geplant zum Zug kommen lässt.

Eine weitere Forderung des Bayerischen Gemeindetags bezieht sich auf den Trinkwasserschutz. Diesem müsse Vorrang vor bäuerlichen Interessen eingeräumt werden. Wie Brandl betonte, „belastet landwirtschaftliche Düngung zunehmend unser Grundwasser. Die Bevölkerung erwartet, dass nur noch so viel gedüngt wird, wie die Pflanzen und Böden tatsächlich aufnehmen können.“

Zu viele schwarze Schafe

Der Präsident wies darauf hin, dass die „gute landwirtschaftliche Praxis“, auf die die meisten Bauern stolz sein können, leider so viele schwarze Schafe unbehelligt gelassen habe, dass die EU-Kommission und der Europäische Gerichtshof nötig waren, um Deutschland zu einem Umdenken zu bewegen.

An Markus Söder gerichtet, unterstrich Brandl: „Bayerns Bevölkerung erwartet, dass ihr Grundwasser nicht weiter belastet wird und auch unsere Enkel noch gutes Trinkwasser vorfinden. Die Bayerische Staatsregierung muss eine Stimme für unser wichtigstes Lebensmittel sein. Bei aller ‚Bauernwut vor Auflagenflut‘ darf man nicht vergessen, wo das Nitrat herkommt, das an den Messstellen anschlägt. Ohne strengere Auflagen lässt sich eine Trendumkehr derzeit nicht erreichen. Bitte setzten Sie sich weiterhin für wirksamen Grundwasserschutz ein! Die Proteste der Landwirtschaft gegen strengere Düngeauflagen sind zwar eindrucksvoll, aber in der Sache überzogen.“ **DK**

SPD und Grüne im Bayerischen Landtag:

Kommunen stärken!

Wie können die Kommunen unterstützt werden, um bayernweit gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen? Im Rahmen der Winterklausuren legten SPD-Fraktion und Grüne ein umfangreiches Antragspaket sowie Positionspapiere vor.

Die SPD-Landtagsfraktion will die Kommunen im Freistaat stärken und damit verhindern, dass die Schere zwischen den Regionen weiter auseinandergeht. Ein Zukunftsfonds soll dabei helfen, dieser Entwicklung entgegen zu wirken. So sollen Kommunen Mittel möglichst ohne Bürokratie und effizient abrufen können, deren Vergabe über die regionalen Planungsverbände organisiert wird. Im Rahmen des Finanzausgleichsgesetzes soll zudem der Anteil der Kommunen am allgemeinen Steuerverbund stufenweise auf 15 Prozent angehoben werden.

Pflichtaufgaben für Kommunen

In Anlehnung an die vier Dimensionen der räumlichen Gerechtigkeit (Verteilungs-, Chancen-, Generationen- und Verfahrensgerechtigkeit) fordert die Partei verbindliche Mindeststandards festzuschreiben ohne kommunale Haushalte zu belasten. Die Mittel für Regionalmanagement sollen aufgestockt und die wohnortnahe Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs soll als kommunale Pflichtaufgabe festgeschrieben werden. Die Kommunen können dadurch zivilgesellschaftliche Initiativen unterstützen. Ergänzend dazu fordert die SPD-Landtagsfraktion im Nachtragshaushalt 2019/20 finanzielle Unterstützung.

Neues Institut „Ländlicher Raum“

Zusätzliches Geld soll ebenfalls für sogenannte „FlächenmanagerInnen“ in allen Landkreisen Bayerns bereit gestellt werden. Denn anders als große Gemeinden können gerade kleine kreisangehörige Kommunen oftmals aus personellen Gründen kein eigenes aktives Flächenmanagement betreiben – obwohl sie verhältnismäßig den höchsten Flächenverbrauch haben. Daneben sieht die SPD-Landtagsfraktion ein Institut „Ländlicher Raum“ als Chance in Zusammenarbeit mit den Kommunen auch Hilfestellungen für die Praxis zu liefern.

Gerechtigkeits-Check gefragt

Die SPD-Fraktion fordert außerdem, einen Gleichwertigkeitsbericht im zweijährlichen Rhythmus als Tätigkeits- und Sachstandsbericht sowie die Einführung eines „Gerechtigkeits-Check“. Kommunalexperte Klaus Adelt stellte fest: „Nicht alle Regionen in Bayern entwickeln sich im gleichen Maße weiter. Um auch in den Städten den Druck aus dem Kessel zu nehmen, müssen wir den ländlichen Raum massiv stärken! Stadt und Land sind zwei Seiten der gleichen Medaille.“

Mobilitätsgarantie

Die Grünen setzen auf den öffentlichen Personennahverkehr. „Was wir brauchen, ist eine Mobilitätsgarantie: von fünf Uhr morgens bis Mitternacht, soll jeder Ort über 200 Einwohner, in ganz Bayern, Werkstags, im Stundentakt, an den Öffentlichen Nahverkehr angebunden sein. Unser Ziel: Bis 2030 sollen sich die Fahrgastzahlen von Bus und Bahn in ganz Bayern verdoppeln“, erklärte Fraktionsvorsitzender Ludwig Hartmann. Dafür müsse die Infrastruktur gestärkt werden und dafür brauche es auch Geld. Von den knapp 400 Millionen Euro für Straßenneubau und -unterhalt im bayerischen Haushalt, soll Geld für den Ausbau von Bus und Bahn umgeschichtet werden.

Kommunen als Energiegewinnerinnen

Für eine erfolgreiche Energiewende setzt die Partei auf die Kommunen. „Die Kommunen tragen entscheidend zur Energiewende in Bayern bei und wir Grüne wollen, dass die Kommunen zu Energiegewinnerinnen werden“, sagte Patrick Friedl, Sprecher für Klimaanpassung. Dafür müsse das Windkraftverhinderungsgesetz (10H) der Söder-Regierung weg, damit Windkraft in Bayern wieder eine Heimat fände. „Wir müssen Fernwärme nutzen. So können die Kommunen zur Herzkammer einer gelingenden Energiewende werden“, erklärte er. Ergänzend dazu soll es in den Städten mehr Grünoasen, Sonnensegel, Frischluftschneisen, renaturierte Flüsse und mehr Bäume geben. Der Flächenversiegelungsgrad soll hingegen reduziert werden. Von über 47 Prozent im Jahr 2000 stiegen die Versiegelungen in Bayern auf fast 51 Prozent im Jahr 2015. Damit stiegen auch die Anforderungen an Rettungsdienste, Feuerwehren und den THW. „Hier braucht es mehr finanzielle Unterstützung und dazu ein gutes Personal- und Einsatzmanagement“, fordert Martin Stümpfig, Sprecher für Energiepolitik.

Politik muss Weichen stellen

Ein weiterer Aspekt seien zudem die sozialen Folgen des Klimawandels für die Gesellschaft. „Anpassung ist hier der Schlüssel“, sagte Fraktionsvorsitzende Katharina Schulze. „Wie gestalten wir Dörfer, Kommunen und Städte klimafest und klimagerecht? Hier muss der Freistaat die Kommunen unterstützen.“ Dazu besuchte die Fraktion während der Klausurtagung das Bayerische Zentrum für Angewandte Energieforschung e.V. in Würzburg. Das ZAE Bayern ist ein außeruniversitäres Forschungsinstitut, das sich in den 25 Jahren seines Bestehens, zu einem national und international anerkannten Forschungsinstitut entwickelt hat. Die Forscher befassen sich unter anderem mit Nanomaterialien, thermischen und elektrochemischen Energiespeichern, energieeffizienten Prozessen und energieoptimierten Gebäuden und Stadtquartieren. Das Ziel: Eine möglichst CO2-neutrale Energieversorgung durch den synergetischen Einsatz von erneuerbaren Energien und Energieeffizienztechnologien zu realisieren. Um diese Innovationen in die Praxis umzusetzen, sei vor allem auch die Politik gefordert, die richtigen Weichen zu stellen, sagte Hartmann. Auch der Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag, Dr. Anton Hofreiter, betonte: “Die sozial-ökologische Transformation klappt nur, wenn Berlin die Rahmenbedingungen richtig setzt, und es vor Ort umgesetzt wird.“ **red**

Starke Wirtschaft – starke Kommune

Hochkarätige Diskussionsrunde beim Verband der Bayerischen Wirtschaft in München

Prominente Vertreter aus Wirtschaft und Politik trafen sich in der bayerischen Landeshauptstadt, um die Ausgestaltung zukunftsgerechter und wirtschaftsfreundlicher kommunaler Standortqualitäten zu erörtern. Einig waren sich alle Teilnehmer, dass die Entwicklungsperspektive abseits aller politischen Grundüberzeugung zum Wohl von Wirtschaft und Bürgern im Auge behalten werden muss.

„Städte und Gemeinden stehen im globalen Standortwettbewerb", hob vbw-Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt eingangs hervor. Die Entwicklung der lokalen Standortqualitäten sei ein Muss im Ringen um die Ansiedlung neuer und die Standortloyalität ansässiger Unternehmen. Dies könne nur gemeinschaftlich im Diskurs von Kommunen und Wirtschaft mit dem Ziel erfolgen, geeignete Entwicklungsstrategien zu finden.

V. l.: Barbara Schretter, Leiterin der Vertretung des Freistaats Bayern bei der EU, Dr. Thomas Gruber, Ministerialdirektor für Europa und Internationale Beziehungen, Bayerische Staatskanzlei, Prof. Dr. Angelika Niebler MdEP, Bertram Brossardt, vbw-Hauptgeschäftsführer und Ismail Ertug MdEP. Bild: vbwr

Infrastrukturerfordernisse

Im Zentrum stünden Infrastrukturerfordernisse von Unternehmen und ihren Mitarbeitern, wie z. B. digitale Netze und Verkehr, aber auch die Bildungs- und Gesundheitsinfrastruktur. Insgesamt gehe es nicht nur um die Attraktivität der Arbeitsorte. Daneben müssten auch die Wohnortattraktivität und die Wirtschaftsfreundlichkeit des Verwaltungshandelns beachtet werden.

Die vbw habe in allen Regierungsbezirken den Bedarf auf den zentralen Infrastrukturfeldern zusammengestellt und veröffentlicht, führte Brossardt aus. Diese Papiere seien maßgeblich von der regionalen Wirtschaft geprägt und werden im Rahmen regionaler Veranstaltungen zur Diskussion gestellt.

Studie zur Wirtschaftsfreundlichkeit

Bei der von der vbw in Auftrag gegebenen Studie „Wirtschaftsfreundliche Kommune" zeigt sich laut Dr. Karl Lichtblau, Sprecher der Geschäftsführung der IW Consult GmbH, dass insbesondere Kommunen mit guten Bewertungen bei der Arbeitsort- und Wohnortattraktivität hinsichtlich Kaufkraft, Bevölkerungsentwicklung und Arbeitsplätzen erfolgreicher sind. Erfolgreiche Kommunen gebe es in allen Raumtypen. Als strukturpolitisch wichtig für die umliegenden Kommunen erwiesen sich „starke Arbeitsorte", d.h. Kommunen mit einem größeren Einpendlerüberschuss. Bei Räumen ohne starke Arbeitsorte gelte es, entsprechende Kerne zu entwickeln.

Nach Ansicht von Prof. Dr. Ursula Münch, Direktorin der Politischen Akademie in Tutzing, weisen die Parteiprogramme vielfach kaum kommunalpolitische Inhalte auf. Dies hänge einerseits mit dem engen Raumbezug der kommunalen Themen zusammen, zum anderen werde die politische Auseinandersetzung stark von den jeweiligen kommunalpolitischen Persönlichkeiten getragen. Dies gelte auch für die Wahlentscheidung vor Ort.

Im Rahmen einer spannenden Diskussionsrunde plädierten die anwesenden Kommunalpolitiker für einen effizienten Umgang mit verfügbaren Flächen.

Die Kommunen verdanken ihren Erfolg der Wirtschaft

Landrat Stefan Rößle (Donau-Ries) kritisierte eine starre 5-Hektar-Obergrenze für den Flächenverbrauch, die Entwicklungsmöglichkeiten zu stark einschränke. Der Miesbacher Landrat Wolfgang Rzehak sprach sich dafür aus, klare Prioritäten bei der Flächennutzung zu setzen. Landrat Josef Niedermaier (Bad Tölz-Wolfratshausen) stellte fest, dass viele Kommunen kaum Flächenressourcen und dementsprechend geringe Gestaltungsspielräume hätten.

Für die persönliche Meinung einstehen

Stefan Rößle machte darauf aufmerksam, dass die Belange des Naturschutzes und der Nachhaltigkeit zwar uneingeschränkt wichtig seien, man aber nicht vergessen dürfe, „dass wir unseren Erfolg in erster Linie unserer Wirtschaft zu verdanken haben". Der Landkreischef wies darauf hin, dass möglichst frühzeitig alle Argumente bei der Entscheidungsfindung für ein Vorhaben aufzunehmen seien. Hinter der dann getroffenen Entscheidung müsse man aber auch persönlich stehen.

Rzehak stieß in dasselbe Horn: Politiker seien „oftmals zu feige, Dinge durchzustehen". „Wenn ich für eine Sache kämpfe, werde ich irgendwann Erfolg haben", zeigte sich der Landrat überzeugt. „Gebe ich aber von vornherein schon allen Bedenkenträgern Recht oder habe sogar Angst, dann habe ich ein Problem."

Peter Münster, Bürgermeister von Eichenau ergänzte, dass eine gemeinsame Entwicklungsstrategie angrenzender Kommunen die Akzeptanz heben könne, wenngleich dies noch nicht überall anerkannt werde. Leider würden die Vorteile kommunaler Zusammenarbeit vielfach kaum erkannt.

Rolle der Medien

Nicht zu unterschätzen beim Thema Meinungsbildung ist Rößle und Rzehak zufolge die Rolle der Medien. Gehe es um ein umstrittenes Vorhaben, ließen sich manche Räte von entsprechenden Kommentaren beeinflussen, so deren Beobachtung.

Alle Podiumsvertreter bestätigten, dass bürokratisch aufwändige Genehmigungsverfahren und Widerstände der Bürger in ihren Regionen wichtige Projekte verzögerten oder zum Stillstand gebracht hätten. MdL Klaus Adelt verwies darauf, dass die Probleme häufig bei der Gesetzesanwendung entstünden, und hoher Bürokratieaufwand die Folge sein könne. Er sprach sich dafür aus, bei strittigen Themen alle Betroffenen einzubeziehen und dann eine Entscheidung zu treffen. Hier gelte es, mit Verwaltungsvereinfachung gegenzusteuern.

Informationsstand der Bürger oft mangelhaft

Landrat Niedermaier sah ein Problem in einem mangelnden Informationsstand der Bürger. Vielfach würde sich ein kleiner Teil der Bürgerschaft intensiv einsetzen und seine Interessen prominent platzieren, während ein Großteil wenig interessiert sei.

Das Podium war sich einig, dass eine umfassende Information und faktengeleitete Auseinandersetzung die notwendige Akzeptanz für konkrete Entscheidungen schaffen könne. Allerdings werde es immer auch Bürger geben, die mit getroffenen Entscheidungen nicht einverstanden seien. Rzehak zufolge gibt es zwar viele kritische Grünwähler, jedoch ist es aus seiner Sicht mittlerweile tendenziell der wohlhabende Wutbürger, der Dinge verhindert, weil er sich letztlich auch zu wehren vermag.

Regionalmarke vermarkten

Stefan Rößle vertrat die Auffassung, dass Eigeninitiative durchaus zielführend sei. So habe sein Landkreis die Regionalmarke Donauries eingeführt mit dem Ziel, der Region ein klares Profil zu geben sowie höhere Bekanntheit und Präsenz zu erreichen. Partner aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik haben sich zusammengeschlossen, um gemeinsam Projekte umzusetzen, Fachkräfte und Neubürger zu gewinnen und die guten Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Region zu erhalten. Die Finanzierung übernehmen je zur Hälfte die Unternehmen und der Landkreis.

1000 Schulen für unsere Welt

Interessant für die Wirtschaft ist laut Landrat Rößle auch das Projekt „1000 Schulen für unsere Welt", eine bundesweite, unter der Schirmherrschaft von Dr. Gerd Müller, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. stehende Gemeinschaftsinitiative von Deutschem Städtetag, Deutschem Landkreistag und Deutschem Städte- und Gemeindebund. Dem Beispiel des Landkreises Donau-Ries folgend, leisten mittlerweile deutschlandweit weitere Städte, Landkreise und Gemeinden gemeinsam mit ihrer Bürgerschaft und der lokalen Wirtschaft einen wirksamen Beitrag zur Entwicklungszusammenarbeit und zur Verbesserung der Lebenssituation in Ländern des Globalen Südens. 100 Schulprojekte konnten so im vergangenen Jahr deutschlandweit initiiert werden, der Landkreis Donau-Ries allein kann auf 33 Schulen verweisen.

„Engagement ist auch beim Thema Nachhaltigkeit und speziell bei der Mitarbeitergewinnung gefragt", fuhr Rößle fort. Vor dem Hintergrund, dass sich mittlerweile „die Leute die Firmen aussuchen und nicht umgekehrt", könne es von Vorteil sein, wenn eine Firma als potenzieller Arbeitgeber aktiv die Themen Nachhaltigkeit, Umweltschutz oder Entwicklung verfolgt. Dies sei ein Werbefaktor für das Unternehmen, da gerade die nächste Generation ihr Augenmerk auf diese Aufgaben lege. „Es ist wahrscheinlich im ureigensten Interesse der Wirtschaft, klimafreundlich, umweltfreundlich und nachhaltig zu sein – gerade auch im Hinblick auf Eine Welt", so Rößle abschließend. **DK**

GZ KOLUMNE Christoph Göbel

Liebe Leserinnen und Leser,

keine zwei Monate mehr, dann steht in Bayern erneut die Kommunalwahl an. Diese wird viele personelle Änderungen mit sich bringen. Zahlreiche Politikerinnen und Politiker haben für sich entschieden – ob aus Alters-, beruflichen oder privaten Gründen –, sich nicht noch einmal zur Wahl zu stellen. Ob sich auch die kommunalpolitische Landschaft in Bayern merklich verändern wird, werden wir nach dem 15. März wissen.

Eines aber steht fest: Die wichtigen Themen, die großen Herausforderungen unserer Zeit werden auch nach der Wahl noch dieselben sein. Allen voran die Klimaerwärmung als zentrales globales Problem. Auch wenn wir in Zentraleuropa nicht zu den Haupt-CO2-Emittenten gehören, dürfen gerade wir mit unseren technischen und finanziellen Möglichkeiten nicht nachlassen, denn es geht um unser aller Lebensgrundlage und noch mehr um die unserer Kinder und Enkelkinder. Im Landkreis München haben wir uns zum Ziel gesetzt, sämtliche CO2-Emissionen entweder zu vermeiden, zu reduzieren und die verbleibenden auszugleichen. Daher haben wir uns zur Einführung der so genannten Zukunftsaktie entschieden. Mit den Geldern aus dem Verkauf der Zukunftsaktie werden wir lokale und globale Klimaschutzprojekte fördern. Den Anfang haben wir bereits im vergangenen Jahr gemacht und sämtliche CO2-Emissionen der Landkreis-Liegenschaften ausgeglichen. In diesem Jahr sollen die kreisangehörigen Städte und Gemeinden folgen. Voraussichtlich ab 2021 können dann auch Unternehmen und Privatpersonen über die Zukunftsaktie Teile oder die Gesamtheit ihrer Emissionen ausgleichen oder sich sogar klimapositiv stellen.

Mit der Zukunftsaktie Klimaschutz fördern

An erster Stelle steht aber nach wie vor das Vermeiden und Reduzieren von CO2-Emissionen – diesem Ziel widmet sich intensiv unsere Klima- und Energieinitiative 29++. Ganz besonders freut es mich deshalb auch, dass die Bewerbung des Landkreises München zusammen mit den Landkreisen Ebersberg und Landshut als „Wasserstoffregion Deutschlands" erfolgreich war. Im vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) geförderten Projekt „HyBayern" wollen die drei Landkreise gemeinsam mit Verkehrsbetrieben, Energieversorgern, Industrie, Gewerbe und Handwerk einen vollständig geschlossenen, mit in der Region gewonnenem „grünen" Strom betriebenen Wasserstoffkreislauf von der Erzeugung bis zum Verbrauch implementieren. Als Endabnehmer kommen insbesondere Bus- und Lkw-Flotten in Frage, aber auch die industrielle Logistik innerhalb von Betrieben oder Fuhrparkfahrzeuge für Unternehmen sind wichtige Zielfelder.

Darüber hinaus wird auch das vielschichtige Thema der Mobilität ganz allgemein sowie die Schaffung ausreichenden und bezahlbaren Wohnraums – vor allem in den Ballungsräumen – die Kommunalpolitik auch in der neuen Amtsperiode an vorderster Stelle beschäftigen. Wenn der Wahlkampf hier befördernd darauf einwirkt, dann ist das gut so.

In diesem Sinne grüße ich Sie sehr herzlich

Ihr Christoph Göbel
Stv. Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises München

Forum der Europäischen Strategie für den Alpenraum EUSALP in Mailand:

Potenziale der Jugend nutzen

Gemeinsame Strategien zur nachhaltigen Entwicklung des Alpenraums sind Zielsetzung der EUSALP, die jüngst ihr 3. Jahresforum in Mailand abhielt. Die Verantwortlichen zählen besonders auf das Engagement der Jugend aller Anrainerstaaten. Als eine der vier Makroregionen der EU umfasst die EUSALP 48 Regionen in sieben Staaten mit knapp 80 Millionen Einwohnern. In diesem Rahmen arbeiten in neun Arbeitsgruppen Experten zusammen, die sich u. a. mit Wirtschaftsentwicklung, Arbeitsmarkt und Mobilität beschäftigen.

Während der Generalversammlung erklärten die Mitglieder der Dreierkomission, die Präsidentin des Tiroler Landtags Sonja Ledl-Rossmann, der Umweltlandesrat der Lombardei Raffaele Cattaneo und die Präfektin des französischen Departements Hautes-Alpes Cécile Bigot, die Schwerpunkte ihrer jeweiligen Präsidentschaft. Alle drei betonten die Notwendigkeit der Einbindung der Jugend und das Ziel, die Alpenstrategie in der Fläche bekannter zu machen.

Alpine School Model

„Der Austausch zwischen Jungunternehmern und Mitarbeitern der EUSALP wurde schon von Tirol vorangetrieben und war auch zentrales Thema des italienischen Vorsitzes.", so Raffaele Cattaneo. Als konkretes Beispiel dafür, wie das Bewusstsein für den Alpenraum bei den Jüngeren geschärft werden kann, nannte Cattaneo das Alpine School Model mit derzeit zehn beteiligten Schulen in fünf Ländern des Alpenraums. „Auf politischer Ebene unterhalten sich zumeist nur Erwachsene mit Erwachsenen, weshalb es wichtig ist, dass die Stimme junger Menschen in Gremien wie der EUSALP mehr Gehör findet", betonte Sonja Ledl-Rossmann in ihrer Erklärung. Es dürfe jedoch nicht bei Lippenbekenntnissen bleiben. Sie forderte konkrete Maßnahmen wie die Einbindung von Jugenddelegierten.

Wie die Arbeit im Rahmen der EUSALP konkret aussieht, konnte im Workshop der Arbeitsgruppe 7 (Grüne Infrastrukturen – Teamlead Michaela Künzl vom Bayrischen Umweltministerium) zu den Folgen des Klimawandels für die Wälder und die Wertschöpfung im Nutzholzsektor verfolgt werden.

Schutzfunktion der Wälder

Im Anschluss an einen Vortrag zur Schutzfunktion von Wäldern und nachhaltiger Waldbewirtschaftung im Alpenraum durch Georg Pircher (Forstinspektorat Schlanders, Südtirol) wurde in Kleingruppen an konkreten Maßnahmen gearbeitet, die in einen künftigen Arbeitsplan eingehen.

Zu den Maßnahmen die im Möglichen der EUSALP liegen, zählen für die Gruppe um Raimund Becher vom Bayerischen Landwirtschaftsministerium in erster Linie die Verbesserung der Wissensgrundlagen zu den Auswirkungen des Klimawandels auf die Wirtschaftswälder und eine Bewusstseinsbildung für dessen Folgen bei denjenigen die einen konkreten Nutzen durch die Existenz intakter Wälder haben (Bevölkerung, Natur und Wirtschaft). Becher betonte: „Dies gilt besonders für Kommunen und Städte im gesamten Alpenraum in unmittelbarer Nähe zu Wald- und Forstgebieten, da sie oft unmittelbar von der Schutzfunktion intakter Wälder profitieren."

An der Abschlussveranstaltung nahmen zahlreiche Vertreter der EUSALP-Regionen, der Europäischen Kommission und der italienischen Regierung teil. „Mit meiner Anwesenheit möchte ich vor allem die Wichtigkeit unterstreichen, die ich dieser Strategie für den Alpenraum beimesse", bekräftigte der wichtigste Gast des Tages Italiens Ministerpräsident Giuseppe Conte. Er sehe in der Zusammenarbeit der Regionen und Institutionen wie den Makroregionen „wirksame politische Mittel um der Enttäuschung der Bürger durch die EU entschieden entgegenzutreten".

Strategie von unten nach oben

Raffaele Cattaneo beendete das Jahr des italienischen Vorsitzes offiziell und erinnerte daran, dass die Strategie von unten nach oben ins Leben gerufen wurde. „Sie gründet in den Regionen und somit ist es äußerst wichtig, dass sie vermehrt Eingang in deren politische Entscheidungen findet." Für das kommende Jahr wird die französische Region Provence- Alpes-Côte d'Azur den Vorsitz übernehmen. Die Leitlinien für 2020 werden am 4. Februar in Lyon bekannt gegeben.

European Green Deal nur mit Beteiligung der Regionen

Generell lies kein Redner die Gelegenheit aus, darauf hinzuweisen, dass der European Green Deal der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen nur mit reger Beteiligung der Regionen zu machen ist. Trotz des überregionalen Charakters der Strategie ist allen durchaus bewusst, dass Probleme zwar nicht an Staatsgrenzen enden, jedoch oft im „kleinen Grenzverkehr" besser gelöst werden können, als auf der oft zu weit von den Menschen entfernten EU-Ebene. EUSALP muss dabei stets als „bottom-up"-Strategie verstanden werden, die einen Rahmen schafft, der Lösungen,

(Fortsetzung auf Seite 4)

Debatte geht weiter ...

(Fortsetzung von Seite 1)
chern und Lasten sicher, verbessert zudem die Verfügbarkeit netzdienlicher TK-Dienste im ländlichen Raum und in Gebäuden und bietet als Netz für die kritische Infrastruktur der Energieversorgung Synergien und Skaleneffekte zur optimalen Nutzung des Frequenzbereichs.

Darüber hinaus sind verhältnismäßig wenige Antennenstandorte (ca. 1.600) in der Fläche erforderlich. Dadurch ist das 450-MHz-Funknetz im Vergleich zu anderen Funknetzen nicht nur technisch besser geeignet, sondern lässt sich auch deutlich einfacher und kostengünstiger errichten und betreiben.

Während Betreibern kritischer Infrastrukturen der Energie- und Wasserwirtschaft bislang keine Frequenzen zugeteilt wurden, verfügten die BOS neben dem TETRA Funk bereits über ein weiteres Spektrum im 700 MHz-Frequenzbereich für die mobile Breitbandkommunikation für Sicherheits- und Rettungskräfte in Deutschland. Die BOS sei mit ihren Frequenzbereichen also gut bedient, urteilt die Versorger-Allianz.

Widerspruch aus dem Innenministerium

Entschiedener Widerspruch kommt aus dem Bayerischen Innenministerium: Nach dessen Feststellung „können die für BOS und Bundeswehr zugewiesenen Frequenzen im Bereich 700 MHz (noch) nicht verwendet werden, weil es sich um nicht standardisierte Randfrequenzen handelt, deren Nutzung überaus große Aufwände voraussetzt und die in Teilbereichen wahrscheinlich gar nicht für den vorgesehenen Zweck genutzt werden können; so sind Teile der Frequenzen nicht für LTE standardisiert und es liegt kein zusammenhängendes Band vor."

Dies führe wiederum dazu, dass auf absehbare Zeit keine Technik für die erforderlichen Anwendungen zur Verfügung stehen wird. Darauf sei seitens des Bundesinnenministeriums und den Innenressorts der Länder vor der Versteigerung des standardisierten Bereiches mehrmals und erfolglos hingewiesen worden. Unabhängig davon reichten die gewidmeten Frequenzen bei Weitem nicht aus, um die Bedarfe von BOS und Bundeswehr zu decken.

Alternativen für Versorger

Weiter vertritt das Innenministerium die Auffassung, dass die Versorger sowohl ein schwarzfallfestes Kommunikationsnetz für den Außendienst als auch ein Steuerungsnetz für die stationären Energieanlagen benötigen. Ersteres könnte nach entsprechenden Prüfungen durch die Mitnutzung des Digitalfunknetzes sehr zeitnah ermöglicht werden. Das TETRA-Netz sei in Kürze in ganz Deutschland für Fahrzeugfunkversorgung und in Bayern flächendeckend komplett gegen Stromausfall für mehrere Tage abgesichert. Den zweiten Anwendungsfall der Steuerungsnetze könnte man auch in einem anderen Frequenzband oder leitungsgebunden abdecken – wie in anderen Staaten bereits praktiziert –, die für ihre Schwarzfallfestigkeit einen Technologiemix präferieren.

Verweis auf IoT und 5G-Netz

Nach Angaben der Energieversorger wird für die Steuerung hauptsächlich die Nutzung der Maschinenkommunikation präferiert; hierfür sei das kommende 5G-Netz bestens geeignet. Laut Bayerischem Innenministerium gibt es aber bereits heute bestehende „Internet of Things" (IoT)-Netze wie das Vodafone Narrow Band auf Basis der LTE- und LTE-M-Technologie, das bereits jetzt flächendeckend zur Verfügung steht und sofort genutzt werden könnte. „Damit könnten die Aufgaben für die Energiewende, die Digitalisierung und den Klimaschutz ebenso umgesetzt werden."

Finanziert würde das Netz beim Modell der Versorger-Allianz durch das Kapital der Energieversorger und refinanziert durch den Verkauf von Kommunikationsleistungen an Betreiber Kritischer Infrastrukturen (KRITIS) zu jeweils gleichen, maßvollen und diskriminierungsfreien Konditionen. Da die Versorger-Allianz mit ihren ca. 170 Unternehmen nur einen Bruchteil der insgesamt weit über 1.000 Unternehmen der Energiebranche umfasst, ist es aus Sicht des Innenministeriums „nicht plausibel und vermutlich auch nicht finanzierbar, dass diese Allianz in Vorleistung geht und in ganz Deutschland ein flächendeckendes Energieversorger-Netz aufbaut". Wahrscheinlicher sei ein „Flickenteppich aus regionalen Einzellösungen".

Unrealistische Finanzierung

„Eine hier angedeutete Finanzierung durch die 1.000 Unternehmen der Branche ist nicht realistisch", hält das Bündnis dagegen. Die kleineren Energieversorger wären damit inhaltlich überwiegend überfordert, benötigten aber die technische Lösung 450 MHz. Diese Herausforderung könnten durchaus weniger Energieversorger bewältigen. Dazu liefen intensive Vorbereitungen. Jetzt schon eine finale Finanzierungszusage zu erwarten, da die Nutzungsbedingungen noch nicht geklärt sind, sei utopisch.

Wichtig erscheint der Versorger-Allianz vielmehr, dass alle Energieversorger die Möglichkeit haben, sich zu beteiligen und die Nicht-Beteiligten nicht übervorteilt werden. Daraus resultiere ihr Beteiligungsmodell und der Vorschlag zur freiwilligen Gewinnbegrenzung für die Gesellschafter des Frequenzinhabers. Im Übrigen gingen alle Planungen von bundesweiten Netzen aus. **DK**

Fakten liegen auf ...

(Fortsetzung von Seite 1)
Aiwanger: *Die Energieversorgungsbranche sucht eine maßgeschneiderte Kommunikationslösung, die zuverlässig funktioniert und allen Stromnetzbetreibern – von kleinen Gemeindewerken bis hin zu großen Verteilnetzbetreibern – zur Verfügung gestellt wird. Bedenken hinsichtlich möglicher Monopole oder Gewinnmaximierung bei der Nutzung des 450-MHz-Frequenzbereichs kann die Bundesnetzagentur bereits im Vorfeld begegnen, indem sie als zuständige Regulierungsbehörde entsprechende Auflagen festlegt. Ich bin dafür, dass die Energiewirtschaft ein 450-MHz-Funknetz aufbaut und betreibt, weil sie so die Anforderungen an eine ausfallsichere Infrastruktur kosteneffizient erfüllen kann.*

GZ: Wie sehr ist Ihr Ministerium bereit, die Interessen der Energie- und Wasserwirtschaft gegen die mächtige „Sicherheitsfront" zu vertreten?

Aiwanger: *Ich sehe einen ganz klaren Bedarf der Energiewirtschaft an einem solchen Kommunikationssystem. Das habe ich ja bereits mehrmals bekräftigt, unter anderem im Beirat der Bundesnetzagentur, aber auch durch einen entsprechenden Beschlussvorschlag bei der Wirtschaftsministerkonferenz im Juni 2019, der übrigens einstimmig angenommen wurde. Die Stromversorgung ist heute unter allen kritischen Infrastrukturen die wichtigste. Natürlich sind auch gerade die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben, also die BOS, auf ein sicheres Kommunikationssystem angewiesen. Im Gegensatz zur Energiewirtschaft verfügen diese Einrichtungen aber bereits über umfangreiche Kommunikationsmöglichkeiten im Rahmen eines eigenständigen Funknetzes. Eine Forderung, dass die 450-MHz-Frequenzen ausschließlich den BOS oder der Bundeswehr zur Verfügung gestellt werden, kann ich als bayerischer Wirtschaftsminister insofern nicht mittragen. Ich kann mir aber vorstellen, anderen Anwendern wie den BOS ein Mitnutzungsrecht anzubieten.*

GZ: Wie geht der politische Prozess weiter, welche Bedeutung hat dieses Kompromissangebot der Energiewirtschaft, welche anderen Lösungsansätze gibt es für den politischen Konflikt (andere Frequenzbänder für BOS, ...)?

Aiwanger: *Es ist alles ausdiskutiert. Jetzt gilt es, eine Entscheidung zu treffen. Die dafür erforderlichen Fakten liegen auf dem Tisch. Um Planungssicherheit zu gewährleisten und trotz der erforderlichen Vorlaufzeiten eine möglichst zügige Nutzung der Frequenzen durch die Unternehmen der Energieversorgungsbranche zu gewährleisten, ist eine unverzügliche Entscheidung auf Bundesebene und anschließende Zuteilung der Frequenzen erforderlich.*

GZ: Herr Minister, wir danken für das Gespräch. ❐

Landräte und BKG ...

(Fortsetzung von Seite 1)
kenhäusern von der KV organisiert werden? Im Zweifel würden doch wieder die Krankenhäuser als Notnagel einspringen müssen."

Nur 80 integrierte Notfallzentren

Von den ca. 360 Krankenhäusern mit Akutversorgung in Bayern haben 120 derzeit eine sogenannte Notfallstufe. Doch nur rund 80 größere Kliniken würden ein Integriertes Notfallzentrum betreiben können, wenn der Bund seine Pläne umsetzt, schätzt der Kommunalverband.Aus Sicht des Günzburger Landrats Hubert Hafner, Ausschussvorsitzender für Gesundheit und Soziales beim Bayerischen Landkreistag, wären die Konsequenzen für die Kliniken auf dem Land „schlicht und einfach eine Katastrophe". Damit hätte nicht mal mehr jeder Landkreis eine Notfalleinrichtung.

In der Zwickmühle

Letztlich, so Hafner, stelle der Referentenentwurf einen Angriff auf die Struktur der Krankenhäuser dar. Künftig sollen Krankenhäuser ohne ein INZ nur noch die Hälfte der ohnehin nicht kostendeckenden Pauschale zur Behandlung ambulanter Notfälle erhalten. Die Folge: Zahlreiche Kreiskrankenhäuser, die kein INZ bekommen werden, kämen dadurch in eine Zwickmühle. Behandeln sie Notfälle, bekommen sie kaum noch Geld. Verweigern sie die Behandlung, machen sie sich unter Umständen der unterlassenen Hilfeleistung schuldig, erläuterte Hafner. Mit solchen Abschlägen würden die Krankenhäuser bestraft und die ursprünglich beabsichtigte Lenkung der Patienten keinesfalls erreicht. Funktionieren könne das nur über Anreize, die laut Hafner auch möglich und machbar sind.

Der Bayerische Landkreistag erkenne zwar die Zielsetzung des Bundesgesundheitsministeriums für eine Reform der Notfallversorgung mit einer Entlastung der Notaufnahmen an den Krankenhäusern an; jedoch seien die vorgeschlagenen Regelungen nicht geeignet, dieses Ziel zu erreichen und gefährdeten die flächendeckende Versorgung der Menschen im ländlichen Raum, erläuterte der Landrat.

Unhaltbarer Entwurf

Als „total misslungen" bezeichnete der Geschäftsführer der Bayerischen Krankenhausgesellschaft (BKG), Siegfried Hasenbein, den Entwurf des Bundesgesundheitsministeriums. Es sei realitätsfern, mit großem Aufwand eine neue Struktur einzuziehen, 24 Stunden geöffnet zu lassen, und dem Patienten zu sagen, er bekommt hier keine Versorgung, weil er nur einer ambulanten Behandlung bedarf. „Wir erwarten und erhoffen deshalb ein klares Wort von der Bayerischen Staatsregierung und vom Koalitionspartner CSU", machte Hasenbein deutlich.

Korrektur notwendig

Die bayerischen Landräte und die Bayerische Krankenhausgesellschaft (BKG) fordern nun vor der nächsten Abstimmungsrunde zwischen Bund und Ländern Ende Januar eine Korrektur des Reformvorschlages. Landkreistagspräsident Christian Bernreiter steht mit Ministerpräsident Dr. Markus Söder in engem Austausch. Gleiches gilt für die bayerischen Landräte und ihren Kollegen aus Baden-Württemberg.

„Bei diesem Thema handelt es sich um einen wesentlichen Baustein zur Sicherung der medizinischen Versorgung in den Ländern", hob unterdessen Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml hervor. Am grünen Tisch in Berlin könne nicht entschieden werden, wo Notfallzentren entstehen. Die grundsätzliche Zielrichtung, die Notfallversorgung zu verbessern, sei aber richtig, konstatierte die Ministerin. **DK**

Nachhaltige Entwicklung:

Nicht ohne Bildung in den Kommunen

Tagung der Ökologischen Akademie e.V., Linden in Pegnitz

Rund 50 Akteure aus Kommunalpolitik, Bildungs- und entwicklungspolitischer Arbeit und Wissenschaft sowie Begleiter regionaler Nachhaltigkeitsprozesse beschäftigten sich im mittelfränkischen Pegnitz mit der Frage, wie Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in Kommunen verankert werden kann. An der vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz geförderten Veranstaltung der Ökologischen Akademie e.V., Linden, beteiligten sich namhafte bayerische Organisationen wie Bayerischer Städtetag, Bayerischer Gemeindetag und das Zentrum für nachhaltige Kommunalentwicklung in Bayern und RENN.süd.

Kommunen kommt in der Umsetzung einer Nachhaltigen Entwicklung eine Schlüsselrolle zu, betonte Thomas Ködelpeter von der Ökologischen Akademie Linden. Jung und Alt erführen vor Ort unmittelbar die Folgen nicht nachhaltiger Wirtschaftsweisen und Lebensstile und zugleich gebe es in den Kommunen viele Möglichkeiten an der Gestaltung eines „Guten Lebens für Alle" mitzuwirken.

Für Marion Loewenfeld von der Arbeitsgemeinschaft Natur-und Umweltbildung (ANU) Landesverband Bayern e.V., ist die Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) ein wesentliches Element der Agenda 2030 und eine erstrangige Aufgabe für Kommunen, die Kompetenzen der jungen und älteren Einwohner zur Gestaltung der nachhaltigen Entwicklung zu fördern. Unterstützung erfahren die weltweiten Vereinbarungen für Klimaschutz und Nachhaltigkeit durch die Enzyklika Laudatio Si von Papst Franziskus, wie Dr. Joachim Twisselmann (Evangelisches Bildungs- und Tagungszentrum Bad Alexandersbad) in seiner Begrüßung hervorhob.

Wer auf gute Beispiele nachhaltiger kommunaler Entwicklung hoffte, wurde bei Pfaffenhofens Erstem Bürgermeister Thomas Herker fündig. Pfaffenhofen bekam nicht nur 2013 den Deutschen Nachhaltigkeitspreis verliehen und gewinnt seinen Strom zu 100 Prozent aus lokaler Produktion, sondern verabschiedete 2017 eine Nachhaltigkeitsstrategie mit Schwerpunkten in den Sustainable Development Goals: HochwertigeBildung(SDG4),Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum (SDG8), Nachhaltige Städte und Gemeinden (SDG 11), Verantwortungsvolle Konsum- und Produktionsmuster (SDG 12), Maßnahmen zum Klimaschutz (SDG 13) und Leben an Land (SDG 15). In der Bildungsarbeit werden Schulen und Kindergärten mit Klimaschutzgutscheinen unterstützt und dadurch verschiedenste Umwelt- und Klimaschutzprojekte ermöglicht. Bei der Bodenallianz „Das Pfaffenhofener Land nachhaltig gestalten" spielen die Kommunikation mit den Landwirten, der ökologische Landbau und die Partizipation in der Bürger-Werkstatt eine zentrale Rolle.

Vier Erfolgskriterien

Die Ursachen für die erfolgreiche Pfaffenhofener Entwicklung sieht Prof. Dr. Manfred Miosga (Universität Bayreuth) in vier Kriterien: der guten Ressourcenausstattung, der breiten politischen Unterstützung, einer qualifizierten Verwaltung und dem strategischen Ansatz mit begleitendem Monitoring. An Stelle der nicht-nachhaltigen Normalität mit einem Wohlstandsmodell, das jeden Tag größeren Schaden anrichtet, stellte Miosga eine kulturelle und systemische Transformation vor. Das von der Abteilung Stadt- und Regionalentwicklung der Universität Bayreuth initiierte „forum 1.5" verfolgt die Idee eines gemeinsamen Lernorts zur Gestaltung von Transformationsprozessen in der Region Bayreuth. Akteure aus Wissenschaft, lokaler Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft arbeiten hier zusammen an der Einhaltung des 1,5 Grad-Ziels des Pariser Abkommens.

Dr. Jasmin Jossin vom Deutschen Institut für Urbanistik, Berlin, stellte Ergebnisse aus einer Untersuchung des Instituts vor, in der die Praxis der BNE-Verankerung in deutschen Kommunen unter die Lupe genommen wurden. Was unter gelungener Verankerung von den befragten Experten verstanden wird, ist meist Ergebnis eines individuellen Prozesses und sehr stark lokalspezifisch geprägt.

Im Rahmen einer Podiumsdiskussion mit Maria Regensburger (Regionalmanagerin Amberg-Sulzbach), Dr. Michael Rittershofer (Projektmanager der Öko-Modellregion Isental), Monika Arzberger (Trainerin in der Schule für Dorf- und Regionalentwicklung, Kloster Plankstetten), und Dr. Christian Wolf (SG-Leiter für Energie- und Klimaschutz im Landratsamt München-Land) dominierten Wünsche nach mehr Klarheit über Bildung für nachhaltige Entwicklung, nach einschlägigen Fortbildungsangeboten sowie Informationen über Wirkungen von und Fördermittel für BNE-Aktivitäten.

BNE zur Chefsache machen

Ein von Danielle Rodarius und Julia Stanger (RENN.süd) moderierter Open Space zur Frage „Was brauche ich, um BNE in meiner Kommune zu verankern", brachte alle Teilnehmer ins Gespräch. In selbstorganisierten thematischen Runden ging es um den Umgang mit Nachhaltigkeitsleugnern, Formen von Beteiligung in Nachhaltigkeitsprozessen, den als sperrig empfundenen Begriff Bildung für nachhaltige Entwicklung und um Ideen, wie man BNE zur Chefsache machen kann. ❐

Potenziale der ...

(Fortsetzung von Seite 3)
die in einer Region bereits gefunden wurden auch anderen Gebieten zugänglich und anwendbar machen möchte. Als perfektes Beispiel nennt die Tiroler Landtagspräsidentin Ledl-Rossmann die App SOS EU Alp, die in Tirol, Bayern und Südtirol funktioniert, indem sie den GPS-Standort Verunglückter an die zuständige Leitstelle weiterleitet.

Sämtliche Beteiligten der EUSALP weisen darauf hin, dass bei der Umsetzung aller Projekte und Ziele mit bereits vorhandenen Förderinstrumenten gearbeitet wird und dass für die Makroregion weder neue Rechtsgrundlagen, noch neue Behörden oder Budgets zur Verfügung gestellt werden müssen. So werden die Treffen und Veranstaltungen mithilfe des AlpGov Projekts der EU finanziert das noch bis Ende 2022 läuft. Man wird in naher Zukunft noch mehr von dieser Strategie für den gesamten Alpenraum hören. Maximilian Miller

Familienministerin Schreyer:

Inklusion beginnt bei den Kleinsten

Bayerns Familienministerin Kerstin Schreyer hat die integrative Krippe „Tranquilla Trampeltreu" in Unterhaching besucht. Dort werden Kinder im Alter von ein bis drei Jahren betreut. Es gibt vier integrative Krippengruppen mit Platz für insgesamt 12 Kinder mit Förderbedarf. Die Ministerin: „Die Inklusion von Kindern liegt mir besonders am Herzen. Eine qualitativ hochwertige Betreuung bietet den Kindern beste Entwicklungschancen. Hier sollten wir gemeinsam jede Möglichkeit nutzen, die zu weiteren Verbesserungen führen kann."

Die Anzahl der Kinder mit vorhandener oder drohender Behinderung, die in bayerischen Regel-Kitas betreut werden, hat sich seit 2007 verdreifacht. „Mittlerweile gibt es deutlich über 1.600 integrativ arbeitende Kitas in Bayern", erklärt Schreyer. „Inklusion wird in bayerischen Kitas dabei besonders gefördert: Die kindbezogene Förderung erhöhen wir für Kinder mit Behinderung um 350 Prozent". So kann der Träger der Kita mehr pädagogische Fach- und Ergänzungskräfte finanzieren. „Mir ist wichtig, dass genug Zeit für die pädagogische Arbeit bleibt, für die Bildung und Förderung aller Kinder", so Schreyer.

Die Verbesserung der Qualität in den Kindertageseinrichtungen ist dem Freistaat ein wichtiges Anliegen. „Kita-Leitungen müssen genug Zeit haben, ihre Einrichtungen weiterzuentwickeln, dies gilt umso mehr für den Bereich Inklusion. Deshalb führen wir einen Leitungs- und Verwaltungsbonus ein. Damit versetzen wir die Träger in die Lage, ihre Kita-Leitungen zeitlich zu entlasten, also zum Beispiel von Gruppendienst freizustellen", so die Ministerin. ❐

Messe München

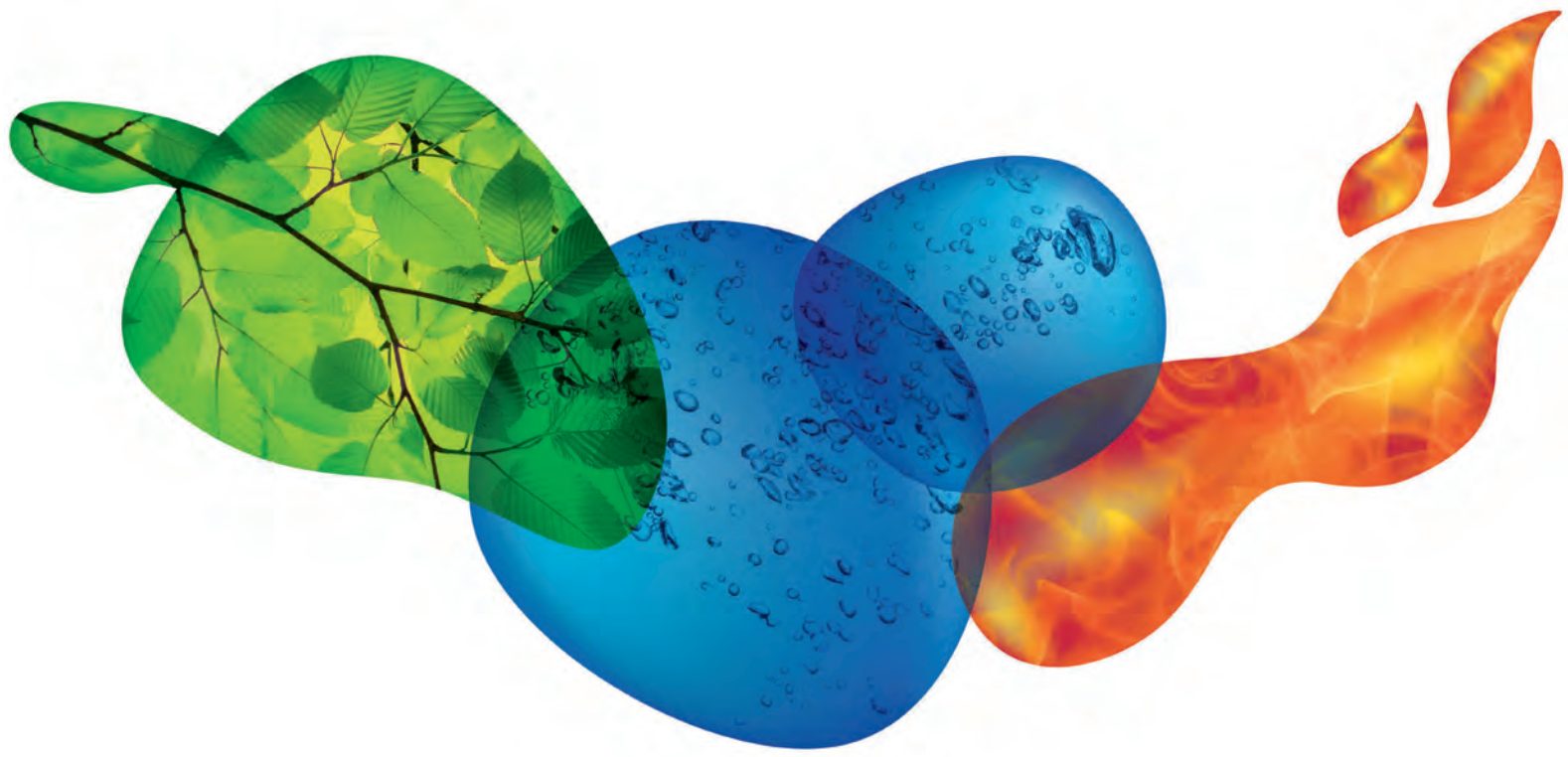
Connecting Global Competence

Umwelttechnologien für Kommunen.

4.–8. Mai 2020 • Messe München

Lösungen für eine umweltgerechte Gesellschaft – auf der IFAT 2020.

Die weltgrößte Plattform bietet innovative Lösungen. 3.305 Aussteller präsentieren auf 270.000 m² klimaneutrale Kommunaltechnik, nachhaltigen Straßen- und Kanalbau sowie sinnvolles Wasser- und Abfallmanagement.



Online-Ticket jetzt sichern!
ifat.de/tickets

Weltleitmesse für Wasser-, Abwasser-,
Abfall- und Rohstoffwirtschaft

IFAT

ifat.de

Bilanzpressekonferenz Messe München:

Bestes Jahr in der Unternehmensgeschichte

Die Messe München blickt mit einer gehörigen Portion Stolz auf das „Mega-Rekordjahr" 2019 zurück. Wie Klaus Dittrich, Vorsitzender der Geschäftsführung der Messe München, bei der Vorlage der Jahresbilanz hervorhob, „ist es das Ergebnis einer langjährig vorausschauenden Ausrichtung unseres Messegeschäfts mit Stärkung des Heimatmarktes und des Auslandsgeschäfts", den beiden Säulen des Jahres der Superlative. „Mit unseren Erfolgszahlen sind wir auf einem hervorragenden Weg, die Ziele unserer Strategie 2021 zu erreichen", zeigte sich der Messechef überzeugt.

Der Konzernumsatz wird 2019 voraussichtlich bei rund 480 Millionen Euro liegen. Das EBITDA – das Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen – wird voraussichtlich 130 Millionen Euro übersteigen. Auch bei Ausstellern, Besuchern und durchgeführten Veranstaltungen zeichnet sich ein deutliches Plus ab. Damit setzt die Messe München ihren erfolgreichen Wachstumskurs weiter fort.

Weltweite Präsenz

Vergangenes Jahr hat die Messe München weltweit 43 eigene Veranstaltungen organisiert, davon 15 in München und 28 im Ausland. Hinzu kommen 163 Gastveranstaltungen und Kongresse in den Locations der Messe München. Zu den insgesamt 206 Veranstaltungen im In- und Ausland fanden sich rund 3,15 Millionen Besucher und 44.500 Aussteller ein. Im Heimatmarkt München konnten rund 2,5 Millionen Besucher und 32.500 Aussteller begrüßt werden.

Sehr erfreulich war laut Dittrich, dass es sowohl bei Ausstellern wie auch Besucherzahlen bei Eigenveranstaltungen ein Plus von drei Prozent gegenüber den Vorveranstaltungen gab. Die Zahl der ausländischen Aussteller nahm sogar um neun Prozent zu, die der ausländischen Besucher um sieben Prozent.

Höhepunkt war die bauma 2019, die als flächenmäßig größte Messe der Welt neue Maßstäbe setzte und alle Rekorde brach. Aber auch zahlreiche andere Messen am Heimatmarkt München verliefen sehr erfolgreich und erreichten Rekord-Ergebnisse.

Bits & Pretzels

Ihren Anspruch als Austragungsort für Events von Weltformat untermauerte die Messe München mit der Gründerkonferenz „Bits & Pretzels" und einem beeindruckenden Auftritt des Friedensnobelpreisträgers und ehemaligen US-Präsidenten Barack Obama. Erfreulich war auch die gelungene Erweiterung des Frauen-Netzwerkes „Frauen Verbinden" nach Berlin und Hamburg. Dem überregionalen Ruf des Netzwerks folgten auf Anhieb mehr als 60 Unternehmerinnen und Entscheiderinnen aus Wirtschaft, Politik, Kultur, Medien und Bildung.

Wichtiger Umsatztreiber im Heimatmarkt waren auch im Jahr 2019 die Gastveranstaltungen und Kongresse in den Locations der Messe München. Die Tatsache, dass die Messe München über eines der modernsten Messegelände der Welt verfügt, hat sich Dittrich zufolge erneut ausgezahlt: Die vier Locations zogen rund 1,1 Millionen Besucher an. „Damit sind wir flexibel und bieten für jede Veranstaltungsgröße und Veranstaltungsart maßgeschneiderte Lösungen", erläuterte der Messechef.

Neu im Programm: Luft- und Raumfahrt

Als Glanzpunkt erwies sich auf Anhieb das erstmals in München ausgetragene Aviation Forum des Bundesverbandes der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie. Zudem wurden die Locations der Messe München erneut für zahlreiche hochkarätige IT-Kongresse gebucht.

Im Ausland erwirtschaftete die Messe München einen Umsatz in Höhe von etwa 68 Millionen Euro. Rund 650.000 Besucher und 12.000 Aussteller nahmen dort an den 28 Messen teil. Insgesamt konnten im Durchschnitt neun Prozent mehr Besucher und zehn Prozent mehr Aussteller bei Eigenveranstaltungen im Ausland im Vergleich zu den Vorveranstaltungen verzeichnet werden. Den größten Anteil am Umsatz hatte auch 2019 China, wo die Messe München seit mittlerweile 20 Jahren erfolgreich agiert. Darüber hinaus konnten insbesondere in Indien eindrucksvolle Erfolge erzielt werden.

Um auch im Jahr 2020 zukunftsfähig zu bleiben, wird die Messe München neue Veranstaltungen und Formate ins Leben rufen, berichtete Klaus Dittrich. So findet im Februar 2020 erstmals die digitalBAU in Köln mit mehr als 200 Ausstellern statt. Sie ergänzt im Zwischenjahr künftig die alle zwei Jahre in München stattfindende Weltleitmesse BAU. Mit einem umfassenden Ausstellungskonzept für alle am Bauen Beteiligten, innovativen Vorträgen in drei Fachforen und einem digitalBAU Start-Up-Award, der innovative Geschäftsideen in einer sich weiter digitalisierenden Baubranche prämiert, wird über drei Messetage hinweg ein deutliches Zeichen gesetzt: Die Digitalisierung im Bauwesen geht alle an.

Digitalen Dienstleistungen im Bausektor

Mit ihren individuellen Programmlösungen und digitalen Dienstleistungen im Bausektor werden auf der digitalBAU sowohl Architekten und Bauingenieure, Fachplaner, Fachhandwerk sowie öffentliche und private Bauherren angesprochen. Die digitale Planungsmethode BIM nimmt in Köln einen besonderen Stellenwert ein. Denn sie erreicht inzwischen neben Architekten oder Fachplanern ebenso Handwerk und Facility Management.

Eine Neuerung wird die zweite Auflage der Command Control im März bieten: Erstmals werden auf dem Cybersecurity-Summit die „Digital Transformer of the Year" – Awards verliehen. Mit dem Preis werden Unternehmen gewürdigt, die sich bei der Digitalisierung ihrer Organisation positiv hervorgetan haben. 2020 werden dabei erstmals auch Awards in zwei Kategorien vergeben, die sich branchenübergreifend mit Cybersicherheit auseinandersetzen.

Cybersecurity

Führende Köpfe aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik zeigen auf dem Cybersecurity-Summit, wie Unternehmen die digitale Transformation ihrer Organisation sicher vorantreiben können. Die Veranstaltung richtet sich besonders an Cybersicherheitsverantwortliche wie CISOs, Geschäftsführer, Risk Manager und Datenschutzbeauftragte. Gezielte Matchmaking-Maßnahmen bringen dabei vor Ort die richtigen Personen miteinander in Kontakt.

Nach Dittrichs Worten ist Cybersicherheit einer der wichtigsten Faktoren für die erfolgreiche digitale Transformation. Aufgrund der sich täglich wandelnden Bedrohungslandschaft werde es für Unternehmen aber immer anspruchsvoller, ihre Daten und Abläufe angemessen zu schützen. „Entscheider benötigen deswegen neue Austauschmöglichkeiten und Managementstrategien. Mit der Command Control bieten wir dafür die perfekte Plattform und geben Unternehmen damit die Kontrolle in der digitalen Welt zurück."

IFAT: Neue Impulse beim Megatrend Nachhaltigkeit

Gleichzeitig wird die Messe München auch 2020 mit bewährten Messen Akzente setzen. Am Heimatstandort München stehen unter anderem die IFAT an, die wieder neue Impulse beim Megatrend Nachhaltigkeit setzen wird, sowie die Traditionsmessen analytica und electronica, die bereits seit mehr als 50 Jahren erfolgreich Branchentrends aufzeigen. Im Ausland wird die Messe München unter anderem mit einer ihrer Highlight-Veranstaltungen, der bauma China, an den Start gehen. Zudem wird die Messe München verstärkt in die Digitalisierung investieren, um neue Potenziale des Messegeschäftes auszuschöpfen. „Mit unseren digitalen Produkten verlängern wir die Präsenz unserer Kunden wie Aussteller und schaffen moderne ‚365 Tage im Jahr'-Plattformen", unterstrich Messechef Dittrich abschließend. **DK**

Die Geschäftsführung der Messe München (v.l): Gerhard Gerritzen (Stellvertretender Geschäftsführer), Monika Dech (Stellvertretende Geschäftsführerin), Falk Senger (Geschäftsführer), Klaus Dittrich (Vorsitzender der Geschäftsführung), Dr. Reinhard Pfeiffer (Stellvertretender Vorsitzender der Geschäftsführung) und Stefan Rummel (Geschäftsführer) bei der Jahrespressekonferenz.

© Messe München GmbH 2020

Neue Studie:

Die besten Szenarien für den Tourismus in Bayern

Aiwanger: „Die Zukunft des Tourismus in Bayern ist nachhaltig!"

In der Erhebung „Szenarien für den Tourismus in Bayern im Jahr 2040" wurden langfristige Zukunftsszenarien für den Tourismus in Bayern erarbeitet. Dabei werden Bayerns touristische Besonderheiten wie Berge, Seen, vielfältiger ländlicher Raum und attraktive Städte besonders berücksichtigt.

Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger zur Untersuchung: „Der Tourismus ist wirtschaftlicher Stabilitätsanker und Impulsgeber in allen Teilen des Freistaates. Er sichert Arbeit und Einkommen für bis zu 600.000 Menschen – gerade in den ländlichen Regionen. Die Zukunft unseres Landes ist damit entscheidend mit der Entwicklung des Tourismus verknüpft. Die Studie hilft dabei, touristische Entwicklungen noch frühzeitiger aufzuspüren."

Im Einklang mit Mensch und Natur

Wirtschaftsminister Aiwanger weiter: „Das Leitbild unserer bayerischen Politik ist 'Tourismus im Einklang mit Mensch und Natur'. Wir stehen für einen nachhaltigen Qualitätstourismus und eine touristische Entwicklung unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Menschen vor Ort. Nur wo sich die Einheimischen wohl fühlen, fühlen sich auch die Gäste wohl."

In der Untersuchung wurden sieben mögliche Zukunftsszenarien für den Tourismus in Bayern festgestellt. Diese „Denk-Werkzeuge" helfen dabei, Entwicklungen im Tourismus frühzeitig vorauszusehen und touristische Strategien entsprechend neu zu erarbeiten oder anzupassen. Zwei dieser Szenarien wurden von den an der Studie beteiligten Tourismusakteuren als für Bayern besonders erstrebenswert charakterisiert, „Digital Dirndl" und „Neue Verträglichkeit": Sie beinhalten eine nachhaltige Entwicklung mit ausgewogenem Wachstum in der Fläche, den Erhalt der bayerischen Identität sowie Tourismusanbieter, die sich neue digitale Möglichkeiten zu Nutze machen. Sie gehen zudem auf ein verändertes Urlaubsverhalten ein, dass immer mehr Menschen umwelt- und sozialverträglich verreisen möchten.

Die Studie entstand an der Hochschule Kempten unter der Leitung von Professor Alfred Bauer, Dekan der Fakultät Tourismus-Management und Leiter des Bayerischen Zentrums für Tourismus, sowie unter Einbezug zahlreicher touristischer Akteure. Sie kann abgerufen werden (Download-Box) unter www.stmwi.bayern.de/tourismus/tourismuspolitik/. ❐

Glauber und Sibler:

Junge Menschen für die Natur begeistern

Sieger im Wettbewerb „Natur im Fokus" ausgezeichnet

Bayerns Artenvielfalt schätzen und schützen lernen: Der Fotowettbewerb „Natur im Fokus" will Kinder und Jugendliche für die Schönheit der heimischen Umwelt begeistern. Mehr als 1.000 junge Fotografen aus ganz Bayern nahmen 2019 an dem Wettbewerb teil.

Unter dem Motto „Geh doch mal raus!" waren Kinder und Jugendliche aufgefordert, ihre besten Naturfotos in den Kategorien „Was blüht und grünt in Bayern?" und „Was summt und brummt in Bayern?" einzureichen. Die Preisträger wurden im „Museum Mensch und Natur" in München von den Staatsministern Thorsten Glauber und Bernd Sibler ausgezeichnet. Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber betonte bei der Preisverleihung: „Es war ein Rekordjahr: Über 2.600 Fotos wurden eingereicht. Ein Beleg dafür, mit welcher Begeisterung für die heimische Umwelt die jungen Fotografen durch die Natur streifen, immer den Finger am Auslöser. In allen Regionen des Freistaates gibt es spannende und einzigartige Motive. Die Ergebnisse können sich sehen lassen: Die Kinder und Jugendlichen haben herrliche Aufnahmen von unseren heimischen Tier- und Pflanzenarten gemacht. So werden Bayerns Naturschätze für jeden sichtbar. Was geschätzt wird, wird auch geschützt. Ich gratuliere allen Teilnehmern zu ihren großartigen Bildern."

Kunst- und Wissenschaftsminister Bernd Sibler unterstrich: „Unsere jungen Nachwuchsfotografinnen und -fotografen konnten mit ihren Kameras wieder großartige Natur-Motive einfangen. Ich schätze diesen Wettbewerb sehr, denn er gibt Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit, ihren kreativen Blick durch die Linse zu präsentieren und gleichzeitig ihr Bewusstsein für Umwelt und Nachhaltigkeit weiterzuentwickeln. Ich gratuliere den Teilnehmerinnen und Teilnehmern herzlich zu ihren tollen Fotos!"

Der Fotowettbewerb 2019 umfasst zwei Kategorien: Die beiden Themen „Was blüht und grünt in Bayern?" und „Was summt und brummt in Bayern?" sollten die Kinder und Jugendlichen dazu anregen, Bayerns Naturschätze zu entdecken. Der Wettbewerb „Natur im Fokus" wurde im Jahr 2007 vom Museum Mensch und Natur ins Leben gerufen und wird seit 2010 gemeinsam mit dem Bayerischen Umweltministerium veranstaltet. Kooperationspartner ist das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst.

Sonderpreis der Sparkassen

Das Umweltministerium fördert den Wettbewerb mit 10.000 Euro. „Natur im Fokus" richtet sich an alle Kinder und Jugendlichen im Alter von 7 bis 18 Jahren in Bayern. 18 Preise wurden in den zwei Kategorien „Was blüht und grünt in Bayern?" und „Was summt und brummt in Bayern?" vergeben. Hinzu kommen zwei Sonderpreise des Museums Mensch und Natur und der Bayerischen Sparkassen. Mit der Preisverleihung wird gleichzeitig die Sonderausstellung mit den Bildern der Preisträger eröffnet. Diese werden bis zum 19. April 2020 im Museum „Mensch und Natur" im Nymphenburger Schloss in München zu sehen sein und gehen ab März auf Tour durch ganz Bayern.

Der Fotowettbewerb hat sich zu einem wichtigen Element in der Umweltbildung entwickelt. Rund 4 Millionen Euro investiert der Freistaat dieses Jahr in diesem Bereich, insbesondere in Umweltstationen und eine Vielzahl von Umweltbildungsprojekten.

Mehr Informationen zum Wettbewerb gibt es im Internet unter www.natur-im-fokus.de. ❐

Markus Ferber:

HSS als bürgerlichen Think-Tank nutzbar machen

Ob beim Kampf gegen die Gefährdung der Demokratie oder gegen die Verrohung der Diskussionskultur sowie bei den Herausforderungen im Klimaschutz: es gibt viele Themen zu denen Politische Stiftungen einen wichtigen und wertvollen Beitrag leisten können. Ferber möchte das Potential der HSS als „bayerischen, bürgerlichen Think Tank" besser nutzbar machen und damit auch auf die veränderten Bedingungen in Gesellschaft, in Politik und auf der Welt reagieren. „Unsere Welt verändert sich dramatisch. Da ist es auch Aufgabe einer Politischen Stiftung, die unverzichtbarer Teil der politischen Kultur unseres Landes ist, den Wandel mitzugestalten. Als Kompass bietet sich hierzu das Leitmotiv unserer Stiftung an: Im Dienst von Demokratie, Frieden und Entwicklung."

Die Befähigung der Bürgerinnen und Bürger zur Demokratie durch Politische Bildung war Gründungsauftrag für die parteinahen Stiftungen. „Dieser Auftrag ist aktueller denn je", sagte Ferber in seiner Rede, „denn Demokratie ist die Notwendigkeit, sich immer wieder den Ansichten Anderer auszusetzen. Hierzu gehören Konflikt und Konsens. Zu beidem müssen wir fähig sein. Zugleich darf aber eben jene Grenze nicht überschritten werden, die zwischen dem besteht, worüber in einer streitbaren Demokratie selbstverständlich gestritten werden darf und soll, und dem, was aus guten Gründen einer diskursiven Relativierung entzogen bleiben muss, um den friedlichen Zusammenhalt unserer Gesellschaft und ihr menschliches Antlitz nicht zu gefährden. Um unsere Demokratie und den Frieden im Land zu bewahren, braucht es eine neue Kultur der demokratischen Auseinandersetzung. Hierzu kann die Hanns-Seidel-Stiftung z.B. mit ihren breitgefächerten Bildungsangeboten substantiell beitragen." Gleichzeitig forderte Ferber eine „neue Sachlichkeit" in Politik und Gesellschaft, um „der Erosion des Vertrauens in die Demokratie und in ihre Institutionen wirksam zu begegnen", wozu die Stiftung ebenfalls ihren Beitrag leisten werde. „Es lohnt sich und ist erfüllend, der Demokratie, dem Frieden und der Entwicklung zu dienen." In diesen Dienst stelle auch er seine Energie.

Zahlreiche Ehrengäste

Dem Festakt wohnten rund 250 Personen bei, darunter die Staatsministerin Kerstin Schreyer, die designierte Sozialministerin Carolina Trautner, Landtagspräsident a.D. Alois Glück, Landtagsvizepräsident a.D. Reinhold Bocklet, der Präsident des Bayerischen Landkreistages, Landrat Christian Bernreiter, Augsburgs Oberbürgermeister Kurt Gribl, zahlreiche Landtagsabgeordnete, Vertreter des diplomatischen und konsularischen Corps, von Behörden, Kammern und Verbänden und den Kirchen. Für die musikalische Umrahmung sorgte Musikstudentin und HSS-Auslandsstipendiatin Ralica Bogdanova. ❐

Bayerische Landesstiftung:

Preise für leuchtende Vorbilder

Engagierter Einsatz für das Gemeinwohl zeichnet die Preisträger der Bayerischen Landesstiftung aus, wie Finanz- und Heimatminister Albert Füracker bei der feierlichen Verleihung der Kultur-, Sozial- und Umweltpreise 2019 in München feststellte. „Die Preise der Stiftung sollen den Blick auf Menschen lenken, die sich mit Herzblut aktiv einbringen und dafür sorgen, dass unsere Heimat lebenswert bleibt. Sie sind ein leuchtendes Vorbild für alle Bürgerinnen und Bürger", betonte Füracker in Vertretung des Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder.

Allein im Jahr 2019 hatte die Bayerische Landesstiftung für Kultur- und Sozialprojekte im Freistaat ein Fördervolumen von rund 24 Millionen Euro. Seit ihrer Gründung im Jahr 1972 wurden somit Zuschüsse für mehr als 12.000 Projekte mit einer Gesamtsumme von über 665 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Sozialpreis

Mit dem Sozialpreis wurden die Sozialgenossenschaft W.I.R. Wohnen Inklusiv Regensburg eG, die Ökumenische Beratungsstelle für Wohnraumerhalt im Landkreis Neu-Ulm und die Smartphone-App „PlayOff" der Landesstelle für Glücksspielsucht Bayern ausgezeichnet.

Bei „W.I.R. Wohnen Inklusiv Regensburg eG" handelt es sich um ein wegweisendes, inklusives Wohnprojekt. Es wurde von engagierten Eltern von Kindern mit mehrfachen, auch geistigen Behinderungen, und hohem Unterstützungsbedarf geschaffen. Seit Herbst 2017 leben dort Menschen mit und ohne Behinderung gemeinsam in einer barrierefreien Wohnanlage mit 47 Wohnungen und unterstützen sich gegenseitig. Die Bewohner mit Unterstützungsbedarf wohnen in eigenen Appartements in Wohngruppen mit je sechs Einheiten. Diese Wohneinheiten sind den individuellen Bedürfnissen hinsichtlich Pflege und Betreuung optimal angepasst. Neben zahlreichen Veranstaltungen und Festen, bei denen Inklusion mit Freude gelebt wird, haben sich so verlässliche Unterstützungsstrukturen etabliert.

Inklusives Wohnprojekt

Im Jahr 2011 mit Mitteln des Freistaats als Modellprojekt der Diakonie Neu-Ulm gegründet, ist die von Diakonie und Caritas gemeinsam getragene Beratungsstelle mittlerweile ein vom Landkreis finanziertes Regelangebot. Im vergangenen Jahr wurden über 350 von Wohnungslosigkeit bedrohte oder betroffene Personen beraten. In vielen Fällen konnten durch frühzeitige Hilfen der Verlust des Wohnraums verhindert und auf diese Weise nicht zuletzt erhebliche Folgekosten sowohl für die Betroffenen als auch für Städte und Gemeinden im Landkreis Neu-Ulm vermieden werden.

Die Landesstelle für Glücksspielsucht Bayern (LSG) hat in den vergangenen Jahren mehr als 14.000 Betroffenen und über 3.500 Angehörigen in schwierigen Situationen geholfen. Als zentrale Anlaufstelle rund um das Thema Glücksspielsucht wirken bei der LSG alle Institutionen in Bayern zusammen, die sich in der Prävention, Beratung und Forschung engagieren. Schätzungen zufolge leiden in Bayern insgesamt rund 33.000 Menschen an pathologischer Spielsucht. Außerdem zeigen weitere 35.000 Menschen bereits ein problematisches Spielverhalten.

Die kostenfreie App der LSG richtet sich an Nutzer von Glücksspielen. Das Angebot soll helfen, das eigene Spielverhalten zu kontrollieren und so das Spielen zu reduzieren oder sogar ganz aufzugeben. Das Programm gibt zudem Tipps für eine abwechslungsreiche Freizeit ohne Glücksspiele. Die kostenfreie App ist kein Therapieersatz für Menschen, die wegen ihrer Glücksspielsucht eine professionelle Behandlung benötigten, wohl aber eine hilfreiche Ergänzung.

Umweltpreis

Über den Umweltpreis durften sich die Schenker Industrie- und Städtereinigungs- GmbH für die hochwertige Wiederverwertung von Kunststoffen, der Landschaftspflegeverband Weidenberg & Umgebung e.V. für die Streuobstinitiative „Apfel-Grips" und die UmweltBank AG, Nürnberg, freuen.

Der Landschaftspflegeverband Weidenberg & Umgebung erhält wertvolle Streuobstwiesen durch Ankauf des Obstes aus Vertragsflächen in den sieben Ursprungsgemeinden des LPV, darunter Creußen, Goldkronach und Speichersdorf. Aus den qualitativ hochwertigen Streuobstäpfeln werden Saft und Secco hergestellt und über den Einzelhandel, Direktvermarkter und Unterstützer verkauft. Die Wiesenbesitzer verpflichten sich, weder Spritzmittel noch Mineraldünger zu verwenden.

Grüne Bank

Die UmweltBank überzeugte den Auswahlausschuss insbesondere dadurch, dass sie als Vorreiter für Sustainable Finance frühzeitig die Bedeutung von Nachhaltigkeit zum Erhalt unserer Lebensbedingungen erkannt hat. Staatsminister Füracker lobte zudem das „herausragende ökologische Engagement" der grünen Bank. Das Nürnberger Unternehmen hat in Bayern nicht nur viele Kunden, sondern finanziert hier auch zahlreiche Energie- und Immobilienprojekte.

Kulturpreis

Mit dem Kulturpreis wurden schließlich die Geigerin Veronika Eberle, die Schauspielerin Senta Berger und der Historiker Prof. Dr. Alois Schmid bedacht. Die Preise waren je Sparte mit 30.000 Euro dotiert. **DK**

Nicht besitzen, sondern gestalten

Finanzminister Füracker stellt Beteiligungsbericht 2019 im Landtag vor

„Mit seinen Unternehmensbeteiligungen gestaltet der Freistaat zentrale Zukunftsthemen, unter anderem in den Bereichen Infrastruktur, Forschung, Wissenschaft und Technologie sowie Umwelt. Diese für den Erfolg Bayerns wichtigen Wirtschaftsfelder sind ein bedeutender Baustein vorausschauender Strukturpolitik und werden durch unsere Beteiligungspolitik unmittelbar und effektiv gefördert. Mit dem Beteiligungsfeld Medien und Kunst wird der Freistaat nicht nur seinem Kulturstaatsauftrag gerecht, sondern sorgt auch für eine nachhaltige Attraktivität des Standorts Bayern", teilte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker bei der Vorlage des Beteiligungsberichts 2019 im Bayerischen Landtag mit. „Unsere Beteiligungen übernehmen wichtige Aufgaben für die Gemeinschaft und sind gleichzeitig ein starker Player in der bayerischen Wirtschaft", betonte Füracker.

Das Beteiligungsportfolio umfasst ein breites Unternehmensspektrum von Traditionsunternehmen, wie die staatlichen Brauereien, das Bayerische Hauptmünzamt oder die Bayerische Seenschifffahrt bis hin zum Engagement in wichtigen Zukunftsbranchen und bedeutenden Großunternehmen. Hierzu zählen insbesondere die BayernLB sowie die Flughäfen und Messen in München und Nürnberg. Das Beteiligungsportfolio unterliegt einem stetigen Wandel. Seit dem Jahr 2000 bis zum Stichtag 31. Dezember 2018 wurden insgesamt 36 Beteiligungsunternehmen veräußert bzw. liquidiert und 23 Unternehmen neu gegründet bzw. Anteile daran erworben. Mit der Neugründung der BayernHeim GmbH und der Beteiligung an der Helmholtz Zentrum für Infektionsforschung GmbH sind im Jahr 2018 zwei neue Beteiligungen im Portfolio hinzugekommen. Zum 31. Dezember 2018 war der Freistaat insgesamt an 72 Unternehmen beteiligt.

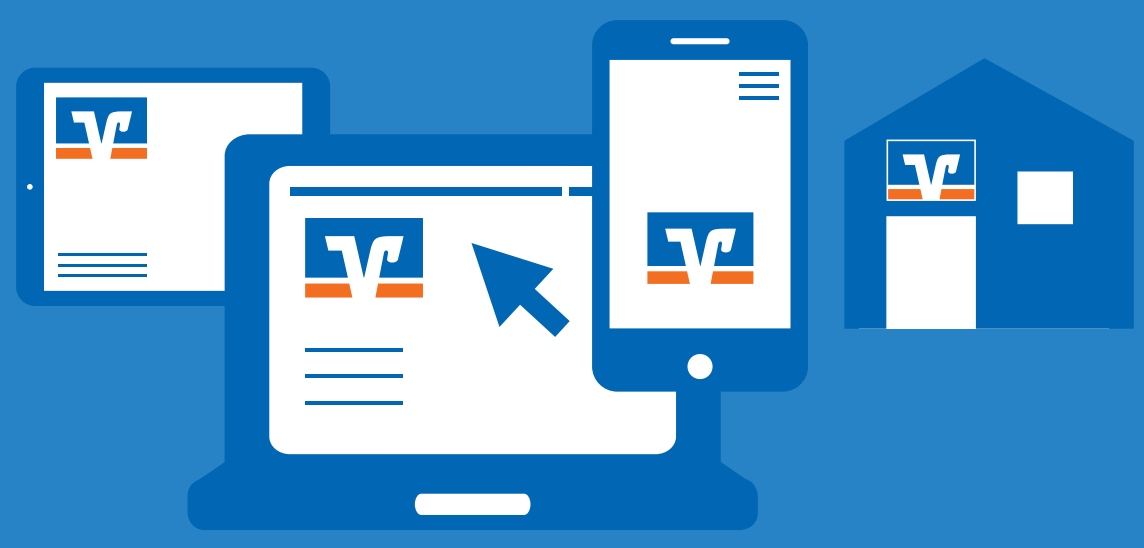
„Bayern steht wirtschaftlich so gut da wie nie zuvor. Zu diesem Erfolg tragen auch die bayerischen Beteiligungsunternehmen bei", merkte Füracker an. Allein in den vergangenen drei Jahren haben die bayerischen Beteiligungsunternehmen wiederum Ablieferungen an den Freistaat Bayern in Höhe von über einer Milliarde Euro geleistet. Als Arbeitgeber von über 37.000 Beschäftigten, darunter 45 Prozent Frauen, sind die Unternehmen aus dem bayerischen Wirtschaftsleben nicht wegzudenken.

Albert Füracker. ❒

Ihr Gewinn für den Freistaat gehe damit weit über die unmittelbaren Gewinnablieferungen hinaus.

Der Beteiligungsbericht 2019 gibt einen Überblick über die Beteiligungen des Freistaats Bayern zum 31.12.2018. Anhand ausgewählter Kennzahlen, wie zum Beispiel Umsatz, Jahresergebnis oder Beschäftigtenzahl, wird die wirtschaftliche Entwicklung der Beteiligungsunternehmen in den vergangenen Jahren aufgezeigt. ❒

Banking, wann, wo, wie Sie wollen.



Über 80 digitale Services und unsere persönliche Beratung in Ihrer Filiale vor Ort.

Jeder Mensch hat etwas, das ihn antreibt.

Wir machen den Weg frei.

Wann Sie wollen. Wo Sie wollen. Wie Sie wollen: Wir sind auch online für Sie da. Erfahren Sie mehr über unsere digitalen Services in einer unserer Filialen oder auf **bayern.vr.de**

Volksbanken Raiffeisenbanken

Erfolgreiches Geschäftsjahr für Versicherungskammer

Konsequent auf Kundenbedürfnisse ausgerichtet

Der Konzern Versicherungskammer blickt auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2019 zurück. Nach den vorläufigen Geschäftszahlen liegt das Beitragsvolumen im gesamten Versicherungsgeschäft bei 8,7 Mrd. Euro, im selbstabgeschlossenen Geschäft bei 8,6 Mrd. Euro. Das entspricht einer Steigerung von insgesamt 4,7 bzw. 4,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr. „In einem anspruchsvollen Markt haben wir uns als Versicherer der Regionen mit unseren Versicherungslösungen und Serviceleistungen sowie mit unserem personell-digitalen Multikanalvertrieb mehr als gut positioniert", sagt Dr. Frank Walthes, Vorsitzender des Vorstands des Konzerns Versicherungskammer, dem größten öffentlichen Versicherer in Deutschland.

Der Kapitalanlagenbestand des Konzerns Versicherungskammer (inkl. Drittgeschäft) wächst um rund 5,5 Prozent und liegt bei 65 Mrd. Euro. Durch den Beitritt zur Finanzinitiative PRI (Principles for Responsible Investment) bekennt sich die Versicherungskammer zu den Prinzipien für verantwortungsvolles Investieren. Einen Schwerpunkt der Nachhaltigkeitsstrategie bilden die Bereiche Infrastrukturprojekte und Erneuerbare Energien, in die der Konzern in den letzten Jahren verstärkt investiert. „Nachhaltigkeit hat für uns in allen Bereichen eine hohe Bedeutung", so Walthes.

Schaden- und Unfallversicherung

In der Schaden- und Unfallversicherung kann der Konzern Versicherungskammer die Beiträge überdurchschnittlich um 5,4 Prozent auf 2,8 Mrd. Euro steigern. Die Kompositversicherer des Konzerns verzeichnen sowohl im Privat- als auch im Firmenkundengeschäft einen Anstieg der Einnahmen. Insbesondere in der Wohngebäude- und Kraftfahrtversicherung sowie der Industrieversicherung werden Zuwächse erzielt. Den Großteil des gesamten Beitragsanstiegs verbucht der Versicherer der Regionen in den Geschäftsgebieten Bayern und der Pfalz. BavariaDirekt, der digitale Versicherer der Versicherungskammer, verzeichnet ein Beitragsplus von 20,1 Prozent.

Der Gesamtschadenaufwand für alle Naturgefahrenereignisse lag beim größten Öffentlichen Versicherer 2019 bei rund 200 Mio. Euro. Das Pfingstunwetter Anfang Juni war für den führenden Gebäudeversicherer in Bayern und der Pfalz das größte Naturgefahrenereignis der vergangenen 35 Jahre. Alleine für dieses lokale Hagel- und Starkregenereignis im Westen von München und im Allgäu wurden rund 150 Millionen Euro aufgewendet. Insgesamt gingen für Jörn gut 40.000 Schadenmeldungen ein, die Mehrzahl davon online.

Walthes erklärt: „Wir mussten eine ungewöhnlich große Anzahl von Totalschäden an Fahrzeugen feststellen, unter anderem verursacht durch starke Zerstörungen der gesamten Fahrzeugoberflächen sowie eingeschlagene Heck- und Frontscheiben, die häufig Einbauten für intelligente Fahrerassistenzsysteme enthalten." Im Gebäudebereich sorgten die heute eingesetzten hochwertigeren Baustoffe wie z.B. Wärmedämmungen, Photovoltaik und Schallschutz sowie die rechtlichen Rahmenbedingungen der Energieeinsparverordnung (EnEV) für hohe Schadenvolumina und eine ungewöhnlich hohe Zahl von Großschäden. „Für uns als Versicherer macht ein solch' extremes Schadenereignis unseren Service für unsere Kunden erlebbar. Als verlässlicher Partner haben wir in kurzer Zeit bereits den größten Anteil der Schäden reguliert."

Gesundheits- und Pflegeversicherung

Die Krankenversicherer der Sparkassen-Finanzgruppe, die Bayerische Beamtenkrankenkasse und die Union Krankenversicherung, steigern die Beiträge um 2,8 Prozent auf 2,5 Mrd. Euro. Mit dem Anfang des Jahres eingeführten modularen Produktangebot BeihilfeCOMFORT für Beamte konnte die Anzahl neuer Kunden in diesem Segment um 50 Prozent gesteigert werden.

Das Geschäft in der Zusatzvorsorge zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung im privaten und betrieblichen Bereich entwickelt sich mit rund 55.000 Neukunden sehr positiv. Im Bereich der geförderten Pflegezusatzversicherung belegen die beiden Krankenversicherer mit einem Marktanteil von über 20 Prozent den ersten Platz, in der Kranken- und Pflegezusatzsatzversicherung Platz 2 (nach Personen).

Mit dem „PflegePartner" wurde 2019 ein bis dato einmaliger Service auf den Markt gebracht, der Pflegebedürftige und ihre Angehörigen mit Beratung, Organisation und verschiedenen Services unterstützt – persönlich, telefonisch und digital. „Wir sind auf einem guten Weg, vom reinen Kostenerstatter zum modernen Gesundheitspartner unserer Kunden zu werden", so Walthes. Dazu gehören neben persönlichen und digitalen Services für Kunden auch die zusammen mit anderen privaten Krankenversicherern bereitgestellte Plattform und Gesundheitsakte „Meine Gesundheit".

Lebensversicherung

Die Lebensversicherer der Versicherungskammer steigern ihre Beitragseinnahmen gegenüber dem Vorjahr mit 5,3 Prozent um fast das Dreifache auf 3,2 Mrd. Euro. Walthes: „Angesichts des dauerhaft niedrigen Zinsniveaus suchen Kunden Möglichkeiten, einen Teil ihres Vermögens sicher anzulegen. Sie vertrauen uns, dass wir ihr Geld verantwortlich und nachhaltig anlegen."

Das 2018 gestartete Arbeitgeberportal zur Verwaltung von Verträgen der betrieblichen Altersversorgung und Zeitwertkonten verzeichnet eine zunehmende Nachfrage. „Mit 900 angeschlossenen Unternehmen haben wir den Bestand nahezu verdoppeln können", so Walthes weiter. Gleiches gelte für die Zahl der Verträge, welche in Zukunft für einen kontinuierlichen Beitragszuwachs sorgen werden. Zudem wurden alle Vertriebswege des Konzerns umfassend für das Geschäft im Wachstumsmarkt bAV geschult. ❐

Kreissparkasse Augsburg:

Dr. Wolfgang Zettl zum Vorstandsmitglied bestellt

Die Kreissparkasse Augsburg hat ihren obersten Führungskreis erweitert. Zum 1. Januar 2021 bestellt der Verwaltungsrat Dr. Wolfgang Zettl zum Vorstandsmitglied und stellt so einen reibungslosen Generationenwechsel im Vorstand sicher.

Wolfgang Zettl (54) ist seit 2010 bereits stellvertretendes Vorstandsmitglied. Er leitet seit 2005 die Unternehmenskundenabteilung der Kreissparkasse Augsburg. Seit mehr als drei Jahrzehnten widmet sich der promovierte Diplom-Kaufmann und Sparkassenbetriebswirt dem Geschäft mit mittelständischen Unternehmen und pflegt ausgezeichnete Kontakte zur hiesigen Wirtschaft. Vorangehende berufliche Stationen waren die Stadtsparkasse Aichach und die Stadtsparkasse Augsburg. Der gebürtige Friedberger lebt mit Frau und drei Kindern in seiner Heimatstadt. Sein Lebensmittelpunkt war und ist, beruflich wie privat, auf die Wirtschaftsregion Augsburg ausgerichtet. „Daher liegt mir sehr am Herzen mit meinem Schaffen einen nachhaltigen Beitrag zur Erhöhung der Lebensqualität der Unternehmen und Menschen in unserer Region zu leisten", so Dr. Wolfgang Zettl.

Das Geschäft mit Unternehmen und dem Mittelstand zählt zu den Kernkompetenzen der Kreissparkasse und wurde in den vergangenen Jahren stets erfolgreich ausgebaut. So rangiert die Kreissparkasse Augsburg im Mittelstandsgeschäft seit Jahren unter den „Top-Ten" der bayerischen Sparkassen.

„Mit der Bestellung von Herrn Dr. Zettl in den Vorstand der Kreissparkasse würdigen wir dessen bisherige Leistung und stellen die Kontinuität der Geschäftsstrategie sicher", so der Vorsitzende des Verwaltungsrates Landrat Martin Sailer.

Der oberste Führungskreis der Kreissparkasse Augsburg besteht nun aus fünf Mitgliedern. Die drei Vorstände Richard Fank (Vorsitzender), Horst Schönfeld (stellvertretender Vorsitzender) und Dr. Wolfgang Zettl werden von zwei Stellvertretern unterstützt: Dies sind der Direktor Firmenkundenabteilung Peter Mayr und der Gebietsdirektor Rainer Hörath. ❐

Mehr Geld durch Wohngeldreform

Zum Jahresanfang ist das neue Wohngeldgesetz in Kraft getreten. Mit der Reform wurden die Reichweite und das Leistungsniveau des Wohngelds angehoben. Außerdem beinhaltet der Gesetzentwurf historisch erstmalig eine Dynamisierung des Wohngelds, die erstmalig ab 2022 greift. Wie Richard Lechner, Leiter des Sachgebiets Besondere soziale Angelegenheiten, Senioren am Landratsamt Pfaffenhofen mitteilt, wird sich durch die Reform in vielen Fällen das monatliche Wohngeld erhöhen.

„Das Wohngeld ist eine sehr wichtige soziale Leistung. Mit dem neuen Wohngeldgesetz wird dazu beigetragen, dass Wohnraum auch für unsere einkommensschwächeren Haushalte bezahlbar bleibt", so Landrat Martin Wolf. Wohngeldhaushalte, denen Wohngeld bis ins Jahr 2020 hinein bewilligt wurde, müssen nichts veranlassen. „Zu Beginn des Jahres 2020 wird von Amts wegen neu über den im Jahr 2020 liegenden Zeitraum entschieden und es ergeht hierzu ein Bescheid", so Richard Lechner. Im Einzelnen sieht die Reform u.a. folgende Regelungen vor:

- Anpassung des Wohngelds an die allgemeine Entwicklung von Mieten und der nominalen Einkommen in Höhe der Inflation: Für einen 2-Personen-Haushalt, der bereits vor der Reform Wohngeld erhalten hat, wird das Wohngeld von prognostizierten 145 Euro monatlich um ca. 30 Prozent auf 190 Euro monatlich steigen.
- Erhöhung der Reichweite des Wohngeldes: Mit der Wohngeldreform steigt die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von im Jahr 2020 erwarteten 480.000 Haushalten auf ca. 660.000 Haushalte. Darunter sind auch 25.000 Haushalte, die mit dem erhöhten Wohngeld nicht länger auf Leistungen aus den Grundsicherungssystemen - wie Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe - angewiesen sind. Außerdem werden die Arbeitsanreize verbessert, da zukünftig zusätzliches Einkommen das Wohngeld nur in geringerem Maß reduziert.
- Regional gestaffelte Anhebung der Höchstbeträge, bis zu denen die Miete bzw. Belastung (bei Wohnungseigentümern) berücksichtigt wird.

Wohngeld ist ein Zuschuss zur wirtschaftlichen Sicherung angemessenen und familiengerechten Wohnens. Die Sozialleistung wird grundsätzlich nur auf Antrag gewährt. Beim Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen besteht ein Rechtsanspruch auf das Wohngeld. Unterschied Mietzuschuss/Lastenzuschuss Wohngeld in Form eines Mietzuschusses gibt es für Mieterinnen und Mieter von selbst genutztem Wohnraum. Für eine Zweitwohnung kann jedoch kein Wohngeld beantragt werden. Einen Lastenzuschuss können Eigentümerinnen und Eigentümer von selbst genutztem Wohnraum beantragen.

Voraussetzungen ob und in welcher Höhe jemandem Wohngeld zusteht, hängt ab von der Anzahl der zu berücksichtigenden Haushaltsmitglieder, dem Gesamteinkommen und der Höhe der berücksichtigenden Miete bzw. Belastung für den Wohnraum.

Nicht wohngeldberechtigt sind Personen, die eine staatliche Sozialleistung beziehen, die auch die Kosten der Unterkunft enthält. Das sind insbesondere Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung, Arbeitslosengeld II, Sozialgeld und Hilfe zum Lebensunterhalt. Ebenfalls nicht wohngeldberechtigt sind Personen, die sich in Ausbildung befinden, alleine leben und dem Grunde nach einen Anspruch auf Ausbildungsförderungen haben.

Beantragung

Wohngeldanträge gibt es bei den jeweiligen Gemeindeverwaltungen, beim Landratsamt und im Internet unter https://www.stmb.bayern.de/wohnen/wohngeld/index.php. Die Anträge für Wohnraum im Landkreis Pfaffenhofen werden im Landratsamt Pfaffenhofen, Sachgebiet Besondere soziale Angelegenheiten, Senioren, Hauptplatz 22, 85276 Pfaffenhofen bearbeitet. Wohngeldanträge für Wohnraum außerhalb des Landkreises Pfaffenhofen sind bei der jeweiligen dortigen Gemeinde bzw. dem dortigen Landratsamt zu stellen.

Das Wohngeld ist rechtzeitig zu beantragen, da es grundsätzlich nur vom Beginn des Monats an gewährt wird, in dem der Antrag bei der Wohngeldbehörde gestellt worden ist. „Bitte bedenken Sie, dass nur ein vollständig ausgefüllter und unterschriebener Antrag und die Vorlage der benötigten Unterlagen eine zügige Bearbeitung ermöglichen. Die Wohngeldstelle ist verpflichtet, die Plausibilität der dargelegten Einkommensangaben zu überprüfen. Die Angabe der Einkünfte dient daher nicht nur der Berechnung des wohngeldrechtlich maßgeblichen Einkommens, sondern auch einer sachgerechten Entscheidung über den gestellten Wohngeldantrag", so Richard Lechner. ❐

Weihnachtsaktion brachte fast 70.000 Euro

Spendenrekord bei der Weihnachtsaktion der HAUS DER STIFTER - Stiftergemeinschaft der Stadtsparkasse Augsburg: Genau 69.273,64 Euro brachte der Aufruf „Von Herzen spenden – Wir verdoppeln". Eine wertvolle Unterstützung für die Projekte der Empfängereinrichtungen.

Cornelia Kollmer, Kuratoriumsvorsitzende der Stiftergemeinschaft: „Ein riesengroßes „Danke" an die zahlreichen Spenderinnen und Spender. Für die Vereine und Organisationen, die eine tolle Arbeit machen, freut mich diese stolze Summe ungemein. So wird effektiv vor Ort geholfen, denn das Geld bleibt fast ausschließlich in der Region."

Die Stadtsparkasse Augsburg verdoppelte die im Aktionszeitraum eingegangenen Spenden in der HAUS DER STIFTER – Stiftergemeinschaft und stellte hierfür insgesamt 25.000 Euro zur Verfügung.

Das HAUS DER STIFTER bietet inzwischen 19 Förderstiftungen eine Plattform um Spenden zu generieren. Der durchschnittliche Spendenbetrag lag bei 115 Euro. Fast 40 % der Spenden gingen online ein. Dem „Spitzenreiter" gelang durch eine effektvolle Öffentlichkeitsarbeit eine Gesamtspende von über 17.000 Euro. Auch die Azubis der Sparkasse waren aktiv dabei: die JAV (Jugend- und Auszubildendenvertretung) rief zu Spenden auf und half tatkräftig mit. ❐

Stiftung Ambulantes Kinderhospiz München

10.000 Euro-Spende

Seit jeher zählt es zum unternehmerischen Verständnis der Stadtsparkasse: Für die Münchnerinnen und Münchner da sein – weit über die Banktätigkeit hinaus. Das gelingt mit zahlreichen Spenden, Sponsorings und den fünf von ihr gegründeten und dotierten Stiftungen.

Mit einem namhaften Betrag hat die Stadtsparkasse im zu Ende gehenden Jahr über 200 Projekte gefördert. Zuletzt erhielt die Stiftung Ambulantes Kinderhospiz München eine Spende über 10.000 Euro. Christine Bronner von der Stiftung Kinderhospiz nahm den symbolischen Spendenscheck von Ralf Fleischer, Vorstandsvorsitzender der Stadtsparkasse München, unter dem Weihnachtsbaum entgegen.

Ein Stück Menschlichkeit

„Ich freue mich, dass wir die so wichtige Arbeit der Mitarbeiter des ambulanten Kinderhospiz München unterstützen können. Damit machen Sie die Stadt für die Menschen ein Stück menschlicher und die Stadtsparkasse München hilft gerne dabei", freut sich Fleischer über finanzielle Unterstützung, die sein Haus dazu leistet.

Gefördert wurden 2019 unter anderem die Klinik-Clowns, die Nachbarschaftshilfe, Frauenhäuser (Horizont e.V.), die Stiftung Lichtblick Kinder- und Jugendhilfe, Projekte zur Gewaltprävention mit IMMA und dem Deutschen Kinderschutzbund, der Abbau von Migrationsdefiziten mit der „Über den Tellerrand kochen Gastro Akademie" zur Vorbereitung auf eine Ausbildung im Gastrogewerbe oder dem Verein wohlBEDACHT, der mit der Spende ein Wohnhaus für Menschen mit Demenz umgebaut hat.

Online-Spenden-Plattform

Hinzu kommen in 2019 insgesamt 1,3 Mio. Euro als Spenden-Sammelergebnis über die von der Stadtsparkasse in Kooperation mit betterplace ins Leben gerufene Online-Spenden-Plattform www.gut-fuer-muenchen.de. Die Spenden dieser Plattform kommen zu 100 Prozent den Förderprojekten zugute, da die Kosten für das Portal von der Stadtsparkasse München getragen werden. Seit der Gründung der Plattform vor vier Jahren sind insgesamt bereits 4,3 Millionen Euro zusammengekommen. ❐

LfA Förderbank Bayern:

Bekenntnis zur Nachhaltigkeit

Staatliche Förderbank veröffentlicht erste Erklärung zum Deutschen Nachhaltigkeitskodex

Der Nachhaltigkeitsgedanke mit seinen Teilaspekten Ökologie, Ökonomie, Soziales und Governance ist fest in der LfA Förderbank Bayern verankert. Anspruch der LfA ist es, durch eine nachhaltige Ausgestaltung und bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Fördermaßnahmen den Wandel hin zu einer zukunftsfähigen Wirtschaft zu unterstützen und damit zur nachhaltigen Entwicklung des Freistaates Bayern beizutragen. Bereits seit 2012 erscheint der Nachhaltigkeitsbericht der LfA. Ergänzend dazu hat die LfA aktuell ihre erste Erklärung zum Deutschen Nachhaltigkeitskodex (DNK) veröffentlicht.

Ziel der DNK-Erklärung ist es, die Nachhaltigkeitsleistungen der LfA nach festgelegten Kriterien systematisch, transparent und vergleichbar zugänglich zu machen. 20 qualitative Kriterien und 29 zusätzliche GRI-Leistungsindikatoren ermöglichen einen schnellen Überblick über ökologische, soziale und Governance-Aspekte beim internen Bankbetrieb und dem Produkt- und Dienstleistungsangebot der LfA.

Diese GRI-Leistungsindikatoren stellen die Berichtskriterien der unabhängigen Global Reporting Initiative dar, deren Leitlinien sich in der nachhaltigen Berichterstattung international als Standard etabliert haben.

„Die LfA lebt Nachhaltigkeit! Die Veröffentlichung unserer Erklärung zum Deutschen Nachhaltigkeitskodex zeigt, dass unsere Geschäftspolitik nachhaltig ausgerichtet ist und wir einen Beitrag für eine zukunftsfähige Gesellschaftsentwicklung leisten. Dabei handeln wir nicht nur intern nachhaltig. Mit unserem Finanzierungsangebot unterstützen wir zudem etwa den Mittelstand dabei, Investitionen zur Steigerung der Energieeffizienz und Verbesserung des Umweltschutzes zu verwirklichen", so LfA-Vorstandschef Dr. Otto Beierl. ❐

Strategische Neuausrichtung:

BayernLB wird zur Zukunftsbank

Die BayernLB hat ihr neues wirtschaftliches Zielbild präsentiert. Nach Auffassung des Freistaats Bayern und des Sparkassenverbands Bayern ist die Neuausrichtung des Geschäftsmodells ein wichtiger Schritt zur Sicherung der langfristigen Stabilität und des Werts ihrer Beteiligung an der BayernLB.

„Eine starke BayernLB ist gut für Bayern. Deshalb begrüße ich ausdrücklich, dass der Vorstand die Bank jetzt mit einem klaren strategischen Zielbild zur Zukunftsbank weiterentwickelt", kommentierte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker das Ergebnis.

Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, ergänzte: „Der Vorstand der BayernLB ergreift die Initiative und stellt sich aktiv den Herausforderungen des Markt- und Wettbewerbsumfelds. Ich begrüße, dass die BayernLB dabei offen für eine verstärkte Zusammenarbeit ist und verlässlicher Partner der bayerischen Sparkassen bleiben wird."

Das vom Aufsichtsrat gebilligte Zielbild sieht vor, die BayernLB bis 2024 zu einer fokussierten Spezialbank weiter zu entwickeln. Dabei wird sie sich im Finanzierungsgeschäft künftig insbesondere auf fünf Zukunftssektoren der bayerischen und deutschen Wirtschaft sowie die gewerbliche Immobilienfinanzierung in Deutschland und in ausgewählten Auslandsmärkten konzentrieren. Gleichzeitig wird der Konzern einen hohen dreistelligen Millionenbetrag in die Infrastruktur und IT in München und Berlin investieren, um die Effizienz der Plattform in München deutlich zu erhöhen und das weitere Wachstum seiner Tochter DKB voranzutreiben.

„Die BayernLB definiert in einem anhaltenden Niedrigzinsumfeld mit tiefgreifenden und disruptiven Wettbewerbsveränderungen selbstbestimmt ihren eigenen Weg. Wir wissen, wohin wir wollen, und wir wissen, dass wir das nötige Rüstzeug dafür haben, um unser Ziel zu erreichen. Wir bauen die Zukunftsbank BayernLB, mit klarem Leistungsversprechen an unsere Kunden und hohem Anspruch an uns selbst – und ohne dabei unsere bewährten konservativen Risikoleitplanken zu verlassen. Dafür müssen wir uns nicht grundlegend neu erfinden. Aber wir werden vieles verändern, um die BayernLB dauerhaft finanziell gesund aufzustellen und so auch in Zukunft zu den eigenständig und nachhaltig erfolgreichen Banken in Deutschland zu gehören", erklärte Vorstandsvorsitzender Stephan Winkelmeier.

Nachhaltige Themenfelder

Mit ihrer strategischen Neuausrichtung zielt die BayernLB auf beständiges profitables Wachstum durch den Ausbau ihrer Stärken. Dabei erwartet die Bank von einer stärkeren Ausrichtung auf nachhaltige Themenfelder, denen sie sich als öffentlich-rechtliches Institut traditionell stark verpflichtet fühlt, die Erschließung neuer Geschäftspotenziale. Gleichzeitig wird sich die BayernLB auf die Kunden konzentrieren, für die sie einen ausreichenden Mehrwert schaffen kann. Vor allem im Kapitalmarktgeschäft soll das Produktangebot stark reduziert werden. Insgesamt sollen die Kosten in der Kernbank signifikant sinken.

Im Rahmen ihrer strategischen Neuausrichtung hat die BayernLB auch für die einzelnen Geschäftssegmente klare Zielbilder entwickelt. Wachstumsmotor Nummer 1 des BayernLB-Konzerns soll die Tochtergesellschaft DKB bleiben, die sich bereits in den zurückliegenden Jahren sehr dynamisch entwickelt hat. Die DKB soll noch stärker als bisher als TechBank und digitaler Wegbegleiter ihrer Kunden agieren. Geplant sind dafür Zukunfts- und Wachstumsinvestitionen in Höhe von rund 400 Mio. Euro in den kommenden fünf Jahren. Die BayernLB rechnet bei ihrer Tochter mit einem starken Ertragswachstum durch die angestrebte Verdopplung der Kundenzahl auf 8 Mio. In Verbindung mit einem disziplinierten Kostenmanagement soll am Ende des Investitionszeitraums ein Renditeniveau von gut 10 Prozent vor Steuern erreicht werden.

Im gewerblichen Immobilienfinanzierungsgeschäft wird die BayernLB in den kommenden Jahren deutlich expandieren. Das Wachstum soll sowohl im Inland als auch in ausgewählten Auslandsmärkten, insbesondere in Westeuropa, Großbritannien und den USA realisiert werden. Die BayernLB rechnet damit, ihr Kreditportfolio in der Immobilienfinanzierung und die Erträge im Immobiliengeschäft bis zum Jahr 2024 stark auszuweiten.

Wettbewerbsfähiges Produktangebot

Die BayernLB wird auch weiterhin die Zentralbank der bayerischen Sparkassen sein und den Instituten mit einem wettbewerbsfähigen und fokussierten Produktangebot als Partner zur Verfügung stehen. Das Institut ist offen für Gespräche, innerhalb des Sektors im Rahmen einer Arbeitsteilung Produktkompetenzen stärker zu bündeln. Auch das Geschäft als starker Partner der Öffentlichen Hand wird die BayernLB unverändert weiterführen. In dem Geschäftsfeld werden daneben künftig auch alle Finanzinstitutionen betreut. Insgesamt sollen die Erträge im Geschäft mit Sparkassen und Financial Institutions durch die strategischen Adjustierungen bei gleichzeitig angestrebter Kostensenkung leicht wachsen.

Als Spezialbank für Zukunftsthemen und als Innovationspartner der bayerischen und deutschen Wirtschaft wird die BayernLB künftig mit ihrer Strukturierungsexpertise in der Finanzierung (Structured Asset Finance) und mit ausgewählten Kapitalmarktprodukten insbesondere Unternehmen aus fünf innovativen Zukunftsbranchen – Energie, Mobilität, Technologie, Maschinen- und Anlagenbau, Bau und Grundstoffe – beraten und begleiten. Dafür hat der Konzern seine bisherigen Einheiten „Financial Markets" und „Corporates & Mittelstand" zum neuen Segment „Corporates & Markets" zusammengelegt. Die Teile des Kapitalmarktgeschäfts, die dem Bedarf der Kunden nicht mehr entsprechen und nicht profitabel genug sind, werden sukzessive aufgegeben.

„Wir haben viele Stärken, die wir in den kommenden Jahren noch effektiver nutzen werden. Wir sind davon überzeugt: Durch den Wandel von der Universalbank zu einer effizienten Spezialbank und innovativen Digitalbank unter einem Dach können wir als BayernLB-Konzern den erfolgreichen Weg der letzten Jahre fortschreiben", stellte Vorstandschef Winkelmeier fest. **DK**

Versicherungskammer-Stiftung:

Wie aus Ideen Taten entstehen

„FORUM EHRENAMT – engagiert diskutiert" in München

Die Zusammenarbeit über Generationen hinweg ist in Vereinen, Non-Profit-Organisationen und Mehrgenerationen-Häusern von besonderer Bedeutung für den Fortbestand und die zukünftige Entwicklung des ehrenamtlichen Engagements. Eine gemeinsame generationenübergreifende Bildungs- und Lernerfahrung soll nun das Miteinander aller Generationen in Bayern stärken – insbesondere im Bereich des Ehrenamts und des Bürgerschaftlichen Engagements.

Zu diesem Zweck wurde bei der Veranstaltung „FORUM EHRENAMT – engagiert diskutiert" der Versicherungskammer-Stiftung in München auf Forschungsebene die aktuelle Studie „Generationenübergreifendes Lernen im Kontext des freiwilligen Engagements" der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt von Prof. Dr. Elisabeth Kals und Svenja C. Schütt vorgestellt. Sie liefert erste noch unveröffentlichte Ergebnisse zum generationenübergreifenden Lernen sowie zu den Motiven und Wirksamkeiten. Präsentiert wurden zudem aktuelle Weiterbildungsangebote im Generationenmanagement, die durch staatliche Unterstützung generationenübergreifendes Arbeiten fördern.

Im Bereich des Bürgerschaftlichen Engagements, ob im Sportverein, beim Eltern-Kind-Treff oder in der Freiwilligen Feuerwehr, treffen Menschen verschiedener Generationen aufeinander, die ihr Wissen und ihre Werte einbringen. Vom offenen Austausch können beide Seiten profitieren. Gerade junge Leute, die am Anfang ihrer beruflichen Laufbahn stehen, reizt die Wissens- und Erfahrungsvermittlung durch die Älteren. Umgekehrt entwickeln die Generationen vor ihnen Verständnis für deren Lebenssituation.

„Das Ehrenamt bildet die Brücke zwischen den Generationen, die insbesondere mit Blick auf den demografischen und gesellschaftlichen Wandel geschlagen werden muss", erklärte eingangs Wolfgang Reif, Vorstandsvorsitzender der Versicherungskammer Stiftung, ehe Ministerialrat Dr. Andreas Frank in Vertretung für die Schirmherrin Staatsministerin Kerstin Schreyer verdeutlichte, wie wichtig die vielfältige Förderung des Sozialministeriums im Bereich intergenerativer Maßnahmen ist.

Wie können Generationen gemeinsam lernen und vom gegenseitigen Austausch profitieren? Welche Maßnahmen braucht es und wie kann zwischen den Generationen vermittelt werden? Generationenübergreifendes Lernen kann von geschulten Haupt- und Ehrenamtlichen aktiv gestaltet werden. Im Rahmen des Forums stellten sich drei Fort- und Weiterbildungsangebote aus Bayern vor, die genau hier ansetzen:

Die lagfa bayern e.V. bietet das niedrigschwellige und praxisnahe Ausbildungsprogramm „Generationenwerker" an, das sich an Hauptamtliche in Freiwilligenagenturen, Freiwilligenzentren und Koordinierungszentren für Bürgerschaftliches Engagement sowie an engagierte Freiwillige richtet, die schon oder künftig mit der Zielgruppe zusammenarbeiten. Die Ausbildung ist in drei Module aufgeteilt.

Modulare Fortbildung

Die berufsbegleitende Fortbildung „Generationenmanager" auf Bachelor-Niveau kann bei der Katholischen Stiftungshochschule München am Campus in Benediktbeuern absolviert werden. Das Studium eignet sich für Hauptamtliche, die in den Bereichen Generationenarbeit und generationenübergreifendes Bürgerschaftliches Engagement tätig sind, beispielsweise Mitarbeitende in der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege, in Kommunen oder aus Mehrgenerationenhäusern und Freiwilligenagenturen. Die Fortbildung ist modular aufgebaut und besteht aus fünf Seminarblöcken.

Das Landesforum Katholische Seniorenarbeit führt den Qualifizierungskurs zum „Generationenmentor" durch. Daran teilnehmen können alle, die an Generationenarbeit interessiert sind, etwa Senioren-, Familien- und Schulbeauftragte in Pfarrei, Quartier oder Kommune, Haupt- und Ehrenamtliche in Gruppen und Verbänden, aus der Erwachsenenbildung, Seniorenprogrammen, Sportvereinen, Pflege oder offenen Altenarbeit. Der Qualifizierungskurs besteht aus zwei Teilen: dem Grundkurs mit drei und dem Aufbaukurs mit zwei Schulungstagen.

Generationenübergreifendes Lernen im Bürgerschaftlichen Engagement untersuchte die Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt im Rahmen einer Studie mit mehr als 700 Teilnehmenden aus Deutschland. Dabei gingen Prof. Dr. Elisabeth Kals und Svenja C. Schütt zunächst den Fragen nach, welche Formen des generationenübergreifenden Lernens wie voneinander, miteinander und übereinander Lernen in generationenübergreifenden Projekte stattfinden und inwieweit sich die Gewichtungen und Anteile dieser Lernformen im Zeitverlauf verändern. Abgefragt wurde zudem, welche Motive einem (generationenübergreifenden) Engagement zugrunde liegen und welche Wirksamkeiten durch generationenübergreifendes Engagement erzielt bzw. bedingt werden.

Die Ergebnisse zeigen anhand der zahlreichen positiven Wirkungen, dass sich ein solches Engagement auf vielen Ebenen als sinnvoll und wichtig erweist. Generationenprojekte gehen mit besonderen Gewinnen für die Generationenbeziehungen in unserer Gesellschaft einher. Ein solches Engagement dient aber nicht nur Anderen oder der Gesellschaft, sondern auch den Engagierten selbst. So findet in Form des generationenübergreifenden Lernens ein Austausch zwischen den Generationen statt, bei dem alle Generationen voneinander profitieren können und sich einander annähern.

Zudem profitieren Engagierte von einem solchen Engagement etwa in Form einer Förderung des eigenen Selbstwerts oder sogar einer Stärkung des eigenen Lebenssinns. Die Ergebnisse zeigen aber auch, dass Generationenprojekte langfristig angelegt sein sollten, da vor allem das generationenübergreifende Lernen Zeit braucht, um sich stärker zu etablieren.

Das generationenübergreifende Engagement bleibt daher auch weiterhin ein spannendes Forschungsfeld. Viele Fragen sind noch unbeantwortet. Gleichzeitig gewinnt dieses Engagement angesichts gesellschaftlicher Entwicklungen, wie dem demografischen Wandel, der Digitalisierung oder der wachsenden räumlichen Distanz zwischen Familienmitgliedern, zunehmend an Bedeutung. **DK**

Banken in der Pflicht

CSU-Entlastungsoffensive für Sparer, Arbeitnehmer, Mittelstand und Unternehmen

Die CSU hat auf ihrer Klausurtagung in Kloster Seeon mit ihrer „Entlastungsoffensive für Sparer, Arbeitnehmer, Mittelstand und Unternehmen" ein klares Signal in der Wirtschaftspolitik gesetzt und dabei die Banken in die Pflicht genommen. Die Forderung: ein kostenloses Basiskonto für jedermann. Die Kritik aus der Bankenbranche ließ nicht lange auf sich warten: Sowohl Sparkassen als auch Genossenschaftsbanken lehnen den CSU-Vorschlag rundweg ab.

Nach den Vorstellungen der CSU sollen die Banken in Zukunft generell und nicht nur beim Online-Banking auf Kontoführungsgebühren verzichten. Gemeinsam mit den Banken soll ein Basiskonto für kleine und mittlere Einkommen entwickelt werden, wobei grundlegende Funktionen wie die Abwicklung von Gehalt und Miete möglichst kostenlos zur Verfügung stehen sollten.

GVB-Stellungnahme

GVB-Präsident Jürgen Gros erinnerte hier umgehend an „marktwirtschaftliche Prinzipien, die trotz der von der EZB-Niedrigzinspolitik heraufbeschworenen Situation gültig bleiben sollen". Dazu zähle vor allem die Gestaltungsfreiheit der Kreditinstitute bei ihren Kontomodellen. Staatliche Preisvorgaben sind aus Gros' Sicht unnötig. Der Wettbewerb funktioniere. Jedem Sparer stehe es frei, sich das für seine Bedürfnisse passende Kontomodell auszuwählen.

Für Walter Strohmaier, Bundesobmann der Sparkassen, ist der CSU-Vorschlag ein „Schlag ins Kontor der regionalen Kreditwirtschaft". Ohnehin sei die Situation der Banken vor dem Hintergrund niedriger Zinsen und entsprechend mageren Margen sehr herausfordernd. Grundsätzlich unterstützt Strohmaier aber die CSU-Vorschläge, Anreize für Sparer zu schaffen. Dazu zählt eine festverzinste Innovationsanleihe ebenso wie die geplante Steuerfreiheit für Langfrist-Sparer.

Innovationsanleihe

Die Innovationsanleihe soll laut CSU mit einem staatlich garantierten Positivzins von 2 Prozent und einer Laufzeit von 10 Jahren eingeführt werden. Ausgereicht werden soll die neue Anleihe über die KfW, die die eingeworbenen Mittel in Start-ups und Unternehmensinnovationen mit einem Schwerpunkt auf neue Schlüsseltechnologien der Digitalisierung wie Künstliche Intelligenz und Klimatechnologien investiert. Die Verzinsung wird staatlich garantiert bzw. über die erwirtschafteten Investitionsrendite refinanziert. „Damit schaffen wir ein Kreislaufsystem mit einem attraktiven Angebot für Sparer und dringend benötigtem Risikokapital für Startups."

Zocken und Sparen

„Es gibt einen Unterschied zwischen Zocken und Sparen zur Altersvorsorge – und der muss sich auch im Steuerrecht abbilden", heißt es mit Blick auf die geplante Steuerfreiheit für Langfrist-Sparer. Die Altersvorsorge von Klein-Anlegern dürfe nicht genauso besteuert werden wie kurzfristiges Intra-Day-Trading. „Wir wollen deshalb eine Steuerfreiheit von Kursgewinnen langfristiger Anlagen zur Altersvorsorge – mit einer Spekulationsfrist von fünf Jahren. Wer eine Aktie oder Anleihe über diesen Zeitraum hält, soll von der Steuerpflicht freigestellt werden."

„Wir wollen einen Belastungsstopp", lautet eine weitere CSU-Forderung. „Wenn das Wachstum zurückgeht, darf es nicht darum gehen, die Staatskassen zu füllen, sondern Bürgern und Unternehmen finanzielle Freiräume zu ermöglichen. Deshalb: Keine neuen Belastungen. Einkommensteuer-Erhöhungen, höhere Erbschaftsteuern oder die Wiedereinführung der Vermögenssteuer lehnen wir ab. Wem gut 800 Milliarden Euro gesamtstaatliche Steuereinnahmen immer noch nicht ausreichen, der handelt nicht verantwortungsbewusst, sondern maßlos. Wir brauchen einen Einstieg in eine Entlastung für die kleineren und mittleren Einkommen und einen Einstieg in eine notwendige Modernisierung der Unternehmensbesteuerung in Deutschland."

Unternehmen entlasten

Deutschland ist im OECD-Vergleich zum Hochsteuerland geworden. Deshalb soll ein Unternehmensstärkungsgesetz verabschiedet werden, das die Unternehmen im internationalen Wettbewerb erheblich entlastet. Ziel ist die Absenkung der Ertragssteuerbelastung für Unternehmen auf 25 Prozent. „Damit schaffen wir Spielräume für notwendige Investitionen in Digitalisierung und Innovationen. Dabei wollen wir die Rechtsformeutralität, gerade für Personengesellschaften, wahren. Gleichzeitig wollen wir die Unternehmen bei der Digitalisierung ihrer Geschäftsmodelle und -abläufe unterstützen, indem wir die steuerliche Abschreibung für digitale Innovationsgüter deutlich verbessern."

Bürokratieabbau

Neben der „Steuererklärung mit einem Klick" ist ein Bürokratieentlastungsgesetz IV angedacht. „Wer das Wachstumspotenzial unseres Landes freisetzen will, muss die bürokratischen Belastungen unserer Unternehmen und insbesondere des Mittelstandes lockern. Mit dem Bürokratieentlastungsgesetz III haben wir die Wirtschaft bereits um 1,15 Milliarden Euro entlastet. Jetzt wollen wir den nächsten Schritt gehen und in einem Bürokratieentlastungsgesetz IV weitere Entlastungen durchsetzen", betont die CSU-Landesgruppe.

Dazu gehörten eine Verkürzung der Aufbewahrungsfristen für Unterlagen im Handels-und Steuerrecht von zehn auf fünf Jahre und die Anhebung der Grenze für die Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter von derzeit 800 auf 1.000 Euro. „Wir wollen außerdem das Jahr 2020 zum Initiativjahr für die Unternehmensdigitalisierung machen – und dafür eine 50-prozentige Sonder-Afa auf Digitalinvestitionen einführen."

Minijobs weiterentwickeln

Darüber hinaus will die CSU die bestehenden Minijobs weiterentwickeln. Dafür soll die Minijob-Grenze auf 600 Euro pro Monat angehoben werden. Daneben sollen auch die Minijobber an der allgemeinen Lohnsteigerung teilhaben. „Deshalb fordern wir, dass die Verdienstgrenze der Minijobs künftig mit den Löhnen steigt." **DK**

Regierungspräsident Axel Bartelt (5.v.l.) zusammen mit den Referenten des Herbstforums Dr. Martin Müller, Dr. Benjamin Kopp, Dr. Stefan Kremb, Dr. Stefan Dick, Dr. Andreas Kolbinger, Axel Bauer und Raimund Schoberer. Bild: Markus Bauer

Das Grundwasser im Blick haben!

Herbstforum der „Aktion Grundwasserschutz – Trinkwasser für die Oberpfalz“

Mit der Wasserversorgung und landwirtschaftlichen Bewässerung in Zeiten des Klimawandels beschäftigte sich das dritte Herbstforum der „Aktion Grundwasserschutz – Trinkwasser für die Oberpfalz“ in Schwarzenfeld. Gut 100 Gäste aus Kommunalpolitik, Wasserwirtschaft, Wasserversorgung und Landwirtschaft nahmen daran teil.

„Der Klimawandel ist auch in der Oberpfalz angekommen“, stellte Regierungspräsident Axel Bartelt anhand des Beispiels Ammerbach (bei Amberg) fest. Dieser Bach war einige Monate ausgetrocknet. Mit Blick auf die Landwirtschaft meinte er: „Wir werden es nur miteinander schaffen, wir müssen uns alle engagieren. Es darf kein Gegeneinander geben. Mit Argwohn sehe ich, dass die Landwirtschaft dorthin gestellt wird, wo sie nicht hingehört. Wir haben der Landwirtschaft viel zu verdanken.“

Für sorgsamen Umgang

Bartelt ging auf die klimatischen Entwicklungen und deren Folgen ein und schloss daraus auf einen Rückgang des Grundwassers. Daher appellierte er für einen „sorgsamen Umgang mit diesem Schatz“. Bewusst ist Bartelt der Wasserbedarf in der Landwirtschaft, da Bewässerung notwendiger wird. Aber auch im privaten und kommunalen Verhalten muss viel getan werden, jeder hat seinen Anteil zu leisten“, stellte der Regierungspräsident fest.

Unter dem Titel „Klimawandel in Bayern. Auswirkungen auf das Grundwasser“ ging Dr. Benjamin Kopp vom Landesamt für Umwelt auf die Grundwassernutzung (94 Prozent für Trinkwasser) und die Grundwasserneubildung ein. Höhere Temperaturen, Trockenheit, Abnahme der Winterniederschläge und mangelnder Regen hätten auch in der Oberpfalz zu einem Defizit beim Grundwasser geführt. Zugenommen haben auch die Tage, an denen in der Landwirtschaft bewässert werden muss. Oft seien „erhebliche Einbußen der Ernteerträge“ die Folge, da sich die Bodenspeicher in einem kritischen Zustand befinden.

Überblick über die Nitrat-Situation

Zur Wasserversorgung in der Oberpfalz referierte Raimund Schoberer, bei der Regierung der Oberpfalz mit dem Sachgebiet Wasserwirtschaft betraut. „Die Wasserversorger sind gut aufgestellt. Aber wir haben eine vielfältige Geologie mit komplett unterschiedlichen Grundwasserlandschaften“, führte Schoberer aus. Detailliert ging er auf die Nitrat-Situation ein – vor allem im Südwesten der Oberpfalz, verwies auf die Naabachse, die eine Trockenachse sei, und machte auf Aktionen für Kindergärten und Schulen aufmerksam.

Für faire Wasserverteilung

Das Thema „Wasserwirtschaftliche Randbedingungen in Bay ern“ erörterte Dr. Andreas Kolbinger vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz. Wichtig sei eine faire Wasserverteilung, die Erschließung neuer Wasserquellen und Wasser für Bewässerung aus Niederschlägen, Oberflächenwasser, Uferfiltrat oder oberflächennahem Grundwasser zu entnehmen.

Zu betrachten seien die Rolle der Bewässerung in Städten sowie Anpassungsstrategien der landwirtschaftlichen Betriebe bei der Bewässerung an den Klimawandel. Kolbinger betonte, dass die Trinkwasserversorgung Vorrang vor allen anderen Nutzungen habe.

Einen Oberpfälzer Blick zu diesen Themen warf Dr. Stefan Kremb, bei der Regierung der Oberpfalz für die Gruppe Landwirtschaft und Forsten – Hochwasserschutz zuständig. Seit 2014 seien Defizite bei der Wasserbilanz deutlich festzustellen, was sich auch auf die Erträge bewässerungsintensiver Früchte auswirke. Ziel müsse eine „boden-, wasser- und klimaschonende Landwirtschaft sein, die Spaß macht und sich rechnet.“

Die Sicht von Firmen, die Kartoffeln verarbeiten, schilderten Dr. Stefan Dick (Südstärke) und Dr. Michael Holtschulze (Lorzen Snack-World). Der Rückgang des Stärkegehalts und schwierige bzw. minderwertige Ernten sprachen die beiden Firmenvertreter an, ebenso eine Zunahme an Schädlingen. Für wirtschaftlichen Kartoffelanbau seien Bewässerung bzw. Beregnung dringend nötig.

Technische Aspekte beleuchteten Dr. Martin Müller von der ALB Bayern e.V. in Freising mit seinem Vortrag „Effizient bewässern – Technische Entwicklung und betriebswirtschaftliche Betrachtungen“ und Axel Bauer von der Regierung von Unterfranken, der das dortige Konzept „Niedrigwassermanagement zur Steuerung von Grundwasserentnahmen“ präsentierte. **Markus Bauer**

Herausforderungen des Klimawandels:

Wassersensibles Planen und Bauen als *die* Antwort?

Aktuell zahlreiche Starkregen- und Hochwasserereignisse haben uns die Grenzen technischer Schutzmaßnahmen deutlich vor Augen geführt. Andererseits zeigen die aktuellen Dürreperioden, dass Themen wie Versickerung oder Hitzevorsorge wichtiger werden. Die gute Nachricht: Viele dieser Anforderungen sind mit zielorientiertem und nachhaltigem Planen und Bauen zu erfüllen. Dabei entstehen häufig kostengünstige und konsensfähige Lösungen, die häufig attraktive Zusatznutzen mit sich bringen, beispielsweise für die Ökologie, die Sozial- und Erholungsfunktion oder ansprechende moderne Gestaltungsmöglichkeiten.

Wasser kann in vielerlei Hinsicht unsere Siedlungen und Infrastruktur gefährden. Neben dem „klassischen“ Bach- und Flusshochwasser können Gefahren aus Starkregen auch weit von Gewässern entfernt auftreten. Nicht zu vernachlässigen sind auch Gefahren durch hohe Grundwasserstände oder Überlastung der Kanalisation.

Bei jeder Planung und Bauausführung sollten daher Überlegungen zu möglichen „Wassergefahren“ aber auch zu Trockenheit und Hitzeschutz selbstverständlich sein.

Verschiedene Ebenen der Umsetzung

1. Flächenplanung (Freiflächen-, Landschafts- und Städteplanung, Bebauungsplanung)

Beginnend auf der Ebene der Flächenplanung sollten Geländesenken oder –mulden zum Wasserrückhalt oder zur Versickerung genutzt werden oder mögliche Abflusswege offengehalten werden. Freiflächen können häufig multifunktional genutzt werden und so zahlreichen Zielen dienen. Gerade Grünanlagen können Kaltluftschneisen, Erholungs- und Begegnungsräume, Lebensraum für Pflanzen und Tiere aber auch (zeitweise) als Rückhalte-, Speicher- und Versickerungsraum für Niederschlagswasser dienen. Aber auch Straßen und Parkplätze können neben ihrer Hauptfunktion durch entsprechende Querschnittsgestaltung und Höhenlage auch vorübergehend als Rückhalteraum für Niederschlagswasser dienen.

Das sog. Schwammstadt-Prinzip setzt dabei darauf, das zurückgehaltene und gespeicherte Wasser gezielt der Vegetation zuzuführen, um dadurch Hitzevorsorge, Belüftung und Beschattung zu fördern.

2. Gebäude-, Objekt und Infrastrukturplanung:

Hier sind die Vorgaben der Bebauungspläne zu berücksichtigen, sowie sinnvoll und zielgerichtet planerisch und konstruktiv umzusetzen. Hier ist es besonders wichtig, kritisch und aufmerksam mitzudenken und auch Bauzustände in Betracht zu ziehen: z.B. können wasserdichte Kellergeschosse bei hohen Grundwasserständen aufschwimmen. Ziel einer nachhaltigen Planung muss dabei sein, langfristig wirtschaftliche, funktionsfähige und nachhaltige Gebäude und Infrastruktureinrichtungen zu realisieren, die auch heute schon mögliche Klimaveränderungen ins Konzept einbeziehen.

Eine eventuelle Sanierungsplanung oder Anpassung bestehender Bausubstanz an Wassergefahren ist noch ungleich komplexer und aufwändiger.

3. Umsetzung in die Realität – Bauausführung

Selbstverständlich ist eine sorgfältige Bauausführung eine ganz wesentliche Voraussetzung für wirksame Lösungen. Gerade Abdichtungsmaßnahmen an Gebäuden wirken nur, wenn sie mangelfrei erstellt werden. Eine kritische Hinterfragung und Betrachtung der Planungen durch die Ausführenden kann Schwierigkeiten in der Umsetzungsphase rechtzeitig aus dem Weg räumen. Eine sorgfältige Wahl der geeigneten Baustoffe und Bauverfahren sollten selbstverständlich sein.

Bei Sanierungen oder Nachrüstungen ist eine fundierte Beratung der Bauherren wesentlich: werden beispielsweise einzelne Wassereindringwege nicht „abgedichtet“ sind die Ausgaben für die Sanierung der anderen Abdichtung sinnlos.

Ausblick: Nur wenn alle Beteiligten in allen Ebenen der Planung und des Baus sich des Themas „wassersensibel Bauen“ bewusst sind und Ihre Verantwortung auch wahrnehmen, kommen wir mittelfristig zu nachhaltigeren Siedlungen und Infrastrukturanlagen. Hochwasserschutz geht alle an, jeder kann einen Beitrag zur Begrenzung von möglichen Schäden leisten. ❐

Bundestagsabgeordneter Florian Oßner (Mitte) mit den Landwirten v.l.: Ingrid Rothmeier, Markus Wagner, Christoph Huber, Sebastian Dickow und Georg Siegl. ❐

„Sauberes Trinkwasser ist höchstes Gut“

MdB Oßner unterstützt Landwirte bei Forderung gegen überzogene Düngeverordnung

Der Bundestagsabgeordnete Florian Oßner, stellvertretendes Mitglied im Landwirtschaftsausschuss des Deutschen Bundestages, unterstützt die Landwirte bei ihrer Forderung nach vernünftigen Änderungen an den geplanten Vorgaben einer verschärften Düngeverordnung in Deutschland. Bei einem Gespräch im Bundestagsbüro in Landshut mit Bauern aus der Region sicherte Oßner zu, sich bei Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner und dem Wasserwirtschaftsamt Landshut für eine Anpassung der als überdüngt geltenden Gebiete einzusetzen.

„Die geplanten Regeln, welche die Bundesregierung auf Druck der EU zur Verschärfung der deutschen Düngeverordnung nach Brüssel gemeldet hat, bedeuten einen sträflichen Umgang mit dem wertvollen Ackerboden in unserer Region“, sagte Markus Wagner aus Neufahrn. Wenn dort pauschal und flächendeckend nur 20 Prozent unter Bedarf der Pflanzen gedüngt werden dürfe, würden die Ernteerträge deutlich zurückgehen. „Darum sollte zumindest für die Einteilung der Gebiete mit zu hoher Nitratbelastung, wo diese Vorgabe gelten soll, genauer hingeschaut werden, damit die Landwirtschaft nicht in ganzen Landstrichen unnötig eingeschränkt wird.“

Das möchte Oßner gegenüber Bundesministerin Klöckner und dem Wasserwirtschaftsamt Landshut betonen. „Wir stehen klar zu den Nitratgrenzwerten – sauberes Trinkwasser ist unser höchstes Gut“, machte Oßner deutlich. Jedoch werde dabei gerne über das Ziel hinausgeschossen. „Deshalb setzt sich die CSU im Bundestag für faire Umweltschutzvorgaben für die Bauern ein. Das werde ich im persönlichen Gespräch mit der Bundeslandwirtschaftsministerin, auch in Sachen Zwischenfrucht-Düngung, nochmals ansprechen“, sagte er. Geplant sei, bis spätestens zur Übernahme der EU Ratspräsidentschaft durch Deutschland Mitte des Jahres eine Lösung auf EU-Ebene gefunden zu haben, um ein Sanktionsverfahren seitens der EU-Kommission abzuwenden.

Auf lokaler Ebene werde er in den Austausch mit dem Wasserwirtschaftsamt gehen. Denn bei der Einstufung, wo belastete rote Gebiete sein sollen, müsse eine engmaschigere und aktuellere Analyse des Grundwassers als bisher zu Grunde gelegt werden, sagte Oßner. Die Praxis habe nämlich gezeigt, dass innerhalb der roten Gebiete oft erhebliche Schwankungen möglich sind, diese jedoch aufgrund zu weniger Messstellen nicht festgehalten werden. „Das widerspricht offensichtlich einer fairen Behandlung der Ackerböden von Landwirten.“

Zudem mahnte Oßner einen gerechteren Umgang der Öffentlichkeit mit den Landwirten an: „Bei der aktuellen Diskussion um Arten- und Grundwasserschutz bekommt man schier den Eindruck, dass manche politische Richtungen überhaupt keine bayerische und deutsche Landwirtschaft mehr haben wollen.“ Die Alternative wäre, Milch, Fleisch und weitere Produkte aus dem Ausland zu beziehen. Damit wäre aber keinem geholfen. Dabei hätten gerade die bayerischen Landwirte Anerkennung und Wertschätzung für ihre herausragende Lebensmittelproduktion, die Landschaftspflege sowie das Tierwohl und den Umweltschutz verdient. „Ausreißer von Einzelnen dürfen nicht den ganzen Berufsstand in Verruf bringen, der unsere Bürger ernährt“, so Oßner. ❐

Bad Gögging:

40 Jahre Limes-Therme

Seit 40 Jahren ist die „neue“ Limes-Therme erfolgreiches Heilmittelzentrum und beliebter Wellnesstempel. Bereits die alten Römer errichteten im jetzigen Bad Gögging unweit ihres Römerkastells Abusina eine Thermenanlage. Bereits damals wussten sie um die entspannende und heilende Wirkung von Gesundheit durch Wasser/Spa. Mit verschiedenen Gesundheitsangeboten, Vorträgen und Workshops sowie Bewirtung und musikalischer Unterhaltung wurde das Jubiläum gefeiert. 1.400 Gäste nutzten bei freiem Eintritt das attraktive Angebot.

Seit der Grundsteinlegung am 26. Juli 1978 durch den damaligen Bezirkstagspräsidenten Sebastian Schenk wurden in die Limes-Therme fast 66 Millionen Euro investiert, in den vergangenen zehn Jahren waren es 7,5 Millionen Euro. „Durch die kontinuierlichen Investitionen des Zweckverbandes halten wir die Therme weiter attraktiv und bauen sie zukunftsfähig aus, um auch künftig dem Gast einen hohen Standard zu bieten“, betont der niederbayerische Bezirkstagschef Olaf Heinrich.

Dass sich das für die gesamte Region bezahlt macht, zeigt die Besucherstatistik. Zählte man im Anfangsjahr 1980 etwa 230.000 Gäste, waren es im letzten Jahr 400.000. Das sind in 40 Jahren Limes-Therme mehr als 20 Millionen Gäste. Mittlerweile hat sie sich vom Bad zu einer ganzheitlichen Gesundheitstherme auf mehr als 9.000 Quadratmeter Fläche entwickelt und stellt heute eines der größten Gesundheits- und Therapiezentren im Freistaat dar. Neben dem zertifizierten und laufend streng kontrollierten Thermal-Mineralwasser begeistert die Therme mit einer bayernweit einzigartigen Kombination: Schwefelwasser und Naturmoor aus eigenem Abbau.

Laut Thermenleiter Franz Bauer ist die Limes-Therme auf der Höhe der Zeit. Prävention und Gesundheitsvorsorge seien der neueste Bereich der Limes-Therme. Vorträge, Kurse und Events steigerten die Lebensqualität der Gäste. Von Hatha-Yoga bis Faszien-Yoga, von Vorträgen von der heilsamen Kraft des Verzeihens bis zur Spinaldynamik reiche das umfangreiche Angebot.

Prickelndes Thermalvergnügen findet man in der großen Thermalwelt mit Außen- und Innenbereich. Das Thermalwasser ist seit 1999 als Heilwasser staatlich anerkannt. Damit werden die Bewegungsbecken der Limes-Therme mit rund 1.300 qm Wasserfläche ausschließlich gefüllt.

Auch Saunafreunde kommen auf ihre Kosten: Die Römer-Sauna befindet sich in einem originalgetreu gebauten Limes-Turm mit römischem Badehaus. Nach der Erweiterung 2017 lässt die Erlebnis-Saunalandschaft keine Wünsche offen.

Über die jeweiligen Zweckverbände beteiligt sich der Bezirk Niederbayern mit 60 Prozent an den fünf niederbayerischen Thermalbädern Bad Gögging und Bad Abbach sowie Bad Füssing, Bad Griesbach und Bad Birnbach. „Die Thermalbäder sind für die jeweiligen Regionen nicht nur große Arbeitgeber und wichtige touristische Einrichtungen, sondern auch Wirtschaftsmotoren für Hotellerie und Gastronomie und viele andere“, unterstreicht Bezirkstagspräsident Heinrich.

Dem pflichtet auch Thomas Reimer, Bürgermeister von Neustadt an der Donau, bei. Die Limes-Therme sei ein wesentlicher Magnet für die ganze Region. „Insgesamt bieten wir im erweiterten Landkreis hier ein Gesundheitsangebot, das man oft in großen Städten so nicht findet. Die Therme hat sich großartig entwickelt, doch ohne die Beteiligung von Landkreis und Bezirk ginge das nicht. Für uns als Stadt allein wären diese Investitionen nicht zu stemmen.“ **DK**

Novelle der Düngeverordnung:

„Ein Einknicken wäre fatal“

Im Bundesrat könnte die Novelle der Düngeverordnung einen schwierigen Stand haben. Die CSU geht in Sachen Düngeverordnung auf Konfrontation zur Bundesregierung. Der Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft fordert in einem offenen Brief an Ministerpräsident Markus Söder, dass sich die Staatsregierung mit den dringenden Erfordernissen nach einer deutlichen Reduzierung des Nitrateintrags in den Böden und Gewässern auf sachlicher Grundlage auseinandersetzt und sich nicht von emotionalen und teilweise unsachlich vorgetragenen Statements bei Demonstrationen durch die Landwirtschaftslobby beeinflussen lässt.

In der aktuellen Diskussion um das laufende Novellierungsverfahren der Düngeverordnung (DüV) und den damit verbundenen Anpassungen der bayerischen Ausführungsverordnung Düngeverordnung (AVDüV) wird die öffentlichkeitswirksame Kritik an den geplanten Änderungen von Seiten der Landwirtschaft immer lauter.

Bayerns Agrarministerin Michaela Kaniber drohte im Bundesrat mit einer Ablehnung der Novelle, sollten nicht praxisgerechte und für die Landwirtschaft tragfähige Lösungen erreicht werden. Die CSU-Politikerin erwartet, „dass mit dem nötigen Nachdruck und Verhandlungsgeschick der Bund und die EU noch Möglichkeiten für Verbesserungen bei der Düngeverordnung finden werden“. Ministerpräsident Markus Söder hatte bei der CSU-Klausurtagung im Kloster Seeon angekündigt, der Novelle nicht zustimmen zu wollen. In einem Beschluss des Fraktionsvorstands forderte die CSU unter anderem Korrekturen an der Düngeverordnung.

Die in den Medien signalisierten Zugeständnisse der Bayerischen Staatsregierung an die Landwirtschaft erfüllen den Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft (VBEW) mit „großer Sorge“, wie er in einen offenen Brief an den Ministerpräsidenten formuliert. Als Vertreter der Wasserwirtschaft in Bayern bittet der Verband in der Debatte „um mehr Sachlichkeit und rein fachliche Bewertung“. Bei allem gebotenen Verständnis für die Belange der Landwirtschaft weist er darauf hin, dass an einer zügigen Novellierung der geltenden Düngeverordnung „kein Weg vorbeiführt“.

Der Gerichtshof der Europäischen Union hat am 21. Juni 2018 die Bundesrepublik Deutschland wegen unzureichender Umsetzung der EU-Nitratrichtlinie verurteilt. Um eine Verurteilung zu vermeiden, wurde zwar die „Verordnung zur Neuordnung der guten fachlichen Praxis“ (DüV) bereits im Mai 2017 verabschiedet. Die Kommission sah jedoch die erfolgten Änderungen der DüV, wie die Wasserwirtschaft auch, als nicht ausreichend an. Nach der Verurteilung hat die Bundesregierung im Januar 2019 der Europäischen Kommission in einer Mitteilung angeboten, die DüV nochmals zu ändern. Damit bestätigte die Bundesregierung aus Sicht des VBEW die Kritikpunkte der Verurteilung und den Handlungsbedarf zur vollumfänglichen Umsetzung der EU-Nitratrichtlinie. Als Fakt beschreibt der Verband jedoch, dass es auch in Bayern zahlreiche Grundwasserkörper gäbe, die sich aufgrund einer durch den Staat festgelegten Schwellenwertüberschreitung für Nitrat (mehr als 50g/l) oder einem steigenden Trend von Nitrat in einem schlechten chemischen Zustand befinden.

Verband verteidigt Messstellennetz

Im Detail geht der VBEW in dem offenen Brief auf die Diskussion um das der Gebietskulisse der AVDüV zugrundeliegende Messstellennetz ein. Eine Überprüfung der Messstellen wurde nach Kenntnis des Verbands bereits Mitte des vergangenen Jahres zugesagt, sodass keine permanente öffentlichen Stimmungsmache in dieser Angelegenheit nötig sei. Auch in der künftigen Bewertung und Ausweisung von Messstellen müsse die fachliche Grundlage stets gegeben sein.

Der Ausweisung der „roten Gebiete“ liege der § 13 (2) Düngeverordnung (DüV) zu Grunde, unter Berücksichtigung von § 7 und § 10 der Grundwasserordnung (GrwV). Die Zustandsbeurteilung der Grundwasserkörper erfolge gemäß Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) und Grundwasserrichtlinie (GWRL) der Europäischen Union. Diese Rechtsvorschriften müssen laut Verband auch bei einer anderen Anordnung der Messstellen weiterhin beachtet werden. Für eine, von der Landwirtschaft geforderten genaueren Abgrenzung der „roten Gebiete“, wären allerdings auch die Daten der Landwirtschaft aus deren Brunnen hilfreich. Die Bayerische Staatsregierung sollte daher von der Landwirtschaft die Offenlegung dieser Daten einfordern, um die Nitratbelastung der Grundwasserkörper möglichst genau bewerten zu können.

VBEW kooperiert mit Landwirtschaft

In Bayern betragen die Wasserschutzgebietsflächen lediglich fünf Prozent der Landesfläche. Zum Vergleich: Der Bundesdurchschnitt ist mehr als doppelt so hoch und liegt bei zwölf Prozent. Zu einem der Gründe zählt, dass unter der Voraussetzung eines funktionierenden flächenhaften Grundwasserschutzes in Bayern nicht das gesamte Einzugsgebiet als Wasserschutzgebiet festgesetzt wurde. Die Wasserversorgungsunternehmen tragen laut VBEW allerdings über freiwillige Kooperationsvereinbarungen mit der Landwirtschaft zu einer erfolgreichen Umsetzung der Strategie bei. Bei einer Ausweitung der Wasserschutzgebietsfläche wie in anderen Bundesländern sähe die Landbewirtschaftung in den betroffenen Gebieten bereits „ganz anders aus“, wie der Verband im offenen Brief formuliert.

Appell an die Gesellschaft

Die 400 Mitgliedsunternehmen des VBEW sind neben der Wasserversorgung auch in der Energieversorgung engagiert. In den kommenden drei Jahrzehnten stehen sie vor der Herausforderung, die Energieversorgung komplett auf die Grundlage erneuerbarer Energien umzustellen. Der Verband befürchtet erhebliche strukturelle Verwerfungen in den Unternehmen – trotzdem treiben sie den Wandel voran, ohne mit öffentlichkeitswirksamen Demonstrationen zu versuchen, die Bayerische Staatsregierung unter Druck zu setzen diesen Wandel zu beeinflussen. „Wir akzeptieren das Primat der Politik und handeln danach“, steht es im offenen Brief. Deshalb erwartet der Verband von allen Wirtschaftszweigen und gesellschaftlichen Gruppen das gleiche Engagement zu mehr Nachhaltigkeit. Ein Einknicken der Bayerischen Staatsregierung vor einzelnen Interessenvertretern wäre fatal und würde das Engagement der Anderen in Frage stellen.

Von der Bayerischen Staatsregierung erwartet der VBEW, dass sie sich mit den dringenden Erfordernissen nach einer deutlichen Reduzierung des Nitrateintrags in den Böden und Gewässern auf sachlicher Grundlage auseinandersetzt und sich nicht von emotionalen und teilweise unsachlich vorgetragenen Statements bei Demonstrationen durch die Landwirtschaftslobby beeinflussen lässt. Wie bei der Energiewende gehe es bei der Diskussion darum, ein gesamtgesellschaftliches Problem zu lösen, bei dem die Landwirtschaft nicht die Alleinschuld trage. Deshalb sei eine starke Regierung gefragt, damit die Lösung des Problems nicht auf nachfolgende Generationen vertagt werde.

Kritik am Entwurf des BMEL

Die VBEW steht mit ihrer Kritik nicht alleine da. Die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft und Abwasser (DWA) kritisierte an dem neuen Entwurf des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft zur Düngeverordnung eine fehlende bzw. unzureichende Bilanzierung der Düngung der landwirtschaftlichen Betriebe, wie es in der aktuellen Stellungnahme heißt. Zudem fehlten ausreichende Kontrollen und eine Begrenzung der Bilanzwerte und damit der Düngemaßnahmen der Betriebe. Der Bundesverband der Wasserwirtschaft bemängelte, er enthalte zu viele Hintertüren.

So seien zahlreiche Ausnahmen vorgesehen: für Flächen, die zum Anbau von Sonderkulturen oder für den Weinbau genutzt werden oder für Betriebe, für die Einhaltung der Vorgaben „unzumutbar“ oder aus „agrarstrukturellen Gründen“ nicht sinnvoll seien. Auch die geplanten Ausnahmen bei der Phosphatdüngung oder für Dauergrünland, die von der EU-Kommission kritisierten Verlustrechnungen sowie unzureichende Schutzmaßnahmen bei Hanglagen und gefrorenen Böden konterkarierten das Ziel einer Verbesserung der Grundwasserqualität. Noch immer fehle zudem die EU-konforme Ausweisung der phosphat- und nitratbelasteten Gebiete. **red**

Vorbildliches Gewässer-Management:

Oberfranken wird Modellregion

Ein neues Modellprojekt soll die Gewässerökologie in Oberfranken spürbar voranbringen. Dies kündigte der Bayerische Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz, Thorsten Glauber, nach dem Kommunal-Forum in Kulmbach an.

Glauber: „Intakte Gewässer sind eine unverzichtbare Lebensgrundlage. Gerade in Zeiten des Klimawandels brauchen wir stabile Flussökosysteme. Insbesondere das trockene Nordbayern ist auf vitale blaue Lebensadern angewiesen. Mit einem Leuchtturmprojekt für vernetztes Gewässer-Management beschreiten wir im Einzugsgebiet des Mains erstmals einen ganzheitlichen Weg. Nachhaltige Gewässerbewirtschaftung beginnt in Oberfranken zukünftig bereits bei den kleinsten Bächen. Koordinatoren stimmen künftig alle Aktivitäten zum Schutz und der Entwicklung der Gewässer in der Region ab, bündeln Informationen und beraten. Wenn Kommunen, Naturschutz, Landwirtschaft und Wasserwirtschaft Hand in Hand arbeiten, gewinnen die Gewässer in ganz Oberfranken. Das ist unser Ziel.“

Für das Projekt werden insgesamt vier Koordinierungsstellen bei der Wasserwirtschaftsverwaltung geschaffen, die im Main-Einzugsgebiet Maßnahmen zum Schutz der Gewässer anstoßen sowie Planungen und Umsetzung begleiten – beispielsweise beim Erosionsschutz in der Fläche, bei der Renaturierung von Gewässerufern oder der kommunalen Abwasserentsorgung. Die Ausschreibungen werden derzeit vorbereitet. Ein Konzept für dieses vernetzte Gewässermanagement mit den vom Projekt umfassten Gewässern sowie dem strategischen Maßnahmenkatalog und zugehörigem finanziellen Rahmen wird aktuell erarbeitet. Mit dem Koordinierungsprojekt sollen zudem bereits vorhandene Strukturen miteinander verbunden und weiter ausgebaut werden. Das Koordinierungsprojekt dient auch dazu, die Umweltziele der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie schneller zu erreichen.

Das Kommunal-Forum ist ein neues, von Minister Glauber initiiertes Veranstaltungsformat für alle bayerischen Regierungsbezirke. Die Auftaktveranstaltung fand in Kulmbach statt. Glauber: „Ich bin davon überzeugt, dass wir eine enge Vernetzung mit den Regionen und den Kommunen brauchen. Mit der Dialogplattform Kommunal-Forum will ich die politisch Verantwortlichen in den Regionen an einen Tisch bringen. Ziel ist es, aktuelle Themen zu diskutieren und Lösungen für gemeinsame Herausforderungen zu suchen.“

Um Kommunen auch online zu unterstützen, gibt es ab sofort ein neues Informationsangebot zu den Themen Naturschutz, Wasser, Luft, Klimaschutz, Strahlung und Boden unter www.stmuv.bayern.de/service/kommunales. ❐

Regelungen für mehr Sicherheit auf der Isar

Künftig ist klar festgelegt, welche Regeln beim Befahren der Isar im Landkreis München beachtet werden müssen. Die „Verordnung zur Regelung des Gemeingebrauchs auf der Isar im Landkreis München“, die am 25. Januar 2020 in Kraft trat, soll für mehr Sicherheit sorgen.

Immer wieder kam es in den vergangenen Jahren zu Unfällen auf der Isar. Häufig mussten Feuerwehren und Rettungsdienste in Not geratene Bootsfahrer aus der Isar retten. Damit die Bürgerinnen und Bürger besser geschützt sind und weniger Unfälle passieren, hat das Landratsamt verschiedene Regelungen erarbeitet, welche unter anderem die Themen Alkoholkonsum und Ausrüstung behandeln.

„Ich bin zuversichtlich, dass die Regelungen dazu beitragen, das Bootfahren auf der Isar sicherer zu machen – und zwar für beide Seiten: So profitieren einerseits die Bürgerinnen und Bürger von den klaren Vorgaben, die ihnen helfen sollen, ihr Freizeiterlebnis so sicher wie möglich zu gestalten. Auf der anderen Seite schützt die Verordnung in Folge natürlich auch die Einsatzkräfte, die in der Vergangenheit bereits häufig unter Gefährdung ihres eigenen Lebens in Not geratene Bootsfahrer gerettet haben“, so Landrat Christoph Göbel.

Vorgaben zu Fahrzeugen, Ausrüstung und Fahrtüchtigkeit

In der Verordnung ist unter anderem geregelt, dass die Isar im Landkreis München künftig nur noch mit Kanus, Schlauchbooten und Stand-up-PaddlingBoards befahren werden darf. Zu den einzelnen Fahrzeugarten gibt es jeweils spezifische Regelungen. So müssen Schlauchboote beispielsweise einer vorgegebenen DIN-Norm entsprechen. Künftig ist es nicht mehr erlaubt, Beiboote anzuhängen sowie Fahrzeuge zusammenzubinden.

Um die Fahrtüchtigkeit sicherzustellen, gilt künftig eine Obergrenze von maximal 0,5 Promille Alkohol im Blut. Kinder bis acht Jahre und Nichtschwimmer müssen Rettungswesten mit CE-Kennzeichen tragen. Der Sicherheit wegen dürfen künftig keine Glasflaschen mehr mitgeführt werden. Zudem ist es nicht mehr erlaubt, während des Bootfahrens Tonwiedergabegeräte zu verwenden. ❐

Deutschlandpremiere mit Rotec

Wasserleitung im Regnitztal mit Spezialpflügetechnik und Spülbohrung verlegt

Um die Wasserversorgung der östlichen Stadtteile im fränkischen Erlangen dauerhaft zu sichern, verlegen die Erlanger Stadtwerke AG (ESTW) eine neue Wasserleitung zwischen den Stadtteilen Schallershof und Bruck durch den Regnitzgrund. Im Rahmen der beiden zwischen August 2018 und Oktober 2019 durchgeführten Bauabschnitte wurden die Leitungen im Torpedopflug- sowie im Spülbohrverfahren eingebracht. Dabei wurde in Deutschland erstmalig eine Wasserleitung der Dimension DA 450 im Pflugverfahren verlegt.

Die Rotec Rohrtechnik GmbH, Erlangen, bereits seit 22 Jahren Mitglied des Rohrleitungsbauverbandes e. V. (rbv), zeichnete als Generalunternehmer der Baumaßnahme für den reibungslosen Ablauf dieser gelungenen Deutschlandpremiere verantwortlich. Das Unternehmen verfügt über ein profundes Knowhow im Leitungsbau, unter anderem belegt durch die Zertifizierungen DVGW GW 301: G1 ge, st, pe / W1 ge, st, pvc, pe / DVGW GW 302: R 4, RAL-GZ 962, AGFW FW 601 FW 1 st, ku, ISO 9001, ISO 45001.

Eigengewinnung und Fremdbezug

Die Erlanger Stadtwerke AG versorgt die 110.000 Einwohner der fränkischen Universitätsstadt mit Trinkwasser. Durch die besondere geografische Lage der Metropole an der Flussaue der Regnitz teilt der rund 800 Meter breite Regnitzgrund mit Fluss und unberührten Wiesen die Stadt in einen Ost- und einen Westteil. „Die Wasserversorgung der ESTW stützt sich auf die beiden Säulen Eigengewinnung und Fremdbezug“, erläutert ESTW-Projektleiter B. Eng. Rolf Bergmann genaue Details der Wasserversorgung in Erlangen. „Dabei werden circa 2/3 des in Erlangen benötigten Trinkwassers in den Wasserwerken gefördert und circa 1/3 von einem überregionalen Fernwasserversorger bezogen“, so Bergmann weiter.

Sowohl die Einspeisung dieser Fernwassermengen als auch die Förderung eines Großteils des eigenen Wassers erfolgen westlich des Regnitzgrundes. Lediglich das Wasserwerk Ost speist östlich des Regnitzgrundes in das Wassernetz ein. Es werden jedoch nur etwa 25 Prozent der Gesamtwassermenge westlich der Regnitz, aber 75 Prozent östlich der Regnitz verbraucht. Somit muss die Hälfte des westlich eingespeisten Wassers in den Osten transportiert werden. Das sind circa 1,65 Millionen Kubikmeter Wasser pro Jahr.

Von West nach Ost

Derzeit existieren in Erlangen zwei Verbindungsleitungen von West nach Ost. Der Wasserbedarf in den östlich der Regnitz gelegenen Stadtteilen steigt jedoch weiter an. Hier befindet sich die Innenstadt und der gerade neu entstehende Stadtbezirk Siemens Campus. Allein für dieses Quartier wird bis zum Jahr 2030 sukzessive eine Erhöhung des Wasserbedarfs von 1 Millionen Kubikmetern pro Jahr prognostiziert. Um die Versorgung der östlichen Stadtteile auch für die Zukunft zu sichern und um Redundanzen im Netz zu schaffen, verlegen die Erlanger Stadtwerke eine dritte Wasserleitung durch den Regnitzgrund.

Premiere in Deutschland

Im Rahmen der geplanten Baumaßnahme für die neue Wasserleitung in Erlangen galt es, die Regnitz auf einer Länge von rund 250 Meter mittels Spülbohrverfahren zu queren sowie einen weiteren ungefähr 700 Meter langen Teilabschnitt durch die Wiesen der Auen zu verlegen. Bei diesen sogenannten „Wässerwiesen“ handelt es sich um ein Landschaftsschutzgebiet mit einem hohen Grundwasserstand von teilweise bis zu 30 Zentimeter unter Geländeoberkante. Bei Regen steht die gesamte Fläche zudem komplett unter Wasser.

Für die Verlegung der Rohre aus PE 100-RC DA 450 (Zulassung nach PAS 1075) mit zusätzlichem Schutzmantel prüften die verantwortlichen Planer der ESTW sowohl einen Einbau in offener Bauweise als auch einen Einzug des Rohrstrangs mittels Spülbohrung. „Beide Verfahren wären mit sehr großen Eingriffen in die natürliche Wiesenlandschaft verbunden gewesen“, erläutert Bergmann die ökologisch anspruchsvollen Rahmenbedingungen. „Vonseiten der Eigentümer sowie der zuständigen Umweltbehörden gab es aber die Auflage, den ertragreichen Boden sowie die Oberflächen der Wiesenlandschaft möglichst wenig zu beeinträchtigen“, so Bergmann weiter. Auch wirtschaftlich konnten beide Verfahren kaum überzeugen.

Auf der Suche nach einer geeigneten Alternative stießen die ESTW und die als Generalunternehmer tätige bauausführende Rotec Rohrtechnik GmbH, Erlangen, auf das für den Einbau von PE-Rohren bis DA 630 geeignete Torpedopflugverfahren der IFK – HandelsgesmbH, Salzburg.

„Nach Prüfung aller relevanten technischen Details haben wir uns gemeinsam mit den ESTW dazu entschieden, die PE-Leitung DA 450 (SDR 11) im Wiesenbereich mittels Torpedopflug zu verlegen“, erklärt Dipl.-Ing. (FH), Dipl.-Wirtsch.-Ing. (FH) Matthias Kraus, Geschäftsführer der Rotec Rohrtechnik GmbH. „Die Vorteile waren vielfältig. Das Verfahren ist sehr umweltschonend, die Flurschäden sind äußerst gering und auch eine Grundwasserabsenkung ist nicht notwendig. Darüber hinaus haben wir erstmalig in Zusammenarbeit mit IFK eine Wasserleitung dieser Dimension in Deutschland im Pflugverfahren verlegt, eine beeindruckende Premiere also“, so Kraus weiter.

Torpedopflug in großer Nennweite

Bei dem herkömmlichen Pflugverfahren handelt es sich um ein bewährtes Verfahren zur grabenlosen Verlegung von Kabeln und Rohrleitungen. Die Verlegeeinheit setzt sich zusammen aus einem Verlegepflug und einer auf einem Lkw oder Raupenfahrzeug installierten Seilwinde. Für den Einbau der Leitung wird der Verlegepflug von der auf dem Zugfahrzeug befestigten Winde an dem Zugseil über die Trasse gezogen.

Der Beginn der Verlegung erfolgt in einer auf die angestrebte Verlegetiefe ausgehobenen Startgrube. Das Pflugschwert verdrängt das Erdreich im Bereich der Leitungszone und glättet die Rohrgrabensohle. Die Leitung wird über den Verlegeschacht des Pflugschwertes auf der Grabensohle in der gewünschten Tiefe spannungsfrei verlegt. Hinter dem Pflugschwert schließt sich das Erdreich durch sein Eigengewicht.

Eine besondere Variante des Pflugverfahrens ist das Torpedo- oder Raketenpflugverfahren. Während das klassische Pflugverfahren für die Verlegung von Rohren bis rund DN 250 ausgelegt ist, ermöglicht eine Erweiterung des Pflugs um eine Torpedokonstruktion mit Verdrängerteil auch die Verlegung größer dimensionierter Rohre. Der bereits vormontierte Rohrstrang wird im Rahmen dieser Verfahrensvariante hinter der Startgrube ausgelegt, direkt an das Verdrängerteil (Torpedo) montiert und in den damit geschaffenen Hohlraum eingezogen. Dabei wird der Rohrstrang zusammen mit dem Pflugschwert über die gesamte Verlegelänge gezogen. Die entstehenden Zugkräfte am Leitungsstrang – ein für einen erfolgreichen Einbau der Leitung entscheidender Parameter – werden mit Hilfe einer Messeinrichtung überwacht, um zu gewährleisten, dass die zulässigen Zugkräfte der Rohrleitung und der Verbindung nicht überschritten werden.

Riskante Verlegung

„Wir waren uns durchaus der Tatsache bewusst, dass die Verlegung der Leitung im Torpedopflugverfahren mit einem gewissen Risiko verbunden war“, erklärt Dipl. Ing. (TU) Zbigniew Izydorczyk, der bei Rotec für die Durchführung der Baumaßnahme verantwortliche Bauleiter. „Wären die für die eingesetzten PE-Rohre zulässigen Zugkräfte überschritten worden, hätten wir den Einbau stoppen müssen und mittels offener Verlegung weiterbauen müssen“, so Izydorczyk weiter.

Dennoch entschieden sich alle Verantwortlichen dafür, das bisher in Deutschland in dieser Dimension noch nicht durchgeführte Verfahren anzuwenden. Die Vorteile der schnellen Bauzeit im sandigen Boden mit hochstehendem Grundwasser sowie eines nur geringen Eingriffs in die Natur überwogen deutlich. Hinzu kommt der ökonomisch relevante Aspekt eines im Vergleich zu einer klassischen offenen Bauweise um rund 40 Prozent günstigeren Einbaus.

Schnell und sicher durch die „Wässerwiesen“

Die Verlegung des 700 Meter langen Leitungsbereichs durch den sandigen Boden der „Wässerwiesen“ bis zur Regnitz im Torpedopflugverfahren erfolgte im Rahmen des ersten Bauabschnitts im August 2018. Für den Einzug des Leitungsstrangs galt es im Vorfeld drei rund acht Meter lange und 4,50 Meter breite Baugruben zu erstellen. Auf Grundlage eines Bodengutachtens war für die einzuziehenden Rohrstränge eine maximale Länge von 250 Metern ermittelt worden. Somit wurden drei Rohrstränge ausgelegt und die einzelnen Rohre mittels Spiegelschweißung miteinander verbunden.

„Beim ersten Strang riss bereits nach 50 Metern der Zugkopf ab“, schildert Bergmann erste Probleme bei der Bauausführung. „Nachdem wir alle Messergebnisse der Zugkraftmesseinrichtung genau ausgewertet hatten, gingen wir von einem Produktionsfehler aus. Glücklicherweise konnten wir kurzfristig in der ESTW-eigenen Schlosserei aus dem abgerissenen Zugkopf ein neues Bauteil improvisieren, so dass wir mit nur einem halben Tag Verzug die Baumaßnahme wieder starten konnten“, so Bergmann weiter.

Sodann konnten die drei Rohrstränge innerhalb von nur drei Tagen ohne weitere Komplikationen in rund 1,90 Meter Tiefe langsam eingezogen werden. „Dabei wurden die für die PE-Rohre zulässigen Zugkräfte zu keinem Zeitpunkt überschritten“, erläutert Izydorczyk den kontinuierlichen Einsatz einer leistungsfähigen Messtechnik, um den Erfolg der Baumaßnahme nicht zu gefährden.

Der zweite Bauabschnitt „Talquerung Herzogenauracher Damm“ erfolgte im August 2019 mittels HDD-Verfahren. Zur Einrichtung der Startgrube und zur Anbindung der Leitung in der Äußeren Brucker Straße an das Netz wurde es notwendig, die Verbindungsstraße über die Regnitz in Richtung Herzogenaurach – eine Hauptverkehrsachse Erlangens – in den Sommerferien zwischen dem 29. Juli und dem 9. September 2019 komplett zu sperren.

Unter der Regnitz hindurch

Um die geplante Bauzeit und damit die Verkehrsbeeinträchtigungen noch weiter zu reduzieren, entschied man sich kurzfristig dazu, die Spülbohrung unter dem Fluss noch bis zu einem anschließenden Kreuzungsbereich zu verlängern. Im Rahmen dieses Bauabschnitts wurden unter der Regnitz 120 Meter PE DA 225 als Doppelleitung eingebracht sowie bis zur Einbindestelle nochmals zweimal 75 Meter DA 250. Hinzu kamen noch Bohrungen für Kabelschutzrohre. Unter Berücksichtigung der offenen Rohrgräben betrug die Länge der Baumaßnahme rund 250 Meter.

Da man im Stadtgebiet bereits Erfahrungen mit Bohrungen unter dem Fluss gemacht hatte, entschieden sich die verantwortlichen Planer bei den ESTW dazu, auf der genannten Länge von 120 Metern zwei Bohrungen DA 225 durchzuführen. „Wir gingen davon aus, auf einer so kurzen Strecke die aufgrund dieses Vorgehens auftretenden Druck- und Strömungsverluste sicher beherrschen zu können“, erläutert Bergmann. „Aufgrund der vorliegenden Geologie wäre das Risiko eines einstürzenden Bohrkanals bei der Wahl eines größeren Querschnitts ungleich höher gewesen“, so Bergmann weiter.

Für die Flussquerung setzte Rotec eine 25-Tonnen-Felsbohranlage mit zwei Misch- und zwei Recyclinganlagen ein, um Verzögerungen während des Bohrvorgangs auf ein Minimum zu reduzieren. Nach erfolgreichem Einbau, Spülung und Beprobung der Leitung konnte diese erfolgreich in das Erlanger Netz eingebunden werden und trägt dazu bei, die Trinkwasserversorgung der Stadt dauerhaft zu sichern.

Eine erfolgreiche Kooperation

Die gesamte Baumaßnahme war für alle Beteiligten alles andere als alltäglich. Die ökologisch wie geologisch anspruchsvollen Rahmenbedingungen sowie die Länge und Dimension besonders des durch die „Wässerwiesen“ verlaufenden Leitungsabschnitts stellte alle an der Baumaßnahme beteiligten Baupartner vor große Herausforderungen bei Planung und Bauausführung.

„Dadurch, dass die Planung bei uns im Hause durchgeführt wurde, hatten wir einen besonderen Spielraum und konnten unsere Erfahrungen genauso mit einfließen lassen, wie unsere Ideen in Bezug auf eine innovationorientierte Abwicklung der Baumaßnahme“, so Bergmanns zufriedenes Fazit. „Auch die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Rotec Rohrtechnik GmbH war hier sehr wertvoll, da kurzfristige Änderungen oder Anpassungen stets unkompliziert umgesetzt werden konnten“, so Bergmann weiter. „Die Anforderungen im Rohrleitungsbau werden zukünftig steigen. Mit neuen und innovativen Lösungsansätzen, gepaart mit einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer, können diese Herausforderungen aber bewältigt werden, wie die Baumaßnahme gezeigt hat.“ ❐

In Erlangen wurde im August 2018 im Zuge der Erweiterung des Trinkwasserversorgungsnetzes erstmalig in Deutschland eine Wasserleitung der Dimension DA 450 im Pflugverfahren verlegt.

Bild: Rotec Rohrtechnik GmbH

Wasserfachliche Aussprachetagung 2019 in Köln:

Folgen des Klimawandels

Auf der wat 2019 in Köln diskutierten Branchenvertreter die Herausforderungen für die Wasserwirtschaft. Der Klimawandel, demographische Veränderungen, eine zunehmende Verschmutzung der Trinkwasserressourcen und die Instandhaltung der Infrastruktur erfordern zusätzliche Anstrengungen und steigende Investitionen.

Dürre, steigende Arzneimitteleinträge, Nitratbelastung und eine zunehmende Spreizung der Wasserbedarfe stellen die rund 6.000 Wasserversorger hierzulande zunehmend vor enorme Herausforderungen. Mit dem im Mai 2019 gestarteten „Wasser-Impuls“ schafft der Deutsche Verein des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW) eine wichtige Plattform für den Austausch zwischen Politik, Wirtschaft sowie Öffentlichkeit, um den Wert des Wassers ins gesellschaftliche Bewusstsein und Handeln zu überführen. Das wat-Programm griff entsprechend die Themencluster des „Wasser-Impulses“ auf und stellte unter anderem Sicherheit, Qualität, Erhalt und Ausbau von Versorgungssystemen sowie die technische Selbstverwaltung in den Vordergrund.

Wert des Wassers im Fokus

„Trinkwasser in Deutschland wird auch zukünftig eine hervorragende Qualität haben. Damit dies so bleibt, muss der Wert des Wassers und der Wasserversorgung in den Fokus aller Akteure rücken“, machte DVGW-Vizepräsident Jörg Höhler deutlich. Künftig seien unternehmerische Entscheidungen gefordert, die zunehmend im politischen Kontext getroffen werden. Umso mehr gelte es, den fachpolitischen Dialog zu fördern und gemeinsam mit Vertretern aus Politik und Wirtschaft Perspektiven und Rahmen zur Zukunftssicherung der Branche zu entwickeln.

„Der Klimawandel stellt auch die Wasserwirtschaft vor neue Herausforderungen. In Zukunft werden sowohl Hitzeperioden als auch Starkregenereignisse zunehmen“, machte Martin Weyand, BDEW-Hauptgeschäftsführer Wasser/Abwasser, deutlich. „Die Wasserwirtschaft hat solche extremen Wetterereignisse bislang immer sehr gut gemeistert, doch die Herausforderungen nehmen zu.“

Weyand forderte die Politik deshalb auf, städtische Infrastrukturen besser an den Klimawandel anzupassen. „Die Gefahr durch starke Regenfälle steigt, wenn durch den Zubau neuer Wohngebiete Versickerungsflächen fehlen und Flüsse begradigt sind. Wir müssen Flüsse und Bäche in Teilen zurückbauen, damit sich das Wasser weniger staut. Außerdem brauchen wir neue Versickerungsflächen, damit das Wasser nicht einfach in die Kanäle abfließt, sondern dezentral in den Boden sickert oder durch Pflanzen aufgenommen wird.“

Beispiele hierfür seien die Schaffung von Angerflächen oder die Begrünung von Dächern und Fassaden. „Städte sind den Naturgewalten nicht hilflos ausgeliefert“, stellte der Hauptgeschäftsführer fest: „Durch eine integrierte städtebauliche Planung kann man die Wassermassen in den Griff bekommen. Dafür brauchen die Städte die entsprechenden finanziellen Spielräume.“

Regionen verbinden

Auch anhaltende Hitzeperioden stellten die Wasserversorgung vor Herausforderungen. „Eine Analyse zur Trinkwasserbereitstellung in 2018 und 2019 zeigt zwar, dass von einer Trinkwasserknappheit in Deutschland auch in Dürreperioden keine Rede sein kann. Jedoch bringt die bei Hitze regional und temporär stark steigende Nachfrage nach Wasser die technische Infrastruktur, wie Pumpen und Leitungen, an einigen Orten an ihre Grenzen“, erklärte Weyand. Helfen würde es hier beispielsweise, über Verbundnetze die Wasserversorgung in den Regionen miteinander zu verbinden, um Notlagen auszugleichen. „Gegenüber der landwirtschaftlichen Nutzung von Wasserressourcen sollte der Trinkwasserversorgung der Bevölkerung klare Priorität eingeräumt werden. Trinkwasser ist nicht substituierbar.“

Gerade mit Blick auf Hitzeperioden werde es zudem immer wichtiger, die Grundwasserqualität zu sichern. „Je weniger Wasserressourcen verschmutzt werden, desto mehr Grundwasser steht zur Verfügung“, sagte Weyand. Konkret bedeute das, dass die Bundesregierung nach 26 Jahren nun endlich die EU-Nitratrichtlinie in nationales Recht umsetzen müsse, um so der steigenden Nitratbelastung durch den Gülleeinsatz in der Landwirtschaft Einhalt zu gebieten.

Fondsmodell

Auch gegen die zunehmende Belastung der Gewässer durch Arzneimittelrückstände müsse die Politik dringend etwas unternehmen, hob Weyand hervor. Der BDEW hat deshalb ein Fondsmodell vorgeschlagen, bei dem die Hersteller von Arzneimitteln verursachergerecht an der Finanzierung von Reinigungsleistungen beteiligt werden. „Das Fondsmodell ist eine ökologisch und ökonomisch effiziente Lösung, die Herstellern Anreize bietet, Einträge zu vermeiden oder Innovationen voranzubringen, um Rückstände in die Umwelt zu verringern.“ **DK**

Lange Planung, kurze Bauzeit

Heidingsfeld nimmt seinen neuen Rathausplatz in Besitz

Über 1.000 m³ Aushub, etwa 660 Tonnen Granit in über 60.000 Pflastersteinen und 2,3 Millionen Euro Kosten für die Tiefbauarbeiten, ein langer Planungsprozess, aber nur ein Jahr Bauzeit: Die Neugestaltung des Heidingsfelder Rathausplatzes ist mit einigen Superlativen verbunden. Im Dezember wurde der Platz offiziell an die Bürgerinnen und Bürger übergeben. Konzipiert ist er als „gute Stube" und zentraler Treffpunkt des Städtles, der zum Verweilen und Feiern anstatt zum Parken einlädt. Die Straße ist nahezu barrierefrei geworden, statt parkender Autos stehen viele Sitzplätze bereit, eine neue Ulme, der zurückgekehrte Rossbachbrunnen, ein Spielpunkt und demnächst eine Litfaßsäule sorgen für die stimmige Möblierung.

Oberbürgermeister Christian Schuchardt erinnerte bei der Übergabe des Platzes daran, dass der Weg dorthin ein langer war: „Aufgrund mangelnder Finanzierungsmöglichkeiten und der bereits seit Ende der 80er-Jahre beabsichtigen, aber gescheiterten Ortskernsanierung, konnte die Umgestaltung lange nicht verwirklicht werden", so Schuchardt.

Erarbeitung eines ISEK

Im Vorgriff auf das Städtebauförderungsprogramm wurde in den Jahren 2011 und 2012 ein Integriertes Städtebauliches Konzept ISEK für den Ortskern von Heidingsfeld erarbeitet, bei dem auch die Bürgerinnen und Bürger von Heidingsfeld mitarbeiteten. Darin definiert waren als vordringlichste Ziele zur Stärkung und Neubelebung des Ortskernes die Sicherstellung und Förderung der zentralen Versorgungsbereiche, die Aufwertung des öffentlichen Raumes und die Aufwertung des Stadtbildes. „Dank des Vorantreibens des Baureferats sowie der zugesagten Städtebau-Fördermittel durch die Regierung von Unterfranken haben wir es geschafft, diese Baumaßnahme zu realisieren", so Schuchardt weiter und fügte hinzu: „Durch den Umbau hat sich die Qualität des Stadtraums sichtlich und spürbar erhöht."

Aufwändige Technik

Im „Gesamtpaket" der Baumaßnahmen wurden nicht nur sämtliche Gas- und Wasserleitungen erneuert, sondern auch die angrenzende Brücke über den Heigelsbach saniert. Dabei wurde der Belag, die über 60 Jahre alte Abdichtung und Asphaltschutzschicht erneuert und Betonschäden ausgebessert. In einer aufwändigen Technik wurde auch der Teilbereich der Brücke, die das Heidingsfelder Rathaus trägt, saniert und der Straßenbelag unter den Arkaden erneuert. Außerdem entstand ein neues Beleuchtungskonzept mit historischen Altstadtlaternen, die mit LED-Leuchten ausgerüstet, den Platz umweltfreundlich erhellen. Damit ist in Heidingsfeld aber noch nicht Schluss. Schuchardt kündigte das Touristenleitsystem, die Fortsetzung der Umgestaltung des Straßenzugs in Wenzel- und Klosterstraße und eine Neukonzeption für das ehemalige Bayla-Gelände an.

Baureferent Benjamin Schneider fasste die Baufakten zusammen: Vollausbau der gesamten Fläche, Erneuerung des Oberbaus inklusive der Frostschutzschicht, versickerungsfähige Oberfläche der Pflasterung und Kosten von 2,3 Millionen Euro für die Tiefbauarbeiten, wovon die Regierung von Unterfranken aus Städtebaufördermitteln von Bund und Ländern 1,3 Millionen Euro in Aussicht stellte.

Manfred Grüner, Regierung von Unterfranken – Städtebau, betonte bei der Übergabe die Wichtigkeit der guten Platzgestaltung, der mit Bürgerbeteiligung entstand, darunter natürlich auch der Bürgervereinigung Heidingsfeld, ein Zusammenschluss der 45 Vereine. Die Hätzfelder Großen und Kleinen nahmen den Platz, wie auch das neue Wasserstrudelspiel mit einer kleinen Feier in Besitz. ❐

Oberbürgermeister Christian Schuchardt (2.v.l.), Bürgermeister Dr. Adolf Bauer und Bürgermeisterin Marion Schäfer-Blake übergaben den neugestalteten Rathausplatz bei einer kleinen Feier an die Heidingsfelder. Links Stefan Rettner, Vorsitzender der Bürgervereinigung Heidingsfeld, im Hintergrund einige der anwesenden Stadträtinnen und Stadträte. Bild: Claudia Lother

Freistaat startet „Bauhaus 4.0 Nürnberg":

Innovationslabor der Zukunft

Vernetzung von Kreativen und Künstlern in der digitalen Welt
Akademie der Bildenden Künste Nürnberg wird Kunstschule der Digitalität

Der Freistaat baut die Metropolregion Nürnberg zu einem digitalen Zentrum für Kultur und Kreativität aus. Die Akademie der Bildenden Künste Nürnberg wird dabei zur Kunstschule der Digitalität „Bauhaus 4.0 Nürnberg" weiterentwickelt. Vorhandene kreative Potenziale können so gestärkt, Akteure noch besser vernetzt und innovative Ausbildungsangebote an interdisziplinären Schnittstellen entwickelt werden.

„Bauhaus 4.0 Nürnberg" wird als Teil der Hightech Agenda Bayern das Innovationslabor der Zukunft. Damit begleitet der Freistaat die Herausforderungen, die die digitale Zukunft auch an Kunstschaffende und Kreative stellt.

Künstliche Intelligenz und digitale Technologien nutzbar machen

Die neue Kunstschule der Digitalität ermöglicht zudem neue Möglichkeiten, Künstliche Intelligenz und digitale Technologien für Kunst, Kultur und Design nutzbar zu machen. Im Fachbereich Design wird ein deutlicher Schwerpunkt auf Digitalem Grafik-Design und Digitaler Visueller Kommunikation liegen.

Neu aufgebaut werden der Fachbereich Produktdesign sowie der Fachbereich „artistic experimentation/immaterial creations/fluid forms/spatial practices". In einem neuen Digital Lab können Hochschul- und Kultureinrichtungen vor Ort zusammen neue digitale Nutzungsfelder in Forschung und Anwendung erschließen. Ebenfalls neu hinzu kommt ein sogenanntes Fabrication Laboratory, das als Schnittstelle zwischen Digital Forming und computergesteuerter Produktion fungiert.

Die umfassende Strategie „Bauhaus 4.0 Nürnberg" kann in der Metropolregion Nürnberg auf bereits vorhandene Strukturen der vielfältigen Kreativ- und Designwirtschaft sowie einer ausgeprägten Kunst-, Kultur- und Kreativszene aufbauen. Mit mehreren Universitäten, Hochschulen für angewandte Wissenschaften und drei Kunsthochschulen in Nürnberg und Bayreuth bietet die Region hervorragende wissenschaftliche Rahmenbedingungen für die Ausbildung des kreativen wie künstlerischen Nachwuchses in wichtigen Feldern. ❐

Förderung mit mehr als 2,5 Mio. Euro:

Modellprojekt „DeinHaus 4.0" der OTH Regensburg

Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Melanie Huml fördert das Modellprojekt „Vorbildliches Pflegewohnumfeld für Pflegebedürftige: DeinHaus 4.0" der Ostbayerischen Technischen Hochschule (OTH) Regensburg mit mehr als 2,5 Millionen Euro. Huml betonte anlässlich der Übergabe des entsprechenden Förderbescheids an OTH-Präsident Prof. Wolfgang Baier in Regensburg: „Mein Ziel ist, dass pflegebedürftige Menschen möglichst lange möglichst selbstständig in ihrem vertrauten Wohnumfeld verbleiben können. Der Einsatz moderner Assistenztechnik kann dabei helfen, mehr Sicherheit zu geben und den Alltag zu erleichtern."

Finanz- und Heimatminister Albert Füracker freute sich: „Die OTH in Regensburg geht hier mit intelligenter Technik eine wichtige Zukunftsfrage an: Alle Menschen wollen, auch wenn sie pflegerische Unterstützung benötigen, soweit wie möglich selbstbestimmt leben. Die Fördersumme ist sehr gut investiert und stärkt den Forschungsstandort Oberpfalz. Die Ergebnisse werden pflegebedürftigen Menschen und Pflegenden weit über die Oberpfalz hinaus zu Gute kommen."

Einsatz intelligenter Assistenztechnik für Pflegebedürftige

Bei „DeinHaus 4.0" handelt es sich um eine Projektreihe, mit der intelligente Assistenztechnik für Pflegebedürftige erforscht und für die Bürgerinnen und Bürger erlebbar gemacht werden soll. Ziel des Forschungsprojekts der OTH Regensburg ist es, so genannte Telepräsenz-Roboter im häuslichen Umfeld von Schlaganfallpatienten zu erproben. Dazu sollen rund 100 Projektteilnehmer die Möglichkeit erhalten, ein halbes Jahr lang zu Hause ihre persönlichen Unterstützungsmöglichkeiten durch Telepräsenzroboter zu erleben. Die OTH wird dabei unter anderem Akzeptanz und Folgen erforschen, gesundheits- und pflegewissenschaftliche Potentialstudien erstellen und Fragen des Datenschutzes klären.

Sicherheit im Alltag erhöhen

Die Ministerin unterstrich: „In Bayern erleiden jedes Jahr etwa 50.000 Personen einen Schlaganfall. Bis zu 75 Prozent der Betroffenen leiden den Rest ihres Lebens an den Folgen. Wir wollen mit dem Projekt der OTH erproben, inwieweit den Betroffenen zu Hause technische Unterstützung im Pflegealltag helfen kann, um etwa einem erneuten Schlaganfall vorzubeugen, Vereinsamung zu verhindern oder die Sicherheit im Alltag zu erhöhen."

Der Mensch im Mittelpunkt

Huml ergänzte: „Gerade in der Pflege bieten digitale Anwendungen zahlreiche Chancen. Die Zahl der Pflegebedürftigen in Bayern wird Schätzungen zufolge auf rund 3,4 Millionen Menschen im Jahr 2030 ansteigen. Digitale Assistenztechnik kann Pflegekräfte und pflegende Angehörige entlasten. Mein Ziel ist es, die Bürgerinnen und Bürger noch besser über die neuen digitalen Möglichkeiten zur Unterstützung der Pflege zu informieren. Klar ist aber auch: Der Mensch muss dabei immer im Mittelpunkt stehen. Wir brauchen technisch-digitale Unterstützung, die von den Pflegenden und den Pflegebedürftigen akzeptiert wird. Deshalb muss die neue Technik praxistauglich sein."

Das „DeinHaus 4.0"-Projekt der OTH Regensburg ist das zweite Projekt der Modell-Reihe, mit der die intelligente Assistenztechnik im Pflegealltag erforscht und für die Bevölkerung erlebbar präsentiert wird. Das erste „DeinHaus 4.0"-Projekt wird bereits seit Sommer 2018 durch die Technische Hochschule Deggendorf (THD) umgesetzt. ❐

Barrierefreiheit – ein Gewinn für alle!

Die Beratungsstelle Barrierefreiheit der Bayerischen Architektenkammer bietet mit Unterstützung des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales seit 1984 Beratungen rund um das Thema Barrierefreiheit an. Die Beratungen kann jeder in Anspruch nehmen: Privatpersonen ebenso wie Städte und Gemeinden, Vereine und Verbände, Handwerker, Ingenieure und Architekten.

Vom behinderten- und altersgerechtem Bauen über Stadt-, Verkehrs- und Freiraumplanungen bis hin zu digitalen Angeboten wie Leichter Sprache reicht dabei das Beratungsangebot. Auch soziale Aspekte und finanzielle Förderungen können nachgefragt werden. Für alle Fragen und Fachrichtungen stehen an 18 Standorten in Bayern 16 Beraterinnen und Berater zur Verfügung. Kostenfreie Beratungstermine können dabei von Interessierten an allen Standorten wahrgenommen werden; auch kann als Gemeindeverwaltung ein Termin vor Ort vereinbart (Tel.: 089-139880-80, E-Mail: info@byak-barrierefreiheit.de) oder über das Formular auf der Website Kontakt mit der Beratungsstelle aufgenommen werden. Ansprechpartnerinnen sind Charlotte Röttger und Marianne Bendl.

Wie Barrierefreiheit in möglichst allen Lebensbereichen wirksam, wirtschaftlich und konstruktiv durchdacht umgesetzt werden kann, dafür setzt sich die Beratungsstelle Barrierefreiheit seit mehr als 35 Jahren ein. Gerade im öffentlichen Raum ist es besonders wichtig, sich im Vorfeld von Planungen zum Thema Barrierefreiheit und ihrer Umsetzung zu informieren. Die kostenfreien Erstberatungen unterstützen zum Beispiel Gemeindeverwaltungen, möglichst früh die richtigen Weichen für mehr Barrierefreiheit zu stellen und dabei auch eine kostengünstige Umsetzung im Blick zu behalten.

Informationen zum Ablauf einer Beratung und zu den regelmäßigen Beratungsterminen hält die aktuelle Broschüre der Beratungsstelle Barrierefreiheit bereit. Diese kann kostenfrei bestellt oder über die Homepage als pdf heruntergeladen werden: www.byak-barrierefreiheit.de.

Vertreterinnen und Vertreter von Städten und Gemeinden sind am 29. April 2020 von 9.30 bis 16.00 Uhr herzlich zur Fachtagung „Architektur und Demenz" ins Münchner Haus der Architektur eingeladen. Die Bayerische Architektenkammer und das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit und Pflege haben ein spannendes Programm zusammengestellt, das für Interessierte kostenfrei ist.

Das Umfeld von Menschen mit Demenz wird dabei in Expertenvorträgen und Praxisbeispielen ebenfalls zur Sprache kommen wie Demenz im öffentlichen Raum, im privaten Wohnbereich, im Krankenhaus sowie in der Tages- und stationären Pflege.

Programm und Anmeldung: www.byak.de, Ansprechpartnerin: Nadja Schuh, Tel. 089-13988044, E-Mail: schuh@byak.de ❐

Holzwohnungsbau wird weiter gefördert

Die Holzbauweise gewinnt aufgrund ihrer spezifischen Fähigkeiten im mehrgeschossigen, urbanen Bauen immer mehr an Bedeutung. Holz ist ein klimaverträglicher sowie nachhaltiger Baustoff. Der Ausschuss für Stadtplanung und Bauordnung des Stadtrats München hat beschlossen, den Bau von neuen, zeitgemäßen Holzbauprojekten zu fördern.

Die Stadtverwaltung wird in diesem Jahr ein weiteres Zuschussprogramm für die Bauweise mit Holz und anderen nachwachsenden Rohstoffen entwickeln, das auch weiterhin die Mehraufwendungen für den mehrgeschossigen Geschosswohnungsbau unterstützt. Das Zuschussprogramm wird sich für Einzelprojekte im Stadtgebiet sowie für Siedlungen im größeren städtebaulichen Kontext eignen.

Standorte für eine Holzbausiedlung

Nach dem Vorbild der größten zusammenhängenden Holzbausiedlung Deutschlands mit rund 570 Wohnungen im südlichen Bereich des Prinz-Eugen-Parks in Bogenhausen sollen als weitere Standorte für eine Holzbausiedlung der zweite Realisierungsabschnitt in Freiham Nord, das Kreativquartier und die Bayernkaserne sowie geeignete Teilflächen im Baugebiet südwestlich der Henschelstraße in Aubing-Lochhausen weiter verfolgt werden.

Bei der Vergabe städtischer Grundstücke sollen 50 Prozent der Gebäude in Holzbauweise angestrebt werden. Innerhalb des Prinz Eugen Parks wurden bereits Projekte der städtischen Wohnungsbaugesellschaft GWG München von Rapp Architekten und der Baugemeinschaft Team³ GBR von Architekturwerkstatt Vallentin GmbH mit Johannes Kaufmann Architekten erfolgreich realisiert. ❐

Tschechien, Österreich und Bayern:

Gemeinsames Holocaust-Gedenken in Passau

„Mit diesem Gedenken stellen wir uns dem trennenden Gestern – für ein gemeinsames Heute und Morgen." Mit diesem Satz brachte Landtagspräsidentin Ilse Aigner die Bedeutung des diesjährigen Gedenkakts für die Opfer des Nationalsozialismus des Bayerischen Landtags und der Stiftung Bayerische Gedenkstätten auf den Punkt. Gemeinsam mit der Landtagspräsidentin und Stiftungsdirektor Karl Freller erinnerten heute der Vorsitzende des Abgeordnetenhauses des tschechischen Parlaments, Radek Vondrácek, sowie der Präsident des Landtags von Oberösterreich, Viktor Sigl, mit dem ersten trinationalen Gedenkakt an die beispiellosen Verbrechen während der Zeit des Nationalsozialismus.

Für den länderübergreifenden Gedenkakt wählten der Bayerische Landtag und die Stiftung Bayerische Gedenkstätten die kreisfreie Universitätsstadt Passau, in deren Umgebung während der NS-Zeit drei Außenlager des Konzentrationslagers Mauthausen bestanden. Im Vorfeld der Veranstaltung trafen sich die Delegationen am Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus an der Passauer Innpromenade, wo sie mit Oberbürgermeister Jürgen Dupper, Überlebenden und Vertretern der Opfergruppen an der Kranzniederlegung teilnahmen. Vor dem Audimax der Universität wurde anschließend eine Tafel zur Erinnerung an dieses erste trinationale Gedenken enthüllt.

Während des folgenden Gedenkakts, der live im Bayerischen Fernsehen übertragen wurde und bei dessen Gestaltung sich Schülerinnen und Schüler aus Tschechien und Deutschland einbrachten, trugen die Rednerinnen und Redner ihre Sichtweise auf die Bedeutung des Holocaustgedenkakts und das erste gemeinsame Erinnern dreier Länder vor:

Landtagspräsidentin Ilse Aigner mahnte: „Wir konnten das Versprechen ‚Nie wieder!' nicht halten. Antisemitismus, Rassismus, Antiziganismus, Homophobie und andere Formen der Menschenfeindlichkeit, die ganze Gruppen anfeinden und ausgrenzen, sind nach wie vor verbreitet. Lokalpolitiker und engagierte Bürger werden bedroht, Journalisten eingeschüchtert. Es ist unsere Verantwortung, Menschenwürde, Freiheit, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit zu schützen – ohne Bedingung. Hass ist grundschlecht und willkürlich. Wenn er zur Entfaltung kommt, richtet er sich gegen jeden. Demokratie ist keine Gabe, sondern eine Aufgabe. Wir müssen noch entschiedener den Anfängen wehren und unsere Demokratie gegen Extremisten aller Art noch wehrhafter verteidigen!"

Schicksale dürfen nicht in Vergessenheit geraten

Karl Freller, Direktor der Stiftung Bayerische Gedenkstätten, appellierte an die Menschen in unseren Ländern: „Wir alle tragen Sorge dafür, dass die Schicksale der Menschen, denen der Nationalsozialismus auf tschechischem, österreichischem und deutschem Boden oder anderswo ungeheures Leid zufügte und oftmals den Tod brachte, nicht in Vergessenheit geraten. Und wir tragen Sorge dafür – nein: Es ist vielmehr unsere Pflicht! – uns in der Gegenwart wie auch in Zukunft mit aller Entschlossenheit gegen diejenigen zur Wehr zu setzen, die Menschen wegen ihrer Abstammung, ihres Glaubens, ihrer nationalen Zugehörigkeit, ihrer Hautfarbe, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Behinderung oder ihrer persönlichen Einstellung diffamieren, diskriminieren oder gar bedrohen. Unser Ziel ist es, dass Menschen nicht wieder aufgehetzt werden. Nur gemeinsam können wir dies schaffen. Nur über Grenzen hinweg! Ich danke allen, die den heutigen Gedenkakt möglich gemacht haben und heute hier sind."

Maßstäbe der Menschlichkeit

Viktor Sigl, Präsident des Landtags von Oberösterreich, erklärte in seiner Rede: „Die Vergangenheit in eine Beziehung zur Gegenwart und Zukunft zu setzen, um Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen, das ist der Sinn des Erinnerns. […] Wir sind täglich gefordert, unser Miteinander nach den Maßstäben der Menschlichkeit zu gestalten. Über allem Handeln in Politik und Gesellschaft sollen unsere Grundwerte – Toleranz, Respekt und Wahrung der Menschenwürde – stehen. Nicht nur an den Gedenktagen! Wir müssen alles tun, um Fehlentwicklungen zu verhindern, die den Aufstieg von Radikalen ermöglichen und undemokratisches Handeln ermöglichen."

Der Vorsitzende des Abgeordnetenhauses des tschechischen Parlaments, Radek Vondrácek, erklärte: „Ich begrüße die Idee unserer bayerischen Freunde, uns zusammen an das diesjährige Jubiläum der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau zu erinnern. Die Konzentrationslager Terezín, Mauthausen, Gusen, Dachau, Flossenbürg und weitere repressive nazistische Einrichtungen sind ein Ort des Leidens und des Erinnerns aller europäischen Nationen. Es ist wichtig, dass mit uns in Passau auch die Überlebenden der Konzentrationslager sind, für die der schnelle Vormarsch der Alliierten im Jahr 1945 und die Befreiung von Auschwitz-Birkenau eine Hoffnung aufs Überleben gebracht haben. Ich schätze sehr, dass wir uns heute mitten in Europa an diese grausigen Ereignisse zusammen erinnern können, da das friedliche Zusammenleben der demokratischen Völker in Europa durch unsere gemeinsame Überzeugung begründet ist, dass wir nicht zulassen dürfen, dass sich dieses Grauen wiederholt."

Der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Dr. Josef Schuster wies in seiner Rede auf die Bedeutung des Gedenkens für die Sicherung unserer Demokratie hin: „Für alle nachgeborenen Generationen gilt: Diese Geschichte müssen sie kennen und aushalten. Nur wenn jede Generation wieder bereit ist, sich mit den Verbrechen der Nationalsozialisten auseinanderzusetzen, kann auch jede Generation wieder daraus lernen. Wer hingegen feige wegschaut oder weghört, gibt leichtfertig und verantwortungslos die Chance auf, unsere Demokratie für die Zukunft zu sichern, ja, gerade auf diesem Fundament die Demokratie und unseren Rechtsstaat zu stärken. Denn wer den Abgrund von Auschwitz kennt, wird die Menschenwürde nie leichtfertig aufs Spiel setzen!"

Zeitzeuginnen

Tief bewegt zeigten sich die Gäste im Audimax der Passauer Universität von den Schilderungen der anwesenden Zeitzeuginnen Bohumila Havránková und Anna Hackl. Havránková wurde im März 1943 zusammen mit ihrer Schwester als sogenanntes Mischlingskind nach Theresienstadt deportiert. Anna Hackl war 14 Jahre alt, als ihre auf einem Bauernhof in Schwertberg lebende Familie im Februar 1945 unter Lebensgefahr zwei aus dem nahe gelegenen Konzentrationslager Mauthausen geflüchtete sowjetische Kriegsgefangene für drei Monate auf ihrem Hof versteckte.

Die künstlerische Gestaltung des Gedenkaktes übernahmen die Chöre eines Budweiser Gymnasiums und des Adalbert-Stifter-Gymnasiums Passau, die seit über 20 Jahren kooperieren und immer wieder gemeinsame Konzerte in beiden Städten aufführen sowie Schülerinnen und Schülern der Dietrich-Bonhoeffer-Schule Schönberg. Sie erinnerten in ihrem Beitrag an einen Aufenthalt von Häftlingen in Markt Schönberg. Eine Auswahl des Passauer Studentenchors war bei der Uraufführung der A-capella-Motette „Ich liebe die Menschen" nach Texten des polnischen Autors Janusz Korczak zu hören und auch das Diözesanblechbläser-Ensemble trug zur würdigen Umrahmung der Veranstaltung bei.

Traditionell veranstalten der Bayerische Landtag und die Stiftung Bayerische Gedenkstätten jährlich den Gedenkakt für die Opfer des Nationalsozialismus. Ziel dieses Gedenkens ist nicht nur die Bewältigung der Vergangenheit, sondern auch die Mahnung an die junge Generation, derartiges Unrecht nie wieder zuzulassen.

Im Jahr 2017 fand in Theresienstadt und Leitmeritz erstmals ein grenzübergreifender Gedenkakt des Bayerischen Landtags und der Stiftung Bayerische Gedenkstätten in Tschechien statt. Im 75. Jahr nach Kriegsende und Befreiung der Konzentrationslager gab es nun erstmalig einen trinationalen Gedenkakt von Bayern, Oberösterreich und Tschechien. ❒

Gemeinsames Gedenken dreier Länder. V.l.: Karl Freller (Direktor der Stiftung Bayerische Gedenkstätten), Viktor Sigl (Präsident des Landtags von Oberösterreich), Ilse Aigner (Präsidentin des Bayerischen Landtags) und Radek Vondrácek (Vorsitzender des Abgeordnetenhauses des Parlaments der Tschechischen Republik).

Bildarchiv Bayerischer Landtag/Rolf Poss

„Gender Award" für Landeshauptstadt München

Für ihre herausragende strategische Arbeit zur Gleichstellung von Frauen und Männern wurde die Stadt München in Berlin mit dem 1. Preis des „Gender Award – Kommune mit Zukunft 2019" ausgezeichnet. Die Gleichstellungsbeauftragte der Landeshauptstadt München Nicole Lassal nahm den Preis in Anwesenheit von Dr. Franziska Giffey, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, gemeinsam mit Ulrike Grimm, stellvertretende Vorsitzende der Stadtratskommission zur Gleichstellung von Frauen, entgegen.

„Die bayerische Landeshauptstadt hat es geschafft, eine hervorragende Struktur für Gleichstellungsarbeit aufzubauen", so die einhellige Meinung der Jury. Die Bewerbung mache deutlich, dass München schon vor vielen Jahren entschieden hat, Gleichstellung als Querschnittsthema zu fördern und dafür auch Geld in die Hand zu nehmen. München habe durch seine Bewerbung ein Bild seiner Gleichstellungsarbeit entworfen, anhand dessen man konkret merkt, wie die einzelnen Themen der Gleichstellungsarbeit in der Verwaltung strukturell verankert sind und wie durchdacht ihre Arbeit aufeinander aufbaut.

Frauen in Führungspositionen

Auch beim Thema Frauen in Führungspositionen steht München mit insgesamt 48,8 Prozent und einem Frauenanteil im höheren Dienst, mit knapp 40 Prozent gut da. Der Anteil der Politikerinnen im Kommunalparlament liegt bei 45 Prozent. Das ist im bundesweiten Vergleich ein hoher Prozentsatz.

Der Stadtrat hat 2018 eine freiwillige Selbstverpflichtung für eine Geschlechterquote bei der Besetzung von Gremien mit Stadtratsmitgliedern beschlossen. Das gilt für den Aufsichtsrat der Stadtwerke genauso wie für die Kommission für Stadtgestaltung und die Hauptversammlung des Deutschen Städtetags. Mit einem Monitoring wird der Stand der Gleichstellung u. a. in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Arbeit und Kultur analysiert. Praktische Aktionen deuten auf eine große Akzeptanz der Gleichstellungsarbeit.

Weitere Pluspunkte sind das Verbot sexistischer Werbung auf allen städtischen Werbeanlagen sowie die „kleinteilige" Arbeit vor Ort wie die gendergerechte Planung von Spiel- und Sportplätzen und die Installierung von Mädchen- und Jungenbeauftragten an allen städtischen Schulen.

Oberbürgermeister Dieter Reiter zufolge hat sich die Stadt München bereits 1985 mit der Entscheidung, eine Gleichstellungsstelle für Frauen einzurichten, als wegweisende Kommune in Sachen Geschlechtergerechtigkeit profiliert. „Mit viel Engagement und großer Hartnäckigkeit haben wir über all die Jahre unser Ziel verfolgt. Der Award zeigt, dass die Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit für die Landeshauptstadt München keine hohle Phrase, sondern tägliche Verpflichtung für die Verwaltung ist."

Ausgelobt wird der „Gender Award – Kommune mit Zukunft" alle zwei Jahre von der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen in Deutschland. Die BAG vertritt 1.900 kommunale Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte. **DK**

Bürgerinnen und Bürger als „Experten der Stadt"

Stadt Bamberg setzt auf Bürgerbeteiligung und direkten Dialog

Die Stadt Bamberg hat dem Thema Bürgerbeteiligung im Jahr 2019 neuen Schwung verliehen: Im Juni wurde ein Amt für Bürgerbeteiligung, Presse und Öffentlichkeitsarbeit gegründet. Bei vielen Veranstaltungen im Bürgerlabor in der Hauptwachstraße, bei Stadtteilgesprächen und Bürgerdialog- sowie Bürgerinformationsveranstaltungen und vielen weiteren Aktionen zu zahlreichen Themen, wurden die Bambergerinnen und Bamberger aktiv in die Stadtentwicklung einbezogen und um Meinung befragt. „Wir werden die Bürgerinnen und Bürger als „Experten der Stadt" wertschätzen," betonte Oberbürgermeister Andreas Starke.

Zusätzlich zu den gesetzlich vorgeschriebenen Bürgerbeteiligungen gab es 2019 zu vielfältigen Themen zahlreiche freiwillige Bürgerbeteiligungen: So fand zum Beispiel die erste Bildungskonferenz der Stadt Bamberg im Open Space Format statt und ein Digitalisierungsgipfel in der Volkshochschule um die modernen Medien noch stärker in die Bürgerbeteiligung mit einzubeziehen. Sicherlich die größte Zugkraft besaß der Tag der offenen Tore auf dem Lagarde-Gelände im Herbst.

Hohe Quote

Im April und Mai 2019 hatten 5.000 Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, online oder per Post an einer repräsentativen Bürgerbefragung teilzunehmen. Sie wurden durch eine Zufallsstichprobe des Einwohnermeldeamtes ausgewählt. Von der Universität Bamberg waren Dr. Martin Messingschlager, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Statistik und Ökonometrie, und Dr. Christoph Spörlein, Mitarbeiter am Bamberger Lehrstuhl für Soziologie, insbesondere Sozialstrukturanalyse, für die Studie verantwortlich. Die Rücklaufquote war mit 31 Prozent sehr hoch. Die Forscher konnten 1.557 Online- und Papierfragebögen auswerten. „Das ist eine außergewöhnlich hohe Quote", so Messingschlager.

Ebenfalls im Frühjahr 2019 führte das Bildungsbüro eine Familienbefragung durch. Insgesamt 8.000 Familien in Stadt und Landkreis Bamberg wurden aufgefordert, ihren Bedarf an Angeboten der Familienbildung mitzuteilen. Die Auswertung der Ergebnisse erfolgt nach Stadtteilen, um dort bedarfsorientiert zu planen. Die Ergebnisse werden im Stadtrat vorgestellt.

Seniorenpolitisches Gesamtkonzept

In die Entwicklung der Stadtteile fließen auch die Ergebnisse der Bürgerkonferenzen zum „Seniorenpolitischen Gesamtkonzept" der Stadt ein. Jeweils drei große Veranstaltungen fanden dazu in der Wunderburg, Gartenstadt und in Süd-West statt. Die anderen Stadtteile sollen in den nächsten Monaten folgen.

Spielregeln erarbeiten

Direkt nach der Einrichtung des neuen Amtes für Bürgerbeteiligung öffnete das Bürgerlabor seine Türen für drei Wochen am Stück. Die Antworten der Stadt auf alle eingegangenen Anregungen, Beschwerden und Lob(e) sind auf der Homepage unter www.stadt.bamberg.de/buergermeinung einsehbar. „Mit unserem Bürgerlabor haben wir bundesweit Aufmerksamkeit erzielt", so Michaela Schraetz, Sachgebietsleiterin Bürgerbeteiligung. Aufgabe der nächsten Monate wird es sein, allgemein gültige Spielregeln für das Miteinander von Bürgerschaft, Verwaltung und Politik zu erarbeiten. Schraetz: „Wir wollen mutig sein und moderne, auch unkonventionelle Formen einsetzen."

Bürgerkonferenz geplant

Gleich zu Beginn des Jahres 2020 wird es Beteiligungsmöglichkeiten zum S-Bahn-Halt-Süd, zum Ulanenpark in der Wunderburg und zur Entwicklung in Bamberg Nord geben. Eine große Bürgerkonferenz zu „Bamberg Plastikfrei" und der Start für die Erhebung der sozialräumlichen Quartiersgliederung sind geplant. „Sobald wir den politischen Auftrag haben, werden wir dann mit weiteren und transparenten Bürgerbeteiligungen zu den Themen ‚Muna' und ‚Lagarde' starten", so Ulrike Siebenhaar, Leiterin des Amtes für Bürgerbeteiligung. ❒

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Monika Steer
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 54 vom 01.01.2020
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,-- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Schule der Dorf- und Landentwicklung Thierhaupten - SDL Thierhaupten:

Vorstandsneuwahlen und Angebote zur Bürgerbeteiligung

Im Rahmen der jüngsten Mitgliederversammlung wurde in der Schule der Dorf- und Landentwicklung Thierhaupten (SDL) der Vorstand neu gewählt. Langjährige Partner aus Politik und Verwaltung sorgen weiter für Kontinuität und Stabilität im Verein. „Dadurch kann die erfolgreiche Arbeit der SDL fortgesetzt werden“, freut sich der Vorstandsvorsitzende, Bezirkstagspräsident und Landrat Martin Sailer. Mit ihrem Fitnessprogramm für Kommunalpolitiker hilft die SDL den Kommunen, die Menschen mitzunehmen, erklärte Geschäftsführerin Gerlinde Augustin.
Unser Bild zeigt den Vorstand der SDL Thierhaupten: Hintere Reihe v.l.: Richard Fank, Schatzmeister; Peter Selz, Beisitzer; Toni Brugger, Beisitzer; Markus Müller, Beisitzer; Vordere Reihe v.l.: Christian Kreye, 2. Stellvertreter d. Vorsitzenden; Martin Sailer, Vorstandsvorsitzender; Gerlinde Augustin, Geschäftsführerin; Gottfried Schlemmer, Beisitzer. Bild: SDL

GZ GESTERN hat mein Chef gesagt ...

„Wenn ich den Wirtschaftsteil der Zeitung richtig lese, leben wir derzeit in einem finanz- und haushaltspolitischen Schlaraffenland: Überschüsse in der Staatskasse in Milliardenhöhe. Ich bin gespannt, welche Schlüsse man in Berlin daraus zieht.“ Mein Chef, der Bürgermeister, blätterte etwas ratlos in der Pressemappe.

Kein Wunder, war er doch schon zu Zeiten Bürgermeister, als Küchenmeister Schmalhans die Haushaltspolitik regierte, alle Ausgaben radikal auf den Prüfstand kamen und so gut wie jeder Unsinn durchzusetzen war, konnte man mit einer Maßnahme vermeintlich nur ein paar Kreuzer sparen. Die Devise lautete, dass sich die Aufgaben des Staates nach der Höhe seiner Einnahmen zu richten hätten. Deshalb keine Schulden

Bei vollen Kassen muss man nicht zwanghaft mehr Geld ausgeben

machen und nicht mehr ausgeben, als Steuern eingenommen werden.

Bei aller damals wie heute berechtigten Kritik an Einzelmaßnahmen und manchen vielleicht nicht bis zu Ende gedachten Entscheidungen ein sehr weiser und ökonomisch verantwortungsvoller Ansatz. Was allerdings in einer eher krisenhaften Zeit mit niedrigen Steuereinnahmen, hohen unabweisbaren Sozialausgaben, niedrigem Wirtschaftswachstum und hoher Arbeitslosigkeit richtig war, muss heutzutage dringend um den Grundsatz ergänzt werden, dass man auch nicht zwanghaft mehr ausgeben muss, nur weil die Kassen voll sind.

Denn die heute sprudelnden Steuereinnahmen führen ja nicht dazu, dass über Steuersenkungen, Schuldenabbau oder der Bildung von strategischen Rücklagen (Stichwort: Spare in der Zeit, dann hast Du in der Not) nachgedacht wird. Nein, die Energie wird insbesondere in Berlin eher darauf gerichtet, neue Ausgabentatbestände zu identifizieren, mit deren Hilfe man die Steuereinnahmen in die Lande pusten könnte. Und weil der Ideen für neue Ausgabenprogramme, soziale Wohltaten oder zur Klientelbedienung so mannigfaltig sind, wird auch gleich noch über eine Renaissance der Staatsverschuldung nachgedacht, weil die Zinsen ja grad günstig sind.

Manchmal ertappt man sich bei dem Gedanken, dass die Finanz- und Sozialpolitiker in Berlin glauben könnten, im Himmel wäre Jahrmarkt und der ganze Segen ginge ewig weiter. Gut, die etablierte Ökonomenzunft prophezeit uns seit Jahren den unmittelbar bevorstehenden Wirtschaftsabschwung, wahlweise einen Crash, weil der langjährige, tragende Aufschwung sich nicht in die führenden Lehrbuchweisheiten einpassen lässt. Zwar ist das noch nicht eingetreten, aber statt sich auf Art. 3 des Kölschen Grundgesetzes „Et hätt noch emmer joot jejange“ zu verlassen, wäre es sicher sinnvoll, durch Steuersenkungen für Unternehmen oder den privaten Konsumenten proaktiv tätig zu werden. Denn irgendwann wird die Party unweigerlich vorbei sein.

Oder wie wäre es mit einem veränderten Verteilungsschlüssel der ertragreichen Steuern zugunsten der Kommunen? Dort wären die Steuermittel für wichtige Investitionen und sinnvolle Unterstützungsprogramme jedenfalls besser aufgehoben als im Bundessozialministerium. Aber die Stärkung der originären Einnahmebasis ist wichtig, keine Goldenen-Zügel-Programme nach dem Motto: Wenn die Kommune brav Männchen macht und anschafft, was sich der Bund einbildet, dann gibt’s ein finanzielles Leckerli.

Mein Chef, der Bürgermeister, hat seit seinem Amtsantritt solide gewirtschaftet, auch wenn die Zeiten mal nicht so rosig waren oder die großen Gewerbesteuerzahler sich durch Abschreibungen in die Büsche geschlagen haben. Klar würde auch er gerne mehr investieren und das ein oder andere nice-to-have in der Stadt umsetzen. Aber allemal ist der Staat und sind die Kommunen nur Sachwalter der von den Steuerzahlern erwirtschafteten Gelder. Deshalb müssen Überschüsse auch mal durch Steuersenkungen zurückgegeben werden.

Zum Schluss soll noch ein früher Ökonom zu Wort kommen, Jean-Baptiste Colbert, der erfolgreiche Finanzminister Ludwig XIV. von Frankreich: „Steuern eintreiben heißt, die Gans so zu rupfen, dass man möglichst viel Federn mit möglichst wenig Gezische bekommt“.

Ihre Sabrina

Bayern führt Gedenkarbeit engagiert fort

Staatsregierung baut mit Gesamtkonzept die Erinnerungsarbeit an die Opfer des Nationalsozialismus sowie den Kampf gegen Rassismus und Antisemitismus weiter aus

Bayern bekennt sich zu seiner historischen Verantwortung für den Erhalt und die Erschließung der Erinnerungsorte an die Verbrechen des Nationalsozialismus. Das Ende der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft jährt sich in diesem Jahr zum 75. Mal. Die Bayerische Staatsregierung hat dazu ein Gesamtkonzept zur Erinnerungsarbeit beschlossen. Ziel ist es, aus dem beispiellosen Zivilisationsbruch Lehren für die Gegenwart zu ziehen.

Orte, an denen sich NS-Verbrechen ereignet haben oder an denen sie geplant und vorbereitet wurden, sind zu Forschungs- und Gedenkstätten, Lernorten und Zentren der zivilgesellschaftlichen Debatte geworden. Hierzu gehören „Täterorte“ wie München als „Hauptstadt der Bewegung“, Nürnberg als „Stadt der Reichsparteitage“ oder der Obersalzberg als zweiter Regierungssitz des Regimes. Ebenso gehören dazu „Opferorte“ wie das erste Konzentrationslager in Dachau, das Konzentrationslager Flossenbürg als paradigmatischer Ort der „Vernichtung durch Arbeit“ oder die zahlreichen KZ-Außen- und Zwangsarbeitslager.

Die verschiedenen Maßnahmen des Gesamtkonzepts stärken die Erinnerungsarbeit und tragen zum Gedenken an die Opfer des NS-Regimes bei. Unter anderem ist geplant:

- Von besonderem Interesse für die Weltöffentlichkeit ist die KZ-Gedenkstätte Dachau als zentraler Opferort. Mit der Neugestaltung der Ausstellungen, Maßnahmen der Sanierung und unter Einbezug bislang nicht berücksichtigter Teile des historischen Areals soll ein europäischer Gedenk- und Erinnerungsort entstehen, an dem die Gesamtgeschichte der Konzentrationslager in einzigartiger Weise aufgearbeitet und ihrer Opfer gedacht wird.
- An der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg ist ein Ausbau der Kooperation mit der Universität Regensburg geplant. Ein Institut für vergleichende und angewandte Erinnerungskultur soll insbesondere auf die empirische Erforschung der Erinnerungsarbeit ausgerichtet sein. Auf dem Gelände der Gedenkstätte Flossenbürg sollen bedeutende Teile des historischen Lagerbereichs wie etwa der Steinbruch für die Gedenkstättenarbeit weiterentwickelt werden.
- Auch in ehemaligen KZ-Außenlagern wie Mühldorf und Landsberg/Kaufering werden bestehende Einrichtungen zur Erinnerungsarbeit weiter erschlossen.
- In Nürnberg werden das Konzept des dortigen Dokumentationszentrums erneuert und umfangreiche Erhaltungsmaßnahmen an der Zeppelintribüne und auf dem Zeppelinfeld durchgeführt, getragen von der Stadt Nürnberg, dem Freistaat und dem Bund.
- Für das Memorium Nürnberger Prozesse ist die erweiterte Überarbeitung der Dauerausstellung geplant. Der Freistaat hat durch den Neubau eines Sitzungssaalgebäudes für die Strafjustiz des Landgerichts Nürnberg-Fürth (Einweihung voraussichtlich März 2020) die Voraussetzungen geschaffen, den historischen Saal 600, in dem von 1945 bis 1949 NS-Kriegsverbrechern der Prozess gemacht wurde, vollständig für die Ausstellung zu nutzen. Bislang ist der Saal nur an verhandlungsfreien Tagen zu besichtigen.
- Bayern stärkt zudem die Projekte der internationalen Bildungszusammenarbeit. Vor allem junge Menschen sollen nicht nur etwas über die europäische Dimension der NS-Verbrechen erfahren, sondern auch die spezifischen Perspektiven und Antworten des demokratischen und freiheitlichen Europas auf diese Geschichte wahrnehmen und würdigen können. Damit kann die Zusammenarbeit mit Israel, Frankreich, Tschechien und Österreich mit Blick auf Schulbesuche von KZ-Gedenkstätten mit internationaler Perspektive weiter vertieft werden.

Auf der Grundlage des Gesamtkonzepts kann die Erinnerungsarbeit im Freistaat schrittweise in den kommenden Jahren weiter vorangebracht werden. Das Staatsministerium für Unterricht und Kultus wird dazu in die Abstimmung mit der Stiftung Bayerische Gedenkstätten und allen Beteiligten gehen und Detailkonzepte ausarbeiten. Dabei geht es auch um angemessene Finanzierungsbeteiligungen des Bundes.

Erinnerungskultur ist und bleibt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Es ist das erklärte Ziel und die besondere Qualität, bürgerschaftliches Engagement diesbezüglich ganzheitlich wahrzunehmen und einzubinden auf allen staatlichen Ebenen, in allen Gebietskörperschaften, in den Unternehmen, Kirchen und in der gesamten Zivilgesellschaft. ❐

Wie weit ist es zum Doc?

Geografie: Forscher der Uni Würzburg befassen sich mit Erreichbarkeitsanalysen

Gerade im ländlichen Bereich sind Ärzte inzwischen vielerorts dünn gesät. Die Problematik, prognostiziert Jürgen Rauh, Professor für Sozialgeografie an der Uni Würzburg, wird sich weiter verschärfen. Denn die Patienten werden immer älter, weshalb sie häufiger medizinische oder pflegerische Hilfe benötigen: „Gleichzeitig werden aber auch viele Ärzte älter und scheiden aus.“ Im Projekt „Erreichbarkeitsanalysen von Einrichtungen im Gesundheitswesen“ befasst sich Rauh aktuell mit dieser Problematik.

Die in das Projekt integrierten Forscher fragen sich, wie gut die Chancen stehen, dass Bürger bestimmte Gesundheitseinrichtungen in akzeptabler Zeit erreichen. Oder wie lange es umgekehrt dauert, bis Mitarbeiter einer Gesundheitseinrichtung zu den Patienten gelangen. Auch Studierende sind in das 2016 gestartete Projekt eingebunden. So analysierte eine Projektgruppe, an der Masterstudent Jannik Burk beteiligt war, welche Wege Sozialstationen in Unterfranken zu ihren Patienten zurücklegen müssen. Die Ergebnisse sind erfreulich. Burk: „Im Schnitt dauert dies fünf Minuten.“ Allerdings: In ländlichen Regionen kann die Fahrtzeit durchaus schon mal 20 Minuten betragen.

Einen Plan zu erarbeiten, der auf einen Blick zeigt, wie schnell man eine Gesundheitseinrichtung erreichen kann, ist höchst aufwändig. Die ersten drei Projektjahre wurden denn auch vor allem dafür verwendet, Methoden zu entwickeln, mit denen auf Basis geografischer Informationssysteme Erreichbarkeiten modelliert werden können. Wie schauen die Straßen in einem bestimmten Gebiet aus? Welche Geschwindigkeiten gelten? „Teilweise haben wir die Wege in Zehn-Meter-Abschnitten untersucht“, berichtet Rauh. Hochleistungsfähige Software kam zum Einsatz. Für manche Operationen benötigen die Rechner dennoch zwei volle Wochen.

Blaulicht berücksichtigt

Die Modelle variieren auch in Bezug auf den jeweiligen medizinischen Sachverhalt, erklärt wissenschaftlicher Mitarbeiter Sebastian Rauch. So wurde zum Auftakt des Projekts 2016 untersucht, wie gut „Stroke Units“, also Abteilungen zur Behandlung von Schlaganfällen, in Unterfranken erreichbar sind. Dabei wurde berücksichtigt, dass Patienten mit Blaulicht und damit also mit sehr hohen Geschwindigkeiten zu diesen Einheiten transportiert werden. Sechs Stroke Units gibt es in Unterfranken. Auch die Aschaffenburger Klinik sowie das Klinikum Main-Spessart haben eine solche Einheit. Der Erreichbarkeitsanalyse zufolge ist die Abdeckung in Unterfranken „sehr gut“.

Realistische Szenarien

Der Fragenkomplex beim Thema „Erreichbarkeit“ umfasst Zeiten, Straßentypen, Mobilitätskosten oder auch die Fähigkeit von Menschen, sich fortzubewegen. „Wir versuchen in unseren Modellen außerdem, spezifische Tageszeiten abzudecken, um zu realistischen Szenarien zu kommen“, sagt Rauch. Auf Basis dieser Überlegungen kam die „Schlaganfall-Studie“ zum Beispiel zu dem Schluss, dass eine unterfränkische Stroke Unit in durchschnittlich 14,5 Minuten erreicht werden kann. Der durchschnittliche Fahrtweg beträgt gut 17 Kilometer. Im allerungünstigsten Fall müssen jedoch 45 Kilometer zurückgelegt werden. Die Wegstrecke kann dann 44 Minuten betragen.

Um das das immer virulentere Problem „Versorgungsengpässe“ anzugehen, wird laut Jürgen Rauh vermehrt über eHealth-Lösungen nachgedacht. Ärzte aus Oberfranken setzen zum Beispiel seit November 2017 eine „eNurse“ in Hof und Wunsiedel ein. Die besucht im Quartal fast 300 Patienten, die an zwölf Arztpraxen angebunden sind. Stellt sie vor Ort fest, dass es wichtig wäre, den Arzt einmal einen Blick auf einen Patienten werfen zu lassen, meldet sie über ein Laptop, das sie bei jedem Einsatz bei sich hat, ihren Wunsch nach einer Videokonferenz an. Solche Lösungen, schätzt das Team um Rauh, werden in Zukunft wahrscheinlich zunehmend eingesetzt.

Wie viele Versorger gibt es innerhalb eines Aktionsradius

Aktuell beschäftigen sich die Würzburger Geografen mit dem Thema „Brustkrebsversorgung in Bayern“. Dies tun sie in Kooperation mit dem Lehrstuhl für Klinische Epidemiologie und Biometrie der Würzburger Uni. „Hier haben wir unsere Methodik erweitert“, erläutert Sebastian Rauch. Diesmal wird nicht nur geschaut, wie lange eine Frau mit Brustkrebs zur nächstgelegenen Gesundheitseinrichtung unterwegs ist: „Wir wollen außerdem analysieren, wie viele Versorger es innerhalb eines Aktionsradius‘ gibt.“ Dies betreffe zum Beispiel Strahlentherapeuten oder auch Krebsberatungsstellen.

In die Analyse werden zusätzlich qualitative Aspekte einbezogen. Rauch: „Uns interessiert zum Beispiel die Bettenzahl einer Brustkrebsabteilung oder die Beratungszahlen in einer Beratungsstelle.“ Auf diese Weise soll ein „Versorgungsschlüssel“ erzeugt werden. In Kürze werden erste Teilergebnisse auf einer internationalen Konferenz präsentiert.

Versorgungslücken finden

Die Analysen der Würzburger Geografen wollen hellhörig machen für bestehende oder künftige Versorgungslücken. Dass es aufgrund des demografischen Wandels inzwischen in fast allen Bereichen des Gesundheitswesens Probleme gibt, darauf stieß auch Jannik Burk und zwar in Experteninterviews mit Mitarbeitern von Pflegediensten und Pflegestützpunkten. „Der Fachkräftemangel wurde so gut wie überall als Problem genannt“, sagt Burk. Patienten kommen deshalb oft auch nicht bei dem am nächsten gelegenen Sozialdienst unter, sondern müssen auf entferntere Dienste zurückgreifen. Was die Fahrtwege verlängert.

Stichwort: Erreichbarkeitsanalysen

Erreichbarkeitsanalysen sind eine wichtige Grundlage für die Beurteilung der Leistungsfähigkeit, Effizienz und Güte von Infrastrukturen. Im Gesundheitsbereich geben sie Aufschluss über die regionale Versorgungsqualität und Chancengerechtigkeit und damit Hinweise für die Entwicklung von Maßnahmen zur Daseinsvorsorge. Bei der Erreichbarkeitsforschung handelt es sich um ein junges Forschungsfeld, das durch neu verfügbare Daten sowie innovative Software aufkommen konnte. **Pat Christ**

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Landräte trafen sich zum Informationsaustausch in Nördlingen

Die Landkreischefs im bayerisch-württembergischen Grenzgebiet wollen den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) noch stärker in den Fokus nehmen. Gleichzeitig soll aber auch der Ausbau der Straßen nicht aus den Augen verloren werden. Das ist das zentrale Ergebnis eines grenzübergreifenden Arbeitstreffens der Landräte Stefan Rößle (Donau-Ries), Leo Schrell (Dillingen), Hubert Hafner (Günzburg), Peter Polta (Heidenheim), Heiner Scheffold (Alb-Donau-Kreis) sowie Klaus Pavel (Ostalbkreis) in Nördlingen.

Im Vordergrund der Gespräche stand die weitere Verbesserung der Angebote im Bereich des ÖPNV. Einen attraktiven Personennahverkehr im ländlichen Raum zu gestalten, ist im Vergleich zu Ballungsräumen deutlich schwieriger. Die Buslinien leben in ländlichen Regionen in erster Reihe vom Schülerverkehr und sind von daher auch schwerpunktmäßig auf den Schülerverkehr ausgerichtet.

Um insbesondere auch in kleineren Orten allen Bürgerinnen und Bürgern eine Beförderung mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu ermöglichen, müssen flexible Verkehrsangebote eingesetzt werden. Beispielsweise hat der Landkreis Donau-Ries schon seit längerem Rufbusse eingeführt und mittlerweile sein Rufbusangebot auf den ganzen Landkreis ausgeweitet.

Eine deutliche Verbesserung im ÖPNV hat sich auch in Donauwörth durch die Einführung des neuen Stadtbusssystems ergeben. Und auch in Nördlingen wird aktuell das Konzept „Nördlingen mobil“ diskutiert, von dem nicht nur die Stadt Nördlingen selbst, sondern auch die umliegenden Gemeinden von erweiterten und flexibleren Busangeboten profitieren würden.

Geplantes 365 Euro-Ticket

Um aber unter dem Aspekt des Klimaschutzes noch mehr Menschen zum Umsteigen auf öffentliche Verkehrsmittel zu motivieren, müssen die Angebote des ÖPNV weiter ausgebaut und Anreize geschaffen werden. Ein Beispiel ist das vom Freistaat Bayern geplante 365 Euro-Ticket für Schülerinnen und Schüler. Hiermit soll es ab 01.09.2020 möglich sein, dass Schüler und Auszubildende für jährlich pauschal 365 Euro beliebig viele Fahrten unter anderem innerhalb der Verbundgebiete des VGN, AVV und MVV zurücklegen können.

Bei länderübergreifenden Verkehrsverbünden und für länderübergreifende Linien sowie für Schülerinnen und Schüler, die im anderen Bundesland die Schule besuchen, kann dies zu Problemen führen. Die Landräte waren sich am Beispiel des geplanten 365 Euro-Tickets einig, dass Angebote, die die Attraktivität des ÖPNV steigern sollen, nicht an einer Landkreis- oder Bundeslandgrenze enden dürfen. Hier sind landkreis- und länderübergreifende Lösungen zu suchen.

Ein weiteres Kernthema des Landrätetreffens war der Ausbau der B 29. Ein gut ausgebautes Straßennetz sichert Wachstum und Beschäftigung. Für eine starke Wirtschaft und den damit verbundenen gesicherten Arbeitsplätzen ist die verkehrliche Anbindung an überregionale, europäische und weltweite Absatz- und Beschaffungsmärkte existenziell. Aber auch die Nahversorgung in den Regionen kann nur mit einer gut ausgebauten Infrastruktur bewältigt werden.

Der Ausbau der B 29 auf der Teilstrecke Nördlingen – Röttinger Höhe wäre ein wichtiger Baustein zu einem zukunftsfähigen Gesamtverkehrskonzept im Bereich des Ostalbkreises und des Landkreises Donau-Ries. Unter Federführung des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Ulrich Lange wurde erreicht, dass das Projekt in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans aufgenommen wurde.

Der Bund fordert nun für den Ausbau B 29 ein erneutes sogenanntes Linienbestimmungsverfahren. Die Linienbestimmung stellt eine bedeutende Stufe der Bundesfernstraßenplanung dar und hat den Charakter einer vorbereitenden Grundentscheidung. Bestimmt wird insbesondere der Grobverlauf der Strecke einschließlich der Anfangs- und Endpunkte sowie der Verknüpfungen mit dem bestehenden Straßennetz, der Schnittstellen mit den Anlagen anderer Verkehrsträger und der Lage zu benachbarten schutzbedürftigen Bereichen. Der Ostalbkreis wird dieses Verfahren im Auftrag des Bundes durchführen und hat als ersten Schritt der Umsetzung ein großräumiges Verkehrsgutachten in Auftrag gegeben. ❐

Vorschau auf GZ 4

In unserer Ausgabe Nr. 4, die am 13. Februar 2020 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- **IT · eGovernment · Breitband · Mobilfunk**
- **Umwelttechnologien · Ressourcenschutz**
- **Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung**
- **Schulungen für Kommunalpolitiker und kommunale Angestellte**

V.l.: Hubert Hafner (Günzburg), Peter Polta (Heidenheim), Heiner Scheffold (AlbDonau-Kreis), Stefan Rößle (Donau-Ries), Leo Schrell (Dillingen) und Klaus Pavel (Ostalbkreis). Zu diesem Landrätesprengel gehört auch Landrat Thorsten Freudenberger (Neu-Ulm), der aber aus terminlichen Gründen verhindert war. Bild: Macho/LRA Donau-Ries

Erzweg und Jurasteig:

Erneute Auszeichnung mit Wander-Qualitätssiegel

Der Erzweg und der Jurasteig sind wiederholt mit dem Gütesiegel „Qualitätsweg Wanderbares Deutschland“ ausgezeichnet worden. Tourismusreferent Hubert Zaremba durfte die frischen Zertifikate auf der Freizeitmesse CMT in Stuttgart entgegennehmen. „Ich bin sehr glücklich darüber“, so Zarembas erste Reaktion nach der Verleihung. „Wir wollen Klasse statt Masse im Amberg-Sulzbacher Land und das bieten wir sowohl mit dem Erzweg als auch mit dem Jurasteig“, ergänzt Tourismusreferent Hubert Zaremba.

Der Erzweg verläuft auf rund 150 Kilometern von Pegnitz nach Kastl durch die wunderschöne Landschaft im Bayerischen Jura und verspricht Wandervergnügen pur. Für den beliebten Wanderweg ist es seit 2007 bereits die 5. Zertifizierung.

Voraussetzung für eine neuerliche Prämierung durch den Deutschen Wanderverband sind u.a. gepflegte Wege und eine eindeutige, lückenlose und fehlerfreie Markierung. In seiner Beschreibung über den Erzweg schätzt der Deutsche Wanderverband am Erzweg v.a. die Verbindung von Natur, Kultur und Wanderlebnissen mit der über 1000-jährigen Montangeschichte im Ruhrgebiet des Mittelalters.

Auch der Jurasteig zählt seit 2007 konstant zu den vom Deutschen Wanderverband als „Qualitätswege Wanderbares Deutschland“ zertifizierten Wanderwegen. Der Jurasteig verläuft mit seinen rund 230 Kilometern als Rundwanderweg durch vier Landkreise, unter anderem durch den südlichen Landkreis Amberg-Sulzbach von Schmidmühlen nach Hohenburg. Die Stärke des Weges liegt laut Zaremba vor allem in seinem naturnahen Verlauf. Fast die Hälfte naturbelassene Wege lassen Naturliebhaber in besonderem Maße auf ihre Kosten kommen. Zudem bietet der Jurasteig auch kulturell interessierten Wanderern mit Schlössern und Klöstern eine Vielzahl an Highlights entlang des Wassers.

Die Zertifizierung für beide Wege zählt für die kommenden 3 Jahre. Dann kommen die Qualitätswanderwege im Amberg-Sulzbacher Land, der Erzweg und der Jurasteig, erneut auf den Prüfstand, um das begehrte Gütesiegel „Qualitätsweg Wanderbares Deutschland“ zu erhalten. ❐

LIEFERANTEN GZ NACHWEIS

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Das GZ-Netzwerk
Diskutieren Sie kommunale Themen direkt mit Personen, die ähnliche Herausforderungen meistern.
www.anmelden.gemeindezeitung.bayern

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com
ERLUS
Qualität aus Deutschland

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de
www.etbs.de

GZ auf folgenden Social Media Kanälen:

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

SOLARSTROM AUS IHRER GEMEINDE
juwi
Zeigen Sie Ihr Engagement für den Klimaschutz. Wir suchen zusammenhängende Acker- und Wiesenflächen oder Industrie- und Gewerbebrachen von min. fünf Hektar in Ihrer Gemeinde.
Ihr Kontakt zu uns:
juwi AG, Thomas Bablitschky, 06732/9657-13277
energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de
Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koessinger.de
Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de
Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Gewerbebau

Laumer BAUTECHNIK
Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500
Kindergärten . Turnhallen . Mehrzweckhallen
Maschinenhallen . Wertstoffhöfe . Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung
www.laumer.de . info@laumer.de

Informationssicherheit und Datenschutz

insidas
informationssicherheit datenschutz beratung
Wir leben Datenschutz und Informationssicherheit.
Für öffentliche Verwaltungen. Unsere Spezialisten beraten nicht nur.
Sie packen auch an - zuverlässig, schnell und preiswert.
Sprechen Sie uns an! Tel. 089 - 58 80 839-0 oder info@insidas.de
www.insidas.de

Notify-Newsletter
Aktuelle Infos über kommunale Neuigkeiten mit unserem Notify-Newsletter – direkt auf Ihr Handy.

Kommunale IT

www.AKDB.de

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de
schweitzer Fachinformationen

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Kommunalfahrzeuge

Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.
Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beutlhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beutlhauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beutlhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beutlhauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

Sitzmöbelhersteller

KRENZER
Wir gestalten Räume.
Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de